

MPRA

Munich Personal RePEc Archive

Im Lissabon-Prozess. Die USA und Europa im Vergleich

Tausch, Arno

2005

Online at <https://mpra.ub.uni-muenchen.de/495/>

MPRA Paper No. 495, posted 17 Oct 2006 UTC

Arno Tausch

**Besprechungs-Essay: US-amerikanisches und europäisches
Gesellschaftsmodell**

**Wirtschaftswiss. Tagungen der AK Wien, Lexis Nexis ARD Orac, Band 8, Wien
2003¹**

**Hintergrundpapier von Agnes Streissler: „USA und Europa. Ein Vergleich der
Sozialsysteme“ Arbeitspapier 46/Dezember 2003, Österreichisches Institut für
Internationale Politik². Eine Studie im Rahmen des Projekts „Europa-USA:
Divergierende Partner“ gefördert vom Jubiläumsfonds der OeNB (Juli 2003 bis
Juni 2004).**

¹ Bestelladresse etc.: <http://wien.arbeiterkammer.at/www-403-IP-15015-AD-12019.html>

² Bestelladresse etc.: http://www.oaip.at/oaip/e/f_main_content.asp?id=11751&tt=OIP_E_R6&sstr

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| EXECUTIVE SUMMARY | 4 |
| BERICHT FÜR DAS SOZIALWISSENSCHAFTLICH INTERESSIERTE PUBLIKUM/ | 11 |
| VERSUCH EINER EMPIRISCHEN WERTUNG DER THESEN DER ARBEITERKAMMER | 23 |
| ANHANG 1: DIE WIRTSCHAFTLICHE KONKURRENZ EUROPA – AMERIKA UND DIE SCHWANKUNGEN VON KAUFKRAFT UND EINKOMMEN | 29 |
| ANHANG 2 „VATER“ STAAT DIESSEITS UND JENSEITS DES ATLANTIK | 32 |
| ANHANG 3: BRUTTOSOZIALQUOTE – NETTOSOZIALQUOTE UND DIE VERARMUNG | 33 |
| ANHANG 4: ENTWICKLUNGSVERGLEICH USA – EU – HINTERGRUNDMATERIALIEN | 40 |
| ANHANG 5: DAS REALEINKOMMEN DER ÄRMSTEN 20 % IN 126 STAATEN DER WELT | 51 |
| ANHANG 6: WACHSTUM IN EUROPA UND IN DEN USA | 55 |
| ANHANG 7: UNGLEICHHEIT IN 127 NATIONEN DER WELT | 62 |
| ANHANG 8: GLOBALISIERUNGSDRUCK USA – EUROPA. ANALYTISCHE VERGLEICHE MIT DEN DATEN VON WELTBANK, ILO, UND UTIP | 66 |
| ANHANG 9: FAKTOREN, DIE ZUM AUSEINANDERDRIFTEN VON DEN USA UND EUROPA BEITRAGEN KÖNNTEN..... | 70 |
| ANHANG 10: STAATSEKTOR, STEUERSCHRAUBE..... | 73 |

| | |
|--|-----------|
| ANHANG 11: ANALYTISCHE VERGLEICHSTABELLEN STAATSSEKTOR (QUELLE: WELTBANK/IMF) IN DEN USA UND IN EUROPA IM INTERNATIONALEN VERGLEICH | 76 |
| ANHANG 12: DER ABBAU DES STAATLICHEN SEKTORS 1980 – 2002 IN 114 STAATEN DER ERDE..... | 80 |
| ANHANG 13: MÖGLICHE ERKLÄRUNG DES IRISCHEN ENTWICKLUNGSERFOLGES | 83 |
| ANHANG 14: FAKTOREN, DIE DIE SOZIALENTWICKLUNG UND DAS WACHSTUM IM TRANSNATIONALEN VERGLEICH VON 109 STAATEN BEEINFLUSSEN | 84 |
| ANHANG 15: ZEITLICHE KORRELATIONEN VON ARBEITSLOSIGKEIT, GLOBALISIERUNG, JAHRESWACHSTUMSRATEN, UNGLEICHHEIT, UND STAATSSEKTOREINFLUSS IN DEN WESTLICHEN DEMOKRATIEN, BERECHNET AB 1980 AN HAND DES KOMPLETTEN DATENAUSDRUCKES DER WELTBANK IN WESTLICHEN DEMOKRATIEN..... | 86 |
| ANHANG 16: ZEITLICHE KORRELATIONEN VON ARBEITSLOSIGKEIT, GLOBALISIERUNG, JAHRESWACHSTUMSRATEN, UNGLEICHHEIT, UND STAATSSEKTOREINFLUSS IN DEN LÄNDERN DES WELTSYSTEMS BERECHNET AB 1980 AN HAND DES KOMPLETTEN DATENAUSDRUCKES DER WELTBANK..... | 87 |
| ANHANG 17: PRIVATISIERUNG UND ENTWICKLUNG | 89 |
| ANHANG 18: MULTIVARIATE ANALYSE DER TENDENZEN ZUR UNGLEICHHEIT (UTIP-ZEITREIHE AB 1980) IN 61/20 STAATEN DES WELTSYSTEMS IN ABHÄNGIGKEIT VON STANDARDVARIABLEN DER VERGLEICHENDEN GESELLSCHAFTSFORSCHUNG UND DER BRUTTOSOZIALQUOTE..... | 91 |

Executive Summary

Die Unterschiede im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zwischen den USA und Europa waren zwar immer ausgeprägt, gewinnen aber seit dem Zusammenbruch des gemeinsamen Gegenmodells in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa und dem Lissabon-Prozess zunehmend an Bedeutung. Letztens hat diese Frage auch zu Diskussionen im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU geführt. Der vorliegende wertende und vergleichende Bericht über eine neue Studie der Arbeiterkammer Wien versteht sich als Beitrag zu dieser Diskussion.

In der festgefahrenen und oftmals sehr hart geführten wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung zwischen dem neoliberalen und dem keynesianischen Modell beschreibt die Publikation der Arbeiterkammer Wien nunmehr **neue Wege**.

Kernstück der Analyse ist der Beitrag von Mag. Agnes Streissler von der AK Wien. Betrachtet werden darin **elf europäische Staaten** (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Niederlande, Norwegen, Schweden, Spanien) und die USA.

Zunächst wurden die **Brutto- und Nettoausgaben für Sozialschutz** ausgewiesen. Bei den Bruttoausgaben, insbesondere bei den öffentlichen, gibt es große Unterschiede zwischen Europa und den USA (1997 gaben europäische Sozialstaaten im Durchschnitt 29 % ihres BIP für ihre Sozialpolitik aus, die USA hingegen nur 16 % des BIP). Betrachtet man/frau die Nettoausgaben (also unter Berücksichtigung von Steuern auf Sozialabgaben und steuerlichen Begünstigungen) nähern sich die Systeme einander an: Europa weist einen relativ einheitlichen Wert von ca 24 % des BIP bei den **öffentlichen Nettosozialausgaben** auf, in den USA ist der Anteil der öffentlichen Nettoausgaben mit etwas über 16 % des BIP sogar höher als der Anteil der Bruttoausgaben am BIP. Insgesamt (also inklusive der privaten Ausgaben) wird in Europa und den USA in der Nettobetrachtung ähnlich viel für soziale Sicherheit ausgegeben: Europa 26 %, USA 23 %, nur ist in den USA eben der **Anteil privater Ausgaben** ungleich höher.

Die USA haben sowohl in den 1980er als auch in den 1990er Jahren wesentlich höhere Armutsquoten im Sinne der Kriterien von Eurostat als Europa (Mitte der 1990er waren ca 9 % der europäischen Bevölkerung als arm zu bezeichnen, in den USA waren es 17 %) mit deutlich längerer Dauer der Armutsphasen. Insbesondere betroffen davon sind in den USA Kinder. Es mögen daher **die neoliberalen Reformen der 1970er und 1980er Jahre** in den USA zwar dazu geführt haben, dass weniger Menschen als zur Zeit der **Great Society** „unrechtmäßig“ Sozialleistungen bezogen, der *collateral damage* in Form von insgesamt gestiegener (Kinder-)Armut ist jedoch enorm.

Ein „weicher“ Indikator des Sozialvergleichs ist die **Situation der Frauen** in den verschiedenen Sozialstaatsmodellen. Hier zeigten sich laut Arbeiterkammer-Studie bereits innerhalb Europas massive Unterschiede, es ließen sich aber doch auch einige Unterschiede zwischen Europa und den USA herausarbeiten. So stellt z.B

Teilzeitarbeit in Europa ein gangbares Modell für Frauen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar, in den USA ist Teilzeitarbeit nicht so verbreitet, was darauf schließen lässt, dass das Lohnniveau und die sozialrechtliche Absicherung hierfür zu gering sind. Obwohl die USA gerne als „liberales“ Modell bezeichnet werden, sind sie von Chancengleichheit weit entfernt. So sind zum einen die **Lohnunterschiede** zwischen Männern und Frauen in den USA größer als in Europa, zum anderen sind Frauen auch wesentlich weniger stark im Parlament vertreten (was die Vermutung nach einer Interdependenz mit ihrer materiellen Situation nahelegt).

Eine Alternative zur Privatwirtschaft ist der **Dritte Sektor** (auch genannt Non-Profit-Organisationen, **Freiwilligensektor**, etc.). Seine jeweilige Ausprägung ist stark von der jeweiligen Landesgeschichte, insbesondere von der religiösen und kulturellen Tradition abhängig. In den vergangenen Jahren kam es allerdings auch hier zu einer **marketization** (Marktorientierung). Die USA haben eine lange Tradition eines starken Dritten Sektors, sind inzwischen aber von einigen europäischen Staaten überholt worden. Als großer Unterschied bleibt bestehen, dass der Dritte Sektor in Europa subsidiär zum öffentlichen Sektor wirkt und häufig auch massiv finanziell unterstützt wird, während er in den USA wesentlich marktnäher agiert. Das bedeutet allerdings auch, dass er stark partikularistisch auf die Interessen bestimmter Gruppen bedacht ist. Abermals bleiben unterprivilegierte Randgruppen über.

Keinesfalls sollte es in Europa, so die Arbeiterkammer, zu einem Abbau des Sozialstaates kommen. Ein umfassender Sozialstaat, dem der Sozialschutz als BürgerInnenrecht zugrundeliegt, ist eines der wesentlichen konstitutiven Elemente Europas. Die Europäische Kommission könnte ein Garant dafür sein, dass dieses Europäische Sozialmodell auch weiterhin Bestand haben kann, wenn sie sich mit ihren Ansätzen gegen die Angriffe, so die Arbeiterkammer, der auch in Europa stärker werdenden Neokonservativen gepaart mit Neoliberalen durchsetzen kann. Für die Kommission stehe nämlich die Wichtigkeit eines umfassenden Sozialschutzes außer Zweifel.

In seiner Analyse über die Studie der AK zeigt dann der Autor mit eigenen, großteils auf Weltbank, ILO, und University of Texas Inequality Project basierenden Daten, dass es - wie die Studie der Arbeiterkammer richtig betont, - schon so ist, dass der Zentralstaat in den sehr föderalen USA kleiner ist als in vielen Staaten Europas. Aber die unzureichende Erfassung des föderalen Charakters der USA ist eine der methodischen Probleme jedes Vergleiches staatlicher Politik der USA mit Europa. In der Ära des Clinton-Booms hat Europa die Staatsquoten wesentlich erhöht und die Expansion im Kondratieff'schen Zyklus versäumt. Erst spät steuerte die Politik in einigen Staaten gegen, während in den USA der Abbau der Staatsquoten – vermittelt über die Friedensdividende der Clinton-Ära – schon früher begann. Die vorhandenen Daten zeigen aber, dass die Gesamtstaatsausgaben in den USA bei 38.50 % liegen wobei die Bundesstaaten und Gemeinden fast 18 % des BIP aufwenden.

Empirisch unzureichend wurde nach Ansicht des Autors in der Studie der AK ansonsten das **Problem der Armut** dokumentiert, weil sich die Studie der AK vor allem auf einen Vergleich von 11 Staaten stützt, der z. B Portugal und Griechenland, 2 EU-Staaten mit problematischeren Armutsverhältnissen, ausklammert. Statistiken der USA beinhalten stets die von traditionell von Armut gekennzeichneten, als Rohstoffproduzenten mit Sklavenwirtschaft vor 1865 in die Weltwirtschaft integrierten Südstaaten natürlich, während ein Vergleich von 11 zumeist weiter entwickelten

Europäischen Staaten lediglich mit den entwickelten Staaten des Nordens, Ostens und Westens der USA legitim wäre.

Es gilt zunächst, auf einige **Widersprüche** der Studie mit dem **eigenen**, in den Tabellen **vorgelegten Zahlen** hinzuweisen:

1) die **Armutquote** der USA im Sinne von Eurostat (definiert durch den bekannten 60 % Medianwert) ist in den USA von der Mitte der 80er zur Mitte der 90er Jahre von 18.30 % auf 17.0 % **zurückgegangen**

2) wiewohl die **Gender employment gap** in Skandinavien noch besser ist als in den USA, ist die **Reduktion der Differenz der Erwerbsquoten** von 1980 auf 2000 in den USA auf nur mehr **12.50 % eine große Leistung**

3) mit einer **Erwerbsquote** von **64.70 %** bei Frauen mit 2 oder mehr Kindern liegen die USA wiederum im hypothetischen Vergleichs-Spitzenfeld, nur noch übertroffen von Skandinavien, Belgien und Österreich

Sowohl in **Europa** als auch in den **USA** gibt es heute Phänomene des **realen Einkommensverlustes von Bevölkerungsschichten im Zeitverlauf**.

USA: Bedingt durch das stärkere wirtschaftliche Wachstum in den späten 90er Jahren sind von 1993 bis 2002 nach der Versteuerung und auf Basis Haushaltsgrößen-gewichteter Haushaltseinkommen zurückgegangen. Seit 1969 sind die untersten 25 % der Bevölkerung im bevölkerungsreichsten und von der Migration am meisten betroffenen Bundesstaat der USA, Kalifornien, real ärmer geworden, aber im Rest der USA haben sogar die ärmsten 10 % ein wachsendes Prokopfeinkommen zu verzeichnen gehabt

Österreich: Sogar in Österreich sind derartige Prozesse am Werk. Seit dem Jahr 1992 sind laut WIFO die durchschnittlichen Bruttolöhne insgesamt um 4,1 Prozent gestiegen, während die durchschnittlichen Nettolöhne in Summe um fünf Prozent gesunken sind. Die Differenz sind die kräftig gestiegenen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. In absoluten Zahlen: 1992 lag das durchschnittliche Arbeitnehmer-Nettoeinkommen **real** noch bei **1444 €**, **heute** macht es nur noch **1370 €** aus. Heute hat das unterste Einkommensfünftel auch brutto um fünf Prozent weniger verdient, während das oberste Einkommensprozent auf einen Bruttolohnzuwachs von 20 Prozent kommt.

Aus analytischer sozialpolitischer Perspektive muss ferner festgehalten werden, dass beträchtliche Ungleichheiten in Europa bereits vor der EU-Erweiterung existierten, die sich nach dem 1. Mai 2004 noch verschärfen. Eine rezente Studie der Kommission („Sapir-Bericht“) hat darauf hingewiesen; sie lässt u.a. den Schluss zu, dass die gesamteuropäische Ungleichheit um weitere 33 % nach der Erweiterung am 1. Mai 2004 gewachsen ist. Mit der Erweiterung sind nun Millionen Roma Bürger der EU geworden, ihre Armut ist mit der Afrikanisch-Amerikaner, Indianer und Hawaiianer in den USA durchaus vergleichbar.

Immer mehr **verschwindet** der **Unterschied** zwischen den USA und Europa, wenn man/frau nicht nur die Situation der ärmsten 10 % in Betracht zieht, sondern die Lage

der **ärmsten 20 %** der Bevölkerung kalkuliert, und **objektive Armutskriterien** – wie Analphabetismus oder **absolute Einkommen der Ärmsten 20 %** - heranzieht.

Kriterium 1: Wieviel % der Bevölkerung überleben überhaupt den 60. Geburtstag?

Schlechter als die USA: Slovakia; Poland; Lithuania; Hungary; Estonia; Latvia

Kriterium 2: Langzeitarbeitslose

Schlechter als die USA: Luxembourg; Netherlands; Austria; Denmark; Sweden; United Kingdom; Ireland; Portugal; Finland; Hungary; France; Belgium; Czech Republic; Germany; Spain; Greece; Italy; Poland; Slovakia

Kriterium 3: Funktionaler Analphabetismus

Schlechter als die USA: United Kingdom; Ireland; Hungary; Slovenia; Poland; Portugal

Kriterium 4: % der Bevölkerung unter 11 \$ pro Kopf und Tag

Schlechter als die USA: United Kingdom

Kriterium 6: Kaufkraft der ärmsten 20 %:

Besser als die USA: Luxembourg; Ireland; Denmark; Finland; Sweden; Austria; Germany; Belgium; Netherlands; France (10 Staaten der EU-25)

Schlechter als die USA: Italy; Slovenia; Czech Republic; Spain; United Kingdom; Greece; Slovakia; Portugal; Hungary; Lithuania; Poland; Estonia; Latvia (13 Staaten der EU-25).

In den USA sind zwar die reichsten 10 % um 15.9 mal reicher als die ärmsten 10 %, womit Amerika der 79. Staat von 127 klassifizierten Nationen ist, und kein EU-Staat ist schlechter klassifiziert als die USA. Einige EU-25 Staaten – darunter die 7 EU-Staaten Tschechische Republik, Finnland, Slowenien, Schweden, die Slowakei, Luxemburg, und Deutschland weisen **Reichtumsunterschiede** zwischen den ärmsten 10 % und den reichsten 10 % auf, die weniger als das 7-fache betragen, **aber** in **12 EU-Staaten** – das sind Österreich, Belgien, Litauen, Dänemark, Ungarn, Lettland, den Niederlanden, Spanien, Frankreich, Polen, Irland, und Bulgarien **betragen sie bereits das 7 – bis 10-fache**, und in **4 EU-Staaten** Griechenland, Italien, dem Vereinigten Königreich und Portugal, ebenso **das 10-fache oder mehr als das 10-fache**. Für insgesamt 127 Staaten der Welt legten die Vereinten Nationen Daten für zumeist das Ende der 90er Jahre vor – **nur 7 EU-Staaten liegen unter den besten 20 Staaten der Weltgesellschaft, 9 Staaten von Rang 21 bis 40, 5 Staaten auf Rang 41 bis 60, und Großbritannien, und Portugal belegen mit den USA die Ränge 61 bis 80.**

In zahlreichen Staaten Europas war der Globalisierungsdruck sogar noch stärker als in den USA, und trotzdem gibt es in Europa auch ein gutes Abschneiden gegenüber

dem Globalisierungsdruck. Die folgenden Staaten litten von 1980 weniger unter der kombinierten Tendenz zu Ungleichheit, Stagnation, und Arbeitslosigkeit als die USA:

Slowenien
Irland
Litauen
Zypern
Belgien

Seit 1980 haben bei folgenden Indikatoren folgende Nationen besser abgeschnitten als die USA

Sinken der Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf:

Denmark
Hungary
Netherlands
Ireland
(Turkey)
Slovenia

Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums:

Ireland
Slovenia
Netherlands
Poland

Vermeiden einer Tendenz zu wachsender Ungleichheit:

Germany
Lithuania
Belgium
Cyprus
France
Finland
Italy

Einige **wesentliche Bestimmungsfaktoren von Armut und Ungleichheit** werden in den AK-Studien beleuchtet, aber durch die spezifische Auswahl von 11 Staaten wird die heutige Vielfalt der EU-25 in ihrer Gesamtheit zu wenig berücksichtigt. Nicht hohe Bruttosozialquoten, sondern eine kluge Strukturpolitik, Bildungspolitik, Technologiepolitik, sowie Pensionsreformpolitik, die den Kapitalmarkt dynamisierte, machte einige Skandinavier letztens so erfolgreich, und diese These wird in zahlreichen internationalen Querschnittsanalysen immer wieder bestätigt. Fraglos tragen die hohen Zollmauern der EU, in deren Schatten transnationale Konzerne ihre geschützten Paradiese des Privilegs, der Macht und des Einflusses errichteten, zu Stagnation, und realer Armut in Europa bei. Es mag schon sein, dass in den USA noch immer **gender gaps** bei der Beschäftigung und Bezahlung der weiblichen

Arbeitskraft – wie Agnes Streissler richtig herausstellt – existieren, selbst bei jener, die über einen Universitätsabschluss verfügt. Freilich ist die Tatsache, dass **37 % der erwachsenen Frauen über 25 einen solchen Abschluss verfügen**, Zeichen der sehr dynamischen und weitgehend privatisierten **Humankapitalpolitik**, die eine der Stärken der Vereinigten Staaten ist. Hierzu gehört auch die weit flexiblere Rolle der **Migration**, die in der Studie gebührend gewürdigt wird und die in internationalen Analysen immer wieder als ein Faktor eines **dynamischen**, allerdings **sehr ungleichen Entwicklung** resultiert. Nicht unzufällig gab es in den USA einen landesweiten Realeinkommenszuwachs (49 Bundesstaaten) seit 1969 bei gleichzeitigem Realeinkommensverlust in **Kalifornien**, dem **Zielbundesstaat Nummer 1 der Migration in die USA**. Überraschend sind die Ergebnisse über den „**Dritten Sektor**“ und die betriebliche Sozialpolitik, die doch mit dem weitgehend verbreiteten Bild über die gewissenlosen „*Corporados*“ die Amerika beherrschen, nicht oder nicht vollständig vereinbar sind.

Ein wesentlicher Punkt für die künftige Debatte wird auch sein, welche Rolle **3-Säulen-Pensionsreform-Modelle** bzw. sonstige, die Kapitaldeckung in der Altersvorsorge begünstigende Systeme diesseits und jenseits des Atlantik spielen. Es ist deutlich, wie die Weltbank-Pensionsreformstaaten DK, NL, GB und S ihre Kosten für Soziales und Wohlfahrt im Zeitverlauf senken konnten.

Das US-Pensionssystem ist nach Ansicht aller befassten Experten zwar ein reines Umlagesystem, es zeichnet sich aber durch eine große Einfachheit und Klarheit aus und hat derzeit als Beitragsgrundlage nur 6.2 % des Bruttoeinkommens bei den AG, und 6.2 % des Bruttoeinkommens bei den AN. In Österreich sind derzeit die Beitragsgrundlagen im Vergleich: 10.25 % AN, 12.55 %; in Deutschland sind es 9.55 % bei den AG, und 9.55 % bei den AN. **Streissler resumiert** in ihrer Studie **folgerichtig**:

*„Die USA haben ein **progressives öffentliches Pensionssystem**, das **Einkommen nach unten verteilt**. Dabei sind die Beiträge einheitlich, die Leistungen aber progressiv: Je höher das Einkommen, um so niedriger ist die Ersatzrate aus der öffentlichen Pension. Menschen mit hohem Einkommen müssen sich daher privat Zusatzversichern, um auf eine höhere Ersatzrate zu kommen. Häufig werden von Arbeitgebern zusätzlich zu dem öffentlichen System Pensionspläne angeboten, die mit Steuererleichterungen vom Staat unterstützt werden. Die diversen staatlichen Pensionszahlungen machen 64% des verfügbaren Einkommens älterer Menschen aus, lediglich die obersten 40% dieser Bevölkerungsgruppe haben noch andere Einkommensquellen (Galbraith 2002, 104). Bisher war das Pensionsalter 65, es wird aber durch eine Reform aus 1993 ab 2002 auf 67 Jahre hinaufgesetzt. Frühere Pensionsanträge sind nur mit deutlichen Abschlägen möglich. Das System ist umlagenfinanziert, wobei Überschüsse in einen Fonds gezahlt werden, um die Last der Babyboom-Generation rechtzeitig abzufangen. Die Finanzierung erfolgt über Beiträge der Versicherten (an denen die Arbeitgeber zu 50% beteiligt sind). Es gibt keine Bundeszuschüsse. Social Security, also die Altersvorsorge, ist in den USA eine Sozialleistung für die Mittelklasse. Hier gibt es daher keine Stigmatisierung, sondern den Grundsatz, wer gearbeitet hat, hat auch Anrecht auf die Leistung. Allerdings ist es nur eine Schiene des bereits erwähnten two-tier-Systems in den USA: Personen ohne geregelte Erwerbstätigkeit bezahlen keine Beiträge und erwerben somit keine Ansprüche. Daher haben häufig erkrankte oder arbeitslose Personen keine ausreichende Absicherung über social security und sind auf die einzelstaatlichen welfare-Programme angewiesen.“*

In ihrer qualitativen Einschätzung sagt Streissler, dass infolge der **Bevölkerungsentwicklung** wahrscheinlich alle Pensionssysteme in den kommenden Jahrzehnten vor neue Belastungen gestellt sein werden. **Nichtsdestotrotz konnte das US-System mit dieser bislang offensichtlich am stabilsten umgehen**. Das US-Pensionssystem ist im Grunde am stärksten nach

„europäischen“ Maßstäben gebaut, da es bis zu einem gewissen Ausmaß Lebensstandardsicherung mit Umverteilung vereint, was keines der betrachteten europäischen Systeme erreicht. **Insofern kann man/frau hier, so Streissler, unter Umständen von best practice sprechen.** Allerdings gilt diese redistributive Wirkung nur für Personen mit regelmäßiger Erwerbstätigkeit. Menschen mit Lücken in der Erwerbsbiografie werden von dem System gar nicht erfasst.

Das **Pensionsantrittsalter** zeigt, dass ältere ArbeitnehmerInnen in den USA noch immer mehr geachtet werden als in Europa:

Durchschnittliches Pensionsantrittsalter nach Geschlecht

| | Männer | | Frauen | |
|-----------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 1983-88 | 1994-99 | 1983-88 | 1994-99 |
| Norwegen | 62,7 | 64,2 | 63,3 | 64,7 |
| Schweden | 63,9 | 63,3 | 63,3 | 61,8 |
| Dänemark | 64,7 | 62,4 | 61,5 | 61,5 |
| Skandinavien | 63,8 | 63,3 | 62,7 | 62,7 |
| | | | | |
| Belgien | n.a. | n.a. | n.a. | n.a. |
| Niederlande | 60,1 | 61,6 | 61,3 | 60,1 |
| Benelux | 60,1 | 61,6 | 61,3 | 60,1 |
| | | | | |
| Deutschland | 60,6 | 60,5 | 60,7 | 60,8 |
| Osterreich | n.a. | n.a. | n.a. | n.a. |
| Mitteleuropa | 60,6 | 60,5 | 60,7 | 60,8 |
| | | | | |
| Italien | 60,0 | 59,3 | 58,8 | 58,4 |
| Spanien | 61,0 | 61,1 | 63,6 | 61,1 |
| Mittelmeer | 60,5 | 60,2 | 61,2 | 59,8 |
| | | | | |
| Frankreich | 59,6 | 59,3 | 60,5 | 59,8 |
| | | | | |
| Großbritannien | 62,3 | 62,0 | 61,6 | 61,2 |
| USA | 63,9 | 65,1 | 65,2 | 64,2 |
| angelsächsisch | 63,1 | 63,6 | 63,4 | 62,7 |
| | | | | |
| Europa | 61,1 | 61,2 | 61,3 | 60,7 |
| USA | 63,9 | 65,1 | 65,2 | 64,2 |

Quelle: OECD 2003b, Tabelle SS12.2. Berechnungen von Agnes Streissler, AK Wien.

Bericht für das sozialwissenschaftlich interessierte Publikum/³

Die Lissabon-Strategie umfasst sämtliche Maßnahmen zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung der EU. Am 23. und 24. März 2000 hatte der Europäische Rat auf seiner Tagung in Lissabon diese auf zehn Jahre angelegte Strategie vorgelegt, mit deren Hilfe die EU zur weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaft entwickelt werden soll. Bislang sind der dynamischste und wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt aber die Vereinigten Staaten von Amerika.

Im Sinne der Lissabon-Strategie treibt – nach Selbstverständnis der Kommission - eine starke Wirtschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen voran und fördert soziale und ökologische Maßnahmen, welche wiederum eine nachhaltige Entwicklung und sozialen Zusammenhalt gewährleisten sollen.

Die Unterschiede im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zwischen den USA und Europa waren zwar immer ausgeprägt, gewinnen aber seit dem Zusammenbruch des gemeinsamen Gegenmodells in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa zunehmend an Bedeutung. Letztens hat diese Frage auch zu Diskussionen im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU geführt. Der vorliegende Bericht versteht sich als Beitrag zu dieser Diskussion.

Angesichts der Globalisierung und der sich dramatisch verändernden Bevölkerungsstruktur sei es notwendig, Wissenschaft, Wirtschaft und Sozialsysteme in Europa, so die Strategie von Lissabon, grundlegend umzustrukturieren.

Kernpunkte der **Lissabon-Strategie** sind ja bekanntlich:

- 1) **Mehr und bessere Arbeitsplätze**
- 2) **Sozialer Zusammenhalt**
- 3) **Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation**
- 4) **Vollendung des Binnenmarktes**
- 5) **Ökologisch nachhaltiges Wachstum**

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben bei ihrem Frühjahrstreffen am 26. März 2004 in Brüssel beschlossen, diesen Prozess weiter nachhaltig voranzutreiben.

Zur Halbzeit des Lissabon-Prozesses soll für den nächsten Frühjahrsgipfel 2005 ein Zwischenbericht vorgelegt werden.

³ in sämtlichen Landkarten dieser Analyse bedeuten grüne Felder: fehlende Daten

Die Antwort auf die Frage, welches System – die USA oder Europa - längerfristig das erfolgreichere ist, hat in den letzten Jahrzehnten stark geschwankt. In den neunziger Jahren schien die Vorrangstellung der USA unbestreitbar, seit dem Ende der *New Economy*-Euphorie ist allerdings eine Ernüchterung eingetreten.

Bis zum Jahr 2010 soll die EU eine durchschnittliche Wachstumsrate von drei Prozent pro Jahr erzielen; doch im Jahr 2003 kamen die 15 Mitglieder⁴ auf 0,8 Prozent. In den letzten drei Jahren lag das durchschnittliche jährliche Wachstum bei 1,25 Prozent und damit weit unter dem gesteckten Ziel. Die rechtsliberale Hamburger Welt schreibt z.B.:

„Auch beim Arbeitsmarkt sind die in Lissabon definierten Ziele noch längst nicht erreicht. 2000 hatten die Regierungschefs davon gesprochen, dass bei stabilem Wachstum die "Voraussetzung für Vollbeschäftigung" gegeben seien. Nun heißt es, dass wegen der lahrenden Konjunktur und "bestimmter Hemmnisse" auch im Jahr 2004 nur sehr wenig Arbeitsplätze entstehen werden. Die Arbeitslosenquote werde deshalb auf 8,2 Prozent steigen. Erst im kommenden Jahr sei ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Regierungschefs werden in ihrem Abschlusspapier deshalb Druck machen: Eine gesamteuropäische Arbeitslosenquote von über acht Prozent sei "unakzeptabel", mahnen sie“.

Bei der Gesamtbeschäftigungsquote, so lautet auch die Prognose der Kommission, kann das Zwischenziel nicht erreicht werden: Statt 67 Prozent steht die EU derzeit bei 64,3 Prozent. Im Jahr 2010 sollen es 70 Prozent sein.

Die übliche Antwort zahlreicher Kritiker des Wohlfahrtsstaates europäischer Prägung lautet nun, dass **gerade die Marktorientierung und die dortige Skepsis gegenüber dem Staat den Erfolg der USA ausmacht.**

Der Herr **Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit der Republik Österreich**, Dr. Martin **Bartenstein**, hat die so verstandene ordnungspolitische Alternative zwischen dem alten europäischen Wohlfahrtsstaat und einer von vielen Neoliberalen am Erfolg Amerikas orientierten Strategie wie folgt auf den Punkt gebracht:

*„Laut Bartenstein geht es um zwei Wirtschaftsmodelle: **Um dasjenige von Keynes mit der Schuldenpolitik oder um dasjenige von Schumpeter, Hayek und Mises, das angebots- und nachfrageorientiert vorgehe, in Bildung, Forschung und Entwicklung investiere, die Flexibilität des Arbeitsmarkts und die Deregulierung forcieren**“ Plenarsitzungen des NR, inkl. Dringliche Anfragen, Dringliche Anträge Stichworte: Parlament/Aktuelle Stunde/Europa Parlamentskorrespondenz/01/26.05.2004/Nr. 384;
http://www.parlament.gv.at/portal/page?_pageid=908,678558&_dad=portal&_schema=PORTAL)*

In der festgefahrenen und oftmals sehr hart geführten wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung beschreibt die Publikation der Arbeiterkammer Wien nunmehr **neue Wege**. Weder sind die USA „asozial“ noch „die Europäer“ „wachstumsfeindlich“; noch gilt, dass die USA ab 1990 ein Weltrekordhalter des

⁴ Die Welt, 2004-03-23;

<http://www.welt.de/data/2004/03/23/255184.html?search=lissabon+strategie&searchHILI=1>

Wachstums sind, und überdies ist auch Europa nicht frei von wachsender Armut. Die Welt ist nicht schwarz-weiß, sondern es gibt unendlich viele Grautöne, die erst zusammen ein korrektes Gesamtbild abgeben. Und vieles von dem, was es in den USA an Wachstum gibt, wird durch andere Kausalfaktoren verursacht (Migration, günstige Altersstruktur) und nicht durch einen Verzicht auf Sozialpolitik, und vieles von dem, womit wir in Europa an Stagnation konfrontiert werden, wird ebenso durch andere Faktoren verursacht (relativ inflexible Handhabung der Migrationspolitik, Altersstruktur, Reformstau im Pensionspolitikbereich in Kernstaaten wie Frankreich und Deutschland).

Im vorliegenden Tagungsband der Arbeiterkammer Wien, der einen wichtigen Beitrag zu der Frage der Lissabon-Strategien leistet, betreffen vor allem die Aufsätze von **Agnes Streissler** sowie **Richard Sturn** und **Franz Pretenthaler** den **Geschäftsbereich der Sozialpolitik in Europa**. Die Ergebnisse werden nur insofern wiedergegeben, als sie für die Interessen der kritischen Öffentlichkeit in Europa relevant sind. Die Studie wird mit zahlreichen anderen in der Literatur vorhandenen statistischen und inhaltlichen Informationen ergänzt und bewertet.

Zahlreiche der dargelegten Thesen wiederholen zwar in der Literatur gut bekannte Standpunkte, viele der Thesen werden leider ohne empirische Untermauerung in den Raum gestellt (vgl. die Beiträge von Hödl und Hoffmann). Andere Beiträge – wie der von Landesmann über die Wettbewerbsfähigkeit oder der von Schulmeister über Finanz- und Realkapitalismus, sind zwar sehr innovativ und auch (wie der von Michael Landesmann) empirisch sehr untermauert, betreffen aber den Kompetenzbereich der Wirtschaftspolitik.

Die vorliegende publizierte Arbeiterkammer-Studie, und mehr noch der noch unpublizierte Hintergrundbericht von Agnes Streissler bietet wichtige Einsichten für laufende Diskussionen im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union zum Thema des europäischen und amerikanischen Wirtschaftsmodells.

Kernstück ist dabei vor allem die Analyse von Mag. Agnes Streissler von der AK Wien. Betrachtet werden **elf europäische Staaten** (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Niederlande, Norwegen, Schweden, Spanien) und natürlich die USA. Mit Ausnahme von Norwegen sind alle europäischen Staaten Mitglieder der EU. Die elf Staaten wurden dabei jeweils gruppiert: **skandinavische Länder** (Norwegen, Dänemark, Schweden), **Benelux-Staaten, Mitteleuropa** (Österreich, Deutschland), und die **Mittelmeerländer** (Italien, Spanien). **Frankreich** wurde keiner Gruppe zugeordnet, **Großbritannien** wird gemeinsam mit den **USA** als „**angelsächsisches**“ Modell betrachtet. Die Gruppierungen werden dabei jeweils als ungewichtete Durchschnitte berechnet (also zB die durchschnittliche Arbeitslosenrate der skandinavischen Länder ist die Summe der Arbeitslosenraten von Norwegen, Dänemark und Schweden, dividiert durch drei). Zuguterletzt wird noch jeweils aus den elf Werten ein „**Europa**“-**Durchschnitt** berechnet, der dem entsprechenden Wert der USA gegenübergestellt wird.

In Europa hatte sich mit der Ausbildung von Nationalstaaten auch allmählich eine soziale Verantwortung des Staates ausgebildet. Der europäische Sozialstaat im heutigen Sinn entwickelte sich erst im 20. Jahrhundert, war aber in allen Staaten geprägt durch längere historische Traditionen (hier spielen der Stellenwert der

Kirchen, die Staatsform, das Ausmaß des Zentralismus und in späterer Folge die Stärke der Arbeiterbewegung eine wesentliche Rolle).

Die USA unterschieden sich von Anbeginn an von dieser Entwicklung, da sie weder Feudalismus im europäischen Sinn gekannt hatten, noch eine tragfähige Arbeiterbewegung vor Entwicklung der demokratischen Staatsform entstanden war. Im 20. Jahrhundert gab es zwei große Expansionsphasen im US-amerikanischen Sozialstaat: die Projekte des New Deal (in den 1930er Jahren) und der **Great Society** (in den 1960er Jahren), wo man/frau auch von einer leichten Annäherung an das europäische Sozialstaatsmodell sprechen konnte.

Nach dem Vietnamtrauma und einer verstärkten Hinwendung zur Innenpolitik Anfang der 1970er Jahre erstarkte in den USA die Neue Rechte und das US-amerikanische Modell entfernte sich zunehmend vom europäischen. Sozialpolitik wurde in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend aus dem Bundeseinfluss herausgenommen und an die Einzelstaaten delegiert. Dies wurde auch in den 1990er Jahren nicht anders, als der demokratische Präsident Clinton im Amt war.

Innerhalb der EU gibt es verschiedene sozialstaatliche Modelle, die allerdings gemeinsam haben, dass umfassender Sozialschutz ein Grundrecht darstellt. Aufgrund ausgebauter nationalstaatlicher Sozialstaaten ist Sozialpolitik auf EU-Ebene hauptsächlich durch Harmonisierung der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt gekennzeichnet. In den vergangenen Jahren wurde auch versucht, über die Methode der offenen Koordinierung allgemein verbindliche Zielvereinbarungen zu treffen. Dies kann allerdings nur als Anfang der Bemühungen einer EU-weiten Sozialpolitik verstanden werden, die von vielen Seiten als notwendig erachtet wird, um Europa für zukünftige Herausforderungen bereit zu machen.

In der Arbeiterkammerstudie wird im Beitrag von **Sturn** und **Prettenthaler** auch verglichen, wie sich der Sozialstaat auf materielles und immaterielles Wohlergehen der Bevölkerung auswirkt. Zunächst wurden dafür die **Brutto- und Nettoausgaben für Sozialschutz** betrachtet. Bei den Bruttoausgaben, insbesondere bei den öffentlichen, gibt es große Unterschiede zwischen Europa und den USA (1997 gaben europäische Sozialstaaten im Durchschnitt 29 % ihres BIP für ihre Sozialpolitik aus, die USA hingegen nur 16 % des BIP). Allerdings kam es in den 1990er Jahren überall zu einer Verlangsamung des Wachstums. Weiters müssen für Europa starke innereuropäische Unterschiede konstatiert werden. Betrachtet man/frau die Nettoausgaben (also unter Berücksichtigung von Steuern auf Sozialabgaben und steuerlichen Begünstigungen) nähern sich die Systeme einander an: Europa weist einen relativ einheitlichen Wert von ca 24 % des BIP bei den öffentlichen Nettosozialausgaben auf, in den USA ist der Anteil der öffentlichen Nettoausgaben mit etwas über 16 % des BIP sogar höher als der Anteil der Bruttoausgaben am BIP. Insgesamt (also inklusive der privaten Ausgaben) wird in Europa und den USA in der Nettobetrachtung ähnlich viel für soziale Sicherheit ausgegeben: Europa 26 %, USA 23 %, nur ist in den USA eben der Anteil privater Ausgaben ungleich höher.

Während die Bruttoausgaben in Wechselwirkung mit der Einkommensverteilung stehen, umfassen die Nettoausgaben, insbesondere in den USA, auch Maßnahmen wie z.B Steuererleichterungen, die nach oben umverteilen. Daher ist für die vollständige Einschätzung eine genauere Betrachtung der Einkommensverteilung vor und nach Umverteilung notwendig.

In der **Hintergrundanalyse** von Agnes Streissler führt sie auch aus, dass in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts es, soweit darüber statistische Informationen vorliegen, in allen betrachteten Staaten zu einer langsamen, aber stetigen Nivellierung der Markteinkommen kam, wobei sich bereits zu dieser Zeit die skandinavischen Ländern als jene mit der ausgeglichene Einkommensverteilung abzeichneten.

Die 50er und 60er Jahre waren durch weitgehend stabile Einkommensverhältnisse gekennzeichnet, Verschiebungen gab es allenfalls zwischen den Reichsten und den Ärmsten. Gerade in den USA war dies eine Zeit, in der vor allem die Mittelschicht hohe Einkommensanteile erzielen konnte, während in den Folgejahrzehnten sukzessive die Reichsten an Einkommen dazugewannen. Insgesamt kam in allen Ländern in den 1970er und 1980er Jahren Bewegung in die Einkommensverteilung. Dabei entwickelten sich die europäischen Staaten recht unterschiedlich. Seit Ende der 1980er Jahre kann man/frau deutlich erkennen, dass die USA eine wesentlich ungleichere Verteilung haben als die europäischen Länder (mit Ausnahme von allenfalls Großbritannien).

Bei Betrachtung der verfügbaren Einkommen (also nach Steuern und Transfers) bleibt bestehen, dass die skandinavischen Länder die ausgeglichene Verteilung haben. In den restlichen Ländern aber hat in den letzten Jahrzehnten die Einkommensungleichheit eher zugenommen. Die USA und Großbritannien verzeichneten die stärksten Veränderungen bis Mitte der 1980er Jahre, die anderen Staaten folgten im Jahrzehnt darauf. Dieser Entwicklung liegen vorrangig die Änderungen auf dem Arbeitsmarkt zugrunde – zunehmend prekäre Arbeitsverhältnisse und steigende Arbeitslosigkeit führten dazu, dass praktisch in allen Ländern die untersten Einkommensgruppen nicht am allgemeinen Wirtschaftswachstum partizipieren konnten. Daran konnten auch die ausgebauten Sozialstaaten Europas nur bedingt etwas ändern. Im Unterschied zu den USA wurde in Europa allerdings versucht, den strukturellen Wandel nicht voll auf die Lohnanpassungen durchschlagen zu lassen. Diese höhere soziale Stabilität ging bekanntermaßen auf Kosten der Beschäftigung und hatte höhere Arbeitslosenraten zur Folge. Wie stark die unterschiedlichen Rezepte nun tatsächlich auf die unteren Einkommensgruppen wirkten, zeigt die Analyse der **Armutsentwicklung** der letzten Jahre.

Die USA haben sowohl in den 1980er als auch in den 1990er Jahren wesentlich höhere Armutsquoten im Sinne der Kriterien von Eurostat als Europa (Mitte der 1990er waren ca 9 % der europäischen Bevölkerung als arm zu bezeichnen, in den USA waren es 17 %) mit deutlich längerer Dauer der Armutsphasen. Insbesondere betroffen davon sind in den USA Kinder. Es mögen daher die Reformen der 1970er und 1980er Jahre in den USA zwar dazu geführt haben, dass weniger Menschen als zur Zeit der **Great Society** „unrechtmäßig“ Sozialleistungen bezogen, der *collateral damage* in Form von insgesamt gestiegener (Kinder-)Armut ist jedoch enorm.

An „weichen“ sozialen Indikatoren wurden im zunächst die **Arbeitsbeziehungen** betrachtet. Als einer der wichtigen Unterschiede zwischen Europa und den USA gilt ja, dass die europäischen Sozialstaaten wesentlich durch die starke Arbeiterbewegung weiterentwickelt wurden, während in den USA eine vergleichbare Bewegung und Partei immer gefehlt haben. Konsequenterweise sind daher auch die

gewerkschaftlichen Organisationsgrade unterschiedlich – wobei vor allem seit den 1980er Jahren in den USA ein massiver Rückgang zu verzeichnen ist. Entgegen gängigen Vorurteilen kann man/frau allerdings auch für Europa über den Zeitvergleich keine Korrelation zwischen gewerkschaftlichem Organisationsgrad und der Entwicklung der Arbeitslosigkeit finden.

Ein weiterer „weicher“ Indikator ist die **Situation der Frauen** in den verschiedenen Sozialstaatsmodellen. Hier zeigten sich laut Arbeiterkammer-Studie bereits innerhalb Europas massive Unterschiede, es ließen sich aber doch auch einige Unterschiede zwischen Europa und den USA herausarbeiten. So stellt z.B. Teilzeitarbeit in Europa ein gangbares Modell für Frauen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar, in den USA ist Teilzeitarbeit nicht so verbreitet, was darauf schließen lässt, dass das Lohnniveau und die sozialrechtliche Absicherung hierfür zu gering sind. Obwohl die USA gerne als „liberales“ Modell bezeichnet werden, sind sie von Chancengleichheit weit entfernt. So sind zum einen die **Lohnunterschiede** zwischen Männern und Frauen in den USA größer als in Europa, zum anderen sind Frauen auch wesentlich weniger stark im Parlament vertreten (was die Vermutung nach einer Interdependenz mit ihrer materiellen Situation nahelegt).

Eine zweite Gruppe, die (nicht nur) in Sozialstaatsvergleichen gerne vergessen wird, deren soziale Lage aber in überdurchschnittlichem Ausmaß als prekär einzuschätzen ist, sind **ImmigrantInnen** und **ethnische Minderheiten**. Leider gibt es, so die AK, darüber nicht viel international vergleichbares Material. Was sich herausfiltern lässt, sei folgendes: Innerhalb Europas sind Immigrations- und Integrationspolitik abhängig vom jeweiligen Sozialstaatsregime. Während die mitteleuropäischen Länder ImmigrantInnen als „Gastarbeiter“ sehen und ihnen daher nur ungerne alle sozialstaatlichen Rechte zugestehen, sehen sich die skandinavischen Länder und die Niederlande als multikulturelle Gesellschaften (letztere mit einer stark postkolonialistischen Tradition). Ihre besseren Integrationserfolge sind allerdings auch auf insgesamt niedrigere Immigrationsquoten zurückzuführen. Seit etlichen Jahren nimmt sich die EU-Kommission verstärkt des Themas an und versucht auf Gemeinschaftsebene allgemein gültige Richtlinien für „Drittstaaten“-Angehörige zu finden. Vergleicht man/frau Europa nun mit den USA, so ist sofort ersichtlich, dass die USA trotz weitaus höheren Immigrationsquoten eine deutlich erfolgreichere Integration erzielen: niedrigere Arbeitslosenquoten, besseres Qualifikationsniveau und insgesamt nicht so starke Unterschiede zwischen In- und AusländerInnen auf dem Arbeitsmarkt zeichnen die Situation von ImmigrantInnen in den USA aus.

Die Problemgruppe, so die AK, die hingegen viel eher das Pendant zur europäischen Situation darstelle, sei die schwarze Bevölkerung. Sie macht 12 % der Bevölkerung aus und kann als unfreiwillige „ImmigrantInnen“ der vorigen Jahrhunderte gesehen werden. Sie hat besonders unter dem sozialpolitischen **backlash** seit den 1970er Jahren zu leiden, wobei inzwischen der subtile Rassismus (ausgedrückt durch das Vorurteil „welfare=black“) auch weite Teile der demokratischen Partei erfasst hat. Durch teilweise selbstverursachte Segregation, so die AK, reüssieren Schwarze auch nicht in gleichem Ausmaß wie andere Bevölkerungsgruppen im Bildungswesen, wodurch sich gerade in den USA ihre Chancen auf soziale Teilhabe und Aufstieg weiter verschlechtern. Obgleich ImmigrantInnen in Europa und Schwarze in den USA sozial und materiell zu den benachteiligten Gruppen zu zählen sind, sind sie auf der anderen Seite wichtige LeistungserbringerInnen im Sozialstaat, da sie in

überdurchschnittlich hohem Ausmaß in den Hilfsdiensten des Gesundheits- und Sozialbereichs beschäftigt sind.

Um neben der Betrachtung benachteiligter Gruppen auch das **Wohlbefinden** des breiten Durchschnitts zu vergleichen, wurden in der Arbeit Studien zu Vergleichen des Sozialkapitals herangezogen. Es zeigt sich, dass in den USA die Menschen nicht unglücklicher sind als in Europa. Am zufriedensten sind im Durchschnitt die SkandinavierInnen. Auch im Human Development Index der UNO liegen, so die Arbeiterkammer, die USA vergleichsweise weit vorne. Zwar verschlechterte sich ihre relative Position gegenüber einzelnen europäischen Ländern in den vergangenen Jahren, aber es zeigt sich doch, dass auch hier eine wesentliche Bestätigung der These der Pfadabhängigkeit liegt: Die Mehrheit der Bevölkerung ist mit dem System, in dem sie leben, und seinen Werten jeweils zufrieden. Wieso sollte es zu signifikanten Konvergenzprozessen kommen?

Während in Europa das **Bildungswesen** im allgemeinen nicht zum Sozialstaat zählt, ist die Analyse sozialer Chancen in den USA nicht denkbar ohne Berücksichtigung des Bildungssystems. Daher wurde als Abschluss der „Indikatoren des sozialen Wohlstands“ ein Vergleich der Bedeutung des Bildungswesens vorgenommen. Hier zeigt sich, dass Bildung in den USA jedenfalls eine große Rolle spielt: Im Gegensatz zu den Sozialausgaben wird in den USA ähnlich viel für Bildung ausgegeben wie in Europa, wobei sowohl der Primär- als auch der Tertiärbereich stärker dotiert sind als im europäischen Durchschnitt. Dementsprechend erreichen auch mehr Menschen einen höheren Abschluss als in Europa (im europäischen Durchschnitt erlangen etwa ein Viertel zumindest einen Tertiärabschluss, in den USA sind es 37 %). In den erworbenen Kompetenzen schneiden die USA laut PISA-Studie allerdings nicht so gut ab. Anhand dieser Studie werden besonders die innereuropäische Differenzen deutlich: Während die skandinavischen Länder, die (allerdings mit den höchsten Ausgaben) bei den Abschlüssen ähnlich gute Werte erreichen wie die USA, die „Sieger“ der PISA-Studie sind, haben die mitteleuropäischen Länder sowohl bei der Höhe der erreichten Abschlüsse als auch vor allem bei den Kompetenzen massive Defizite. Zu stark vergangenheitsorientierte Sozialpolitik und nachhaltig konservative Familienmuster führen dazu, dass dem Bildungswesen in der Sozialpolitik ganz geringer Stellenwert zukommt.

In dem Unterkapitel der zweiten Arbeit von Agnes Streissler mit dem Titel „**Sozialstaatliche Politikfelder**“ wurden die typischen Bereiche der Sozialpolitik (Alter, Gesundheit, Familie, etc.) vergleichend untersucht. Zunächst fällt auf, dass die wesentlichen Ausgabenbereiche in allen betrachteten Staaten Alter und Gesundheit sind, dass also in den westlich-kapitalistischen Gesellschaften die Armutsbekämpfung als explizites Ziel der Sozialpolitik eher nach- bzw untergeordnet ist.

Alle europäischen Länder haben, so die AK, seit den 1980er Jahren mit Finanzierungsproblemen in der **Altersversorgung** zu kämpfen. Hier haben insbesondere beitragsorientierte, auf den vorangegangenen Aktiveinkommen beruhende Systeme (wie in Deutschland) großen Reformbedarf. Schweden versucht die Reform mit Einführung von Elementen eines Kapitaldeckungssystems, Großbritannien setzt stark auf private Zusatzversicherungen. Die USA haben für Menschen mit weitgehend durchgängiger Erwerbstätigkeitsbiografie ein progressives Pensionssystem, in dem die Ersatzraten mit steigendem Einkommen sinken. Damit

können sie nach wie vor Überschüsse erzielen. Diese Mischung aus umverteilendem und gleichzeitig doch in gewissem Ausmaß lebensstandardsicherndem Prinzip findet auch breite Akzeptanz in der Bevölkerung und ist daher noch nicht so stark dem allgemeinen Sozialabbau ausgesetzt.

Auch die **Gesundheitssysteme** sind, so die AK weiter, in dauernder Diskussion. Die USA unterscheiden sich hierin von den europäischen Modellen (die entweder über Sozialversicherung oder über Steuerfinanzierung fast vollständig deckende Gesundheitsversorgung haben) dadurch, dass es keine staatliche allgemeine Gesundheitsversorgung gibt (Medicaid ist nur an die Armen gerichtet, Medicare wiederum nur an die Alten). Daher sind 16 % aller US-AmerikanerInnen gar nicht versichert, ein Problem, das sich dadurch weiter verschärft, dass sich immer weniger Unternehmen Gruppenversicherungen über Health Maintenance Organisations leisten können. Trotz dieser schlechten Gesundheitsversorgung in den USA haben die USA aufgrund spitzenmedizinischer Leistungen, die nur einer privilegierten Oberschicht zugute kommen, im internationalen Vergleich die höchsten Gesundheitsausgaben.

Der **Pflegebereich**, der in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, ist ebenfalls stark abhängig von dem jeweiligen Sozialregime: In den USA werden die Leistungen dem Markt oder der Familie überlassen, in Skandinavien kommen die Kommunen stark für Sachleistungen auf, in den eher konservativen mitteleuropäischen Ländern sind es die Familie und die gemeinnützigen Organisationen des Dritten Sektors, die die hauptsächliche Leistung erbringen.

Die **Arbeitslosenversicherung** ist ein typisch „europäisches“ Betätigungsfeld der Sozialpolitik. In den USA ist sie Sache der Einzelstaaten, und es kam in den vergangenen Jahren zu immer stärkeren Kürzungen der Leistungen. In Europa hingegen wird versucht, neben den passiven Arbeitslosenleistungen, die in allen Ländern nach wie vor den größeren Teil der Ausgaben für Arbeitslosigkeit ausmachen, die aktive Arbeitsmarktpolitik zu stärken (dies wird von der EU kräftig unterstützt). Nachzügler dabei sind die mitteleuropäischen Länder; in Großbritannien wird die Aktivierung über workfare als Zwangsmaßnahme kritisiert, während in den skandinavischen Ländern (wo die Arbeitslosenversicherung Sache der Gewerkschaften ist) aktive Arbeitsmarktpolitik im Wege eines Vertrages des Arbeitslosen mit dem Arbeitsamt gestaltet wird.

In Europa wird **Familienpolitik** wesentlich umfassender verstanden als in den USA (in Europa werden im Durchschnitt fast 2,5 % des BIP für Familien ausgegeben, in den USA nur 0,5 %). Die skandinavischen Länder und Frankreich haben dabei einen stark universalistischen Ansatz (Leistungen für alle ohne Einkommensprüfung mit sehr hohem Sachausgabenanteil für die Unterstützung von Kinderbetreuung), während die mitteleuropäischen Länder sich noch immer nicht ganz von konservativen, großteils wohl überholten Familienmodellen verabschiedet haben. In den USA hingegen existiert überhaupt keine als solche bezeichnete Familienpolitik, lediglich arme Familien erhalten in gewissem Ausmaß Unterstützung.

Etwas ausführlicher wurde in der Hintergrundanalyse von Streissler die **Wohnpolitik** behandelt, da diese in sozialpolitischen Vergleichsstudien oft unbeachtet bleibt. Wohnpolitik ist dabei mit dem Steuersystem meist stärker verwoben als mit dem Sozialsystem, was die internationale Vergleichbarkeit sehr erschwert. Dennoch lässt

sich grob zusammenfassen, dass in den „liberalen“ Ländern, die durch ungleichere Einkommensverteilung ausgezeichnet sind, Wohneigentum überwiegt, während in Ländern mit ausgebauten Sozialversicherungssystemen Wohneigentum keine Form der sozialen Absicherung darstellt (darstellen muss). Damit ist die Eigentumsquote in den USA deutlich höher als im europäischen Durchschnitt. Soziale Wohnpolitik in den USA ist auf Wohnschecks für die Ärmsten beschränkt, während es in Europa eine Vielzahl von Subjekt- und Objektförderungen gibt sowie in vielen Ländern eine lange Tradition sozialen Wohnbaus.

Und schließlich wurde der Vollständigkeit halber auch noch die **Armutspolitik** betrachtet. Hier waren aber keine wesentlichen neuen Ergebnisse zu verzeichnen, da dieser Bereich sowohl in Europa als auch in den USA budgetär nur sehr gering dotiert ist. Europa betreibt eher Armutsvermeidung, und zwar über die vorgelagerten Sicherungssysteme; in den USA hingegen, wo Armutspolitik Sache der Einzelstaaten ist und diese in den vergangenen Jahren massive Kürzungen vornahmen, steigt die Armut, insbesondere bei der schwarzen Bevölkerung.

Ein Kapitel der Hintergrundanalyse und auch des publizierten Artikels von Agnes Streissler beschäftigte sich mit den **Trägern der Sozialpolitik**. Sowohl in der Realität als auch in der sozialpolitischen Forschung hatte die zunehmende Staatskepsis seit Anfang der 1980er Jahre das Augenmerk vermehrt auf die anderen Träger gelenkt – Privatwirtschaft, Dritter Sektor und die informellen Netze.

Auch der Staat selbst hat seine Rolle geändert, indem die Kooperation mit den anderen Trägern immer häufiger und intensiver wurde. Daneben ist gerade auch für die Sozialpolitik darauf hinzuweisen, dass „der Staat“ kein einheitliches Gebilde ist, da er aus verschiedenen Verwaltungsebenen mit unterschiedlichen Aufgaben besteht. Diese Ebenen agieren miteinander nicht immer konfliktfrei. Anhand der USA kann auch gezeigt werden, dass die Einflussnahme des Staates oft eine sehr indirekte ist (von Steuererleichterungen bis Kreditgarantien und natürlich gesetzlichen Regulierungen).

Insbesondere in den USA hat die **Privatwirtschaft** immer schon eine große **Rolle in der Sozialpolitik** gespielt. Private **Zusatzversicherungen** machen ein Drittel der sozialpolitischen Ausgaben aus, und Unternehmen bieten ihren MitarbeiterInnen betriebliche Sozialleistungen an, letztere aufgrund der schlechten Wirtschaftslage der vergangenen Jahre in immer geringerem Ausmaß. Dies sollte allen bewusst sein, die auch im Bereich der Sozialpolitik immer wieder die Forderung nach „mehr privat, weniger Staat“ aufstellen. Selbstverständlich können viele Sozialleistungen auch über die Privatwirtschaft erbracht werden, dies bedeutet aber immer, dass bestimmte Personen bzw Personengruppen ausgegrenzt bleiben: Die Entwicklung in den USA der letzten Jahre hat gezeigt, dass private Sozialleistungen nur mehr für hochqualifizierte ArbeitnehmerInnen eine interessante Option darstellen. Schlechte Risiken bleiben auf der Strecke. Versucht man/frau hier „Mischsysteme“, so besteht die Gefahr, dass die Ober- und Mittelschichten die bislang in Europa doch weitverbreiteten (oft implizit geschlossenen) Solidarverträge aufkündigen. Sie können sich privat absichern, während die öffentlichen Mittel für benachteiligte Gruppen immer weniger werden. Damit sind Einkommensungleichheiten und Armutsquoten wie in den USA vorprogrammiert.

Eine Alternative zur Privatwirtschaft ist der **Dritte Sektor** (auch genannt Non-Profit-Organisationen, **Freiwilligensektor**, etc.). Seine jeweilige Ausprägung ist stark von der jeweiligen Landesgeschichte, insbesondere von der religiösen und kulturellen Tradition abhängig. In den vergangenen Jahren kam es allerdings auch hier zu einer **marketization** (Marktorientierung). Die USA haben eine lange Tradition eines starken Dritten Sektors, sind inzwischen aber von einigen europäischen Staaten überholt worden. Als großer Unterschied bleibt bestehen, dass der Dritte Sektor in Europa subsidiär zum öffentlichen Sektor wirkt und häufig auch massiv finanziell unterstützt wird, während er in den USA wesentlich marktnäher agiert. Das bedeutet allerdings auch, dass er stark partikularistisch auf die Interessen bestimmter Gruppen bedacht ist. Abermals bleiben unterprivilegierte Randgruppen über.

Und schließlich gibt es noch den **informellen Sektor**. Neben dem Kommunitarismus (also der Anschauung, dass im Gemeindeleben über Freiwilligenarbeit und Gemeinsinn notwendige soziale Leistungen erbracht werden sollten) sind dies vor allem die Familien. Die Analyse ihrer materiellen Situation und ihrer Unterstützung von Seiten des Sozialsystems hat die ganze Arbeit durchgezogen. Hier sei zusammenfassend gesagt, dass lediglich in den skandinavischen Staaten (und zum Teil in Frankreich) Familien so unterstützt werden, dass Familie und Beruf tatsächlich vereinbar sind. In den USA als vorgeblich „liberalem“ Regime wird die Vereinbarkeitsproblematik in die Privatsphäre verwiesen. Gleichzeitig werden aber an Familien hohe moralische Ansprüche gestellt, wollen sie in den Genuss sozialstaatlicher Unterstützung kommen.

Dies führt bereits zum abschließenden Teil der Analyse von Agnes Streissler, dass nämlich die grundlegenden Unterschiede zwischen den USA und Europa in unterschiedlichen Traditionen und Mentalitäten begründet sind. Die USA sind im Vergleich zu Europa stark traditionalistisch orientiert, mit starker Betonung von Religion und Autorität. Die Bevölkerung Europas insgesamt ist wesentlich emanzipierter und stellt daher größere Ansprüche an das Gemeinwesen Staat. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Entwicklung der Demokratie in den USA und in Europa unterschiedlich war. Fehlender Feudalismus, fehlender Klassenkampf und eine aus der Geschichte begründete anhaltende Staatsskepsis haben verhindert, dass in den USA jemals ein Sozialstaat nach europäischem Muster entstehen konnte.

Trotz aller innereuropäischen Unterschiede haben die vorliegenden Studien der AK deutlich gezeigt, dass sich das US-amerikanische System eindeutig vom europäischen Wohlfahrtsmodell unterscheidet. Die einzelnen Politikbereiche sind völlig anders ausgestaltet: es gibt keine universelle Familienpolitik und keine allgemeine Arbeitslosenversicherung. Armenpolitik, seien es Geldleistungen oder Wohn- bzw Gesundheitsausgaben für Arme sind Angelegenheit der Einzelstaaten. Insgesamt hat sich der Bundesstaat immer mehr aus der Sozialpolitik zurückgezogen und finanziert nur mehr über Pauschalzahlungen. Lediglich **Medicare** und **Social Security** sind noch Bundesangelegenheit, geraten aber auch zunehmend unter Beschuss. Dies führt zwar dazu, dass die Sozialausgaben insgesamt wesentlich niedriger sind als im europäischen Vergleich, dass aber der Mittelstand gezwungen ist, sich selbst zu versichern, will er einigermaßen lebensstandardsichernde Leistungen. Unregelmäßig Erwerbstätige und Arme sind rein auf die einzelstaatlichen welfare-Programme angewiesen. Auf diese besteht kein bürger- oder

menschenrechtlicher Anspruch, sie hängen sehr von der Willkür und „Großzügigkeit“ im Einzelfall ab.

Hatten sich Europa und USA nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere in den 1960er Jahren, als in den USA die **Great Society** ausgerufen wurde, aneinander angenähert, so war seit den 1970ern und 1980ern ein Auseinanderdriften der beiden Modelle zu bemerken. In den 1990er Jahren schwappte dann, so die AK, die US-Ideologie immer wieder auf Europa über. Hier war man/frau unter anderem aufgrund der Selbstbindungen durch die Maastrichter Konvergenzkriterien auch zu Kürzungen im Sozialstaat gezwungen. Dennoch kann man/frau aus heutiger Sicht nicht wirklich von einer nunmehrigen Annäherung Europas an die USA sprechen.

Dies zeigte sich auch an sozialpolitischen „Outputs“: Insbesondere die Einkommensverteilung ist in den USA wesentlich ungleicher als in Europa. Krugman (2002) sieht hier für die USA eine klare Aushöhlung der Mittelschicht, da die massivsten Einkommenssteigerungen der letzten Jahre beim obersten Prozent bzw sogar Zehntelprozent stattfanden. Glaubt man/frau dem *Fortune Magazine*, stiegen in derselben Zeit [1970 bis 1990] die Jahresgehälter der Firmenchefs der 100 größten US-Unternehmen aber von 1,3 Millionen Dollar – dem 39fachen des Gehaltes eines durchschnittlichen Arbeiters – auf 37,5 Millionen Dollar, dem mehr als 1000fachen Lohn eines normalen Arbeitnehmers. (Krugman 2002, 25).

Krugman sieht eine Plutokratie entstehen (vgl. auch den Beitrag von **Filzmaier** im publizierten Tagungsband) : Reiche kaufen sich Politiker, Intellektuelle und die öffentliche Meinung in einem bislang ungeahnten Ausmaß. Während aus seiner Sicht über dreißig Jahre lang die sozialen Normen durch New Deal und **Great Society** bestimmt waren und damit relative Einkommensgleichheit ein positiv besetzter Wert war, gilt heute anything goes. Die Superreichen modellieren sich das Steuersystem zu ihren Gunsten, während für die Mittelklasse die Situation immer prekärer wird. Konnten Angestellte in Großunternehmen bislang den fehlenden Sozialstaat gut durch occupational benefits ersetzen, so sind heute auch diese Arbeitsverhältnisse unsicher geworden, womit betriebliche Krankenversicherungen und Pensionspläne hinfällig werden.

Ähnlich wird dies auch in der Arbeiterkammerstudie im Beitrag von **Schulmeister** (2003) gesehen: Aus seiner Sicht hat Mitte der 1970er Jahre der Finanzkapitalismus den Realkapitalismus abgelöst. Der Kapitalismus sei nicht mehr durch Manager, sondern durch Investoren bestimmt. Dies liege auch daran, dass die Unternehmen dem Ausbau des Sozialstaates und damit auch den zunehmenden Rechten der Arbeiterschaft nicht mehr gewachsen seien und daher die „soziale Marktwirtschaft“ aufkündigten. Diese „klimatische Veränderung“ hätte wesentliche Auswirkungen auf den Sozialstaat und stelle die lange behauptete These in Frage, dass der genügsamere Sozialstaat in den USA besser geeignet wäre, die Arbeitslosigkeit in Schach zu halten. Es dürfe, so die AK, nicht übersehen werden, dass die USA ihre größten Erfolge in der Sozialpolitik zu einer Zeit hatten, als Beschäftigte auch dort in der Mehrheit in einem „Normalarbeitsverhältnis“ standen – residuale Sozialpolitik gekoppelt mit einer gut ausgebauten betrieblichen Mitarbeitervorsorge könne nur dann breite Teile der Bevölkerung absichern, wenn dauerhafte Beschäftigungen der Regelfall seien.

Sind, so fragt sich die AK, die USA nun ein Nachzügler in dem Sinn, dass die sozialpolitischen Outputs in Europa höher liegen, oder ein Vorreiter bzw Vorbild in dem Sinn, dass Europa erst lernen muss, Sozialpolitik zwischen Staaten und Gemeinschaft stärker aufzuteilen?

Die Bestandsaufnahme der AK legt den Schluss nahe, dass die Antwort „weder-noch“ heiÙe. Es handelt sich um unterschiedliche Systeme mit unterschiedlicher Geschichte: Während in den USA umfassende Sozialpolitik im 20. Jahrhundert von Bundesebene nach unten gesickert ist, haben sich in Europa nationalstaatliche Sozialsysteme unterschiedlichster Prägung etabliert, und erst heute beginnt die Diskussion, welche Kompetenzen auf EU-Ebene verlagert werden sollten.

Es sei, so Streissler, zurzeit unvorstellbar, dass die USA sich an einer europäischen **best practice** orientieren würden. Zu sehr wird die Politik von Gruppierungen bestimmt, die Werte wie Solidarität als Hemmschuh sehen und die von der eigenen Leistungsfähigkeit und –bereitschaft als beste Sprungbrett „nach oben“ überzeugt sind.

Ebenso sollte sich, so Streissler aber auch Europa nicht zu sehr an den USA orientieren. Es gebe innerhalb Europas genügend **best practice** Beispiele, so Streissler. So schneiden bei den meisten Wohlstandsindikatoren die skandinavischen Länder nach wie vor am besten ab. Nachzügler in bezug auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und insbesondere die Bedeutung der Wissensgesellschaft seien hingegen die „konservativ“ orientierten Länder Kontinentaleuropas (Deutschland, Österreich und, soweit man/frau aus den Daten beurteilen kann, die Mittelmeerländer). Sie werden zu sehr durch ihre vergangenheitsorientierte Sozialpolitik belastet. Während die angelsächsischen Länder voll auf Ausbildung (Zukunftsorientierung) setzen, haben die Skandinavier einen Mix, der Solidarität mit den Schwächeren in der Gesellschaft mit Verantwortung für die Zukunft nachhaltig vereint.

Bei der notwendig gewordenen Neuordnung der Prioritäten insbesondere in Kontinentaleuropa könnte die EU, die nach angelsächsischem Vorbild stark auf Ausbildung und lebenslanges Lernen setzt, helfen, den notwendigen Zusammenhang von Bildung und Sozialstaat zu fördern.

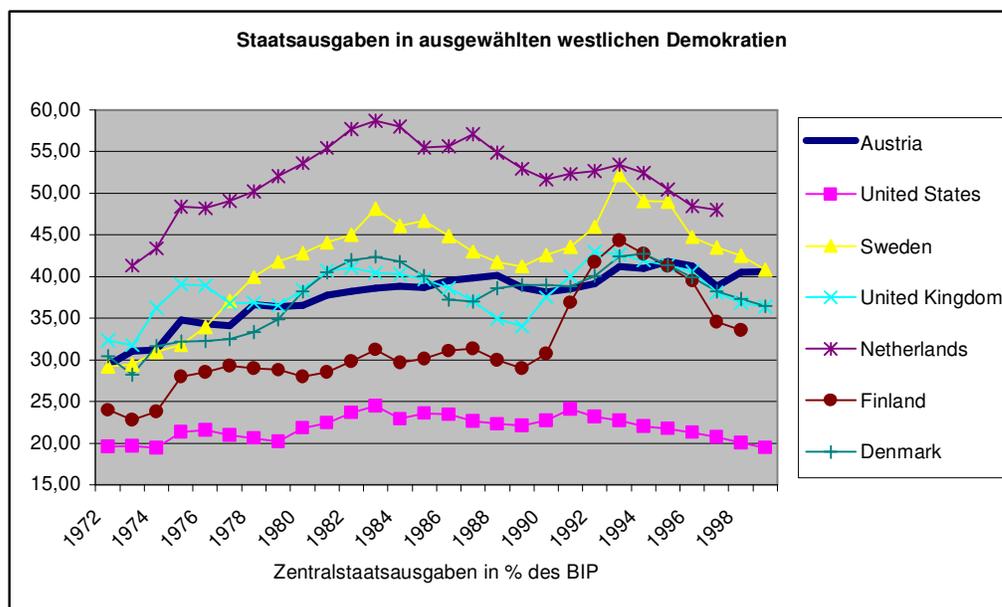
Keinesfalls sollte es in Europa, so die Arbeiterkammer, zu einem Abbau des Sozialstaates kommen. Ein umfassender Sozialstaat, dem der Sozialschutz als BürgerInnenrecht zugrundeliegt, ist eines der wesentlichen konstitutiven Elemente Europas. Die Europäische Kommission könnte ein Garant dafür sein, dass dieses Europäische Sozialmodell auch weiterhin Bestand haben kann, wenn sie sich mit ihren Ansätzen gegen die Angriffe der auch in Europa stärker werdenden Neokonservativen gepaart mit Neoliberalen durchsetzen kann. Für die Kommission stehe nämlich die Wichtigkeit eines umfassenden Sozialschutzes außer Zweifel.

Versuch einer empirischen Wertung der Thesen der Arbeiterkammer

Es ist zwar, wie die Studie der Arbeiterkammer richtig betont, schon so, dass der Zentralstaat in den sehr föderalen USA kleiner ist als in vielen Staaten Europas. Aber die unzureichende Erfassung des föderalen Charakters der USA ist eine der methodischen Probleme jedes Vergleiches staatlicher Politik der USA mit Europa. Auch die vorliegende Studie kann diese Lücke natürlich auf Grund der Datenbeschränkung nicht schließen.

Gesamtstaat – Zentralstaat⁵

In der Ära des Clinton-Booms hat Europa die Staatsquoten wesentlich erhöht und die Expansion im Kondratieff'schen Zyklus versäumt. Erst spät steuerte die Politik in einigen Staaten gegen, während in den USA der Abbau der Staatsquoten – vermittelt über die Friedensdividende der Clinton-Ära – schon früher begann.



Die vorhandenen Daten zeigen aber, dass die Gesamtstaatsausgaben in den USA bei 38.50 % liegen wobei die Bundesstaaten und Gemeinden fast 18 % des BIP aufwenden.

| Country Name | Zentralstaatsausgaben per BIP | Gesamtstaatsausgaben per BIP | geschätzter Anteil der Staatsausgaben auf mittlerer und | Faktor, mit dem man/frau zentralstaatliche Ausgaben realistischer Weise multiplizieren |
|--------------|-------------------------------|------------------------------|---|--|
| | | | | |

⁵ Berechnungen zu diesem Thema aus der frei verfügbaren EXCEL-Datenbasis der Weltbank: <http://www.worldbank.org/research/growth/GDNdata.htm#3>

| | | | unterer föderaler Ebene in % des BIP | müsste, um die gesamtstaatlichen Ausgaben zu schätzen |
|----------------------|--------------|--------------|--------------------------------------|---|
| Australia | 26,19 | 36,40 | 10,21 | 1,39 |
| Austria | 38,81 | 51,90 | 13,09 | 1,34 |
| Belgium | 46,28 | 49,30 | 3,02 | 1,07 |
| Canada | 21,08 | 48,30 | 27,22 | 2,29 |
| Germany | 33,13 | 48,50 | 15,37 | 1,46 |
| Denmark | 38,23 | 50,70 | 12,47 | 1,33 |
| Spain | 34,55 | 39,80 | 5,25 | 1,15 |
| Finland | 34,54 | 48,70 | 14,16 | 1,41 |
| France | 46,57 | 52,40 | 5,83 | 1,13 |
| United Kingdom | 38,07 | 39,60 | 1,53 | 1,04 |
| Greece | 31,60 | 51,70 | 20,10 | 1,64 |
| Iceland | 28,87 | 43,10 | 14,23 | 1,49 |
| Norway | 35,70 | 53,80 | 18,10 | 1,51 |
| Portugal | 40,55 | 45,70 | 5,15 | 1,13 |
| Sweden | 43,50 | 59,00 | 15,50 | 1,36 |
| United States | 20,73 | 38,50 | 17,77 | 1,86 |

Empirisch unzureichend wurde, wie bereits erwähnt, in der Studie ansonsten das **Problem der Armut** dokumentiert, weil sich die Studie der AK vor allem auf einen Vergleich von 11 Staaten stützt, der z.B Portugal und Griechenland, 2 EU-Staaten mit problematischeren Armutsverhältnissen, ausklammert.

These 1: Der Vergleich der ILO – Daten der Arbeitslosigkeit ab 1960 zeigt, dass ab Mitte der 90er Jahre die AL-Rate nach ILO-Kriterien in Österreich höher ist als in den USA

These 2: Der Vergleich der Globalisierungsprozesse zeigt, dass es fast keinen Unterschied zwischen den USA und Österreich gibt

These 3: Die Wachstumslücke tut sich erst in den späteren 90er Jahren auf. Davor war z.B. Österreich über lange Strecken „effizienter“ (i.e. ein höheres Wachstum).

These 4: Sowohl in den USA als auch z.B. in Österreich wächst seit Mitte der 90er Jahre die Ungleichheit in den Primäreinkommen zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren gewaltig an. Mit Ausnahme der Küstenanrainerstaaten der Nordsee – Island, Frankreich, GB, Norwegen und Deutschland – ist die Ungleichheit der Löhne zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren in Europa langfristig im Anwachsen begriffen, vor allem in den Staaten Ostmitteleuropas. Mit der rasanten Öffnung der Märkte ging eine wachsende Ungleichheit in der Verteilung einher.

These 5: Sowohl in Europa als auch in den USA gibt es Phänomene des realen Einkommensverlustes von Bevölkerungsschichten im Zeitverlauf.

These 6: Der Clinton-Boom dauerte von 1995 bis 2000; die USA erlebten 2001 einen starken Einbruch, und hatten 2002, 2003 und 2004 ein stärkeres Wachstum als

Europa. Seit 1994 hatte nur im Jahr 2000 Europa ein Wachstum, das der Lissabon-Vorgabe von über 3 % entsprach. Die Schwierigkeiten Europas sind aber vor allem die Wachstumsprobleme von Österreich, Belgien, Frankreich, Italien, und Deutschland. Die Kaufkraft in den USA zieht ab 2000 nach dem leichten Zurückfallen im Entwicklungsvorsprung erneut davon.

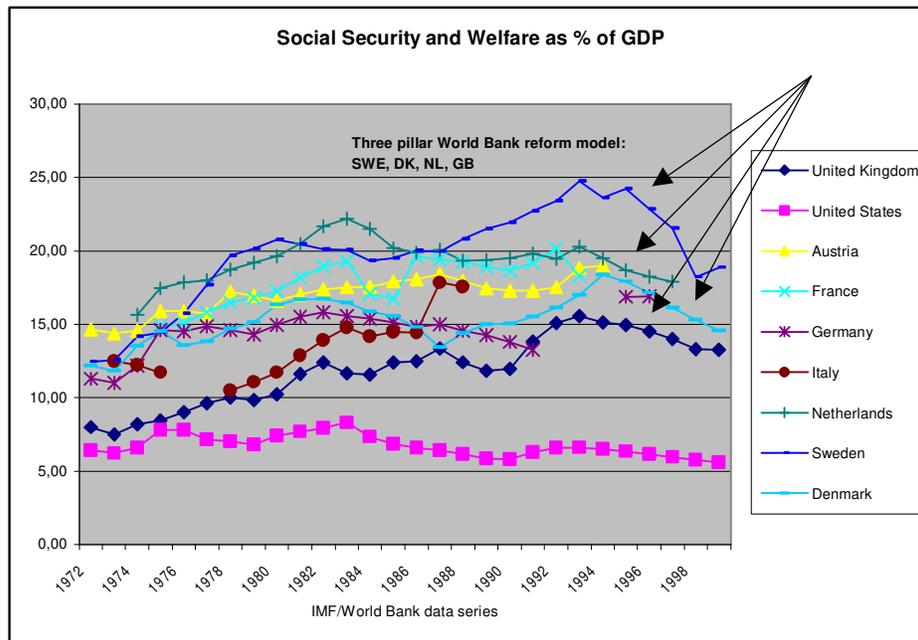
These 7: Amerika wuchs im Clinton-Boom rascher als viele Staaten Europas, aber insgesamt ist Amerika wegen der starken Einbrüche im Wachstum Anfang der 90er Jahre und 2001 nur auf Rang 61 der Weltrangliste des Wachstums. Europa selbst hat „Wachstumsgiganten“ und „Wachstumszwerge“. 8 Staaten der EU 25 wuchsen in den 90er Jahren bis 2002 insgesamt langsamer als die USA (Österreich; Belgien; Frankreich; Italien; Tschechien; Deutschland; Lettland; Litauen), aber die folgenden 14 EU-25 Staaten wuchsen z.T. bedeutend rascher als die USA: Irland; Polen; Slowakische Republik; Malta; Zypern; Finnland; Portugal; Großbritannien; Ungarn; Estland; Griechenland; Niederlande; Dänemark; Slowenien; und Schweden war gleich auf mit den USA.

These 8: In den USA sind zwar die reichsten 10 % um 15.9 mal reicher als die ärmsten 10 %, womit Amerika der 79. Staat von 127 klassifizierten Nationen ist. **Aber nur 7 EU-Staaten liegen unter den besten 20 Staaten der Weltgesellschaft, 9 Staaten von Rang 21 bis 40, 5 Staaten auf Rang 41 bis 60, und Großbritannien, und Portugal belegen mit den USA die Ränge 61 bis 80.**

These 9: In zahlreichen Staaten Europas war der Globalisierungsdruck sogar noch stärker als in den USA, und trotzdem gibt es in Europa auch ein gutes Abschneiden gegenüber dem Globalisierungsdruck.

Einige wesentliche Bestimmungsfaktoren von Armut und Ungleichheit werden in der Studie beleuchtet, aber durch die spezifische Auswahl von 11 Staaten wird die heutige Vielfalt der EU-25 in ihrer Gesamtheit zu wenig berücksichtigt. Ein wenig fehlt dem Autor in der AK-Studie eine deutlichere Analyse der Wirkungen von Staat und Steuern, sowie der Globalisierungsprozesse der letzten Jahrzehnte. Nicht hohe Bruttosozialquoten, sondern eine kluge Strukturpolitik, Bildungspolitik, Technologiepolitik, sowie Pensionsreformpolitik, die den Kapitalmarkt dynamisierte, machte einige Skandinavier so erfolgreich, und diese These wird in zahlreichen internationalen Querschnittsanalysen immer wieder bestätigt. Fraglos tragen die hohen Zollmauern der EU zu Stagnation, und realer Armut in Europa bei. Humankapitalpolitik und Migrationspolitik als wesentliche Unterschiede der beiden Systeme werden zu wenig berücksichtigt.

Ein wesentlicher Punkt für die künftige Debatte wird auch sein, welche Rolle 3-Säulen-Pensionsreform-Modelle bzw. sonstige, die Kapitaldeckung in der Altersvorsorge begünstigende Systeme diesseits und jenseits des Atlantik spielen. Die aus den Daten der Weltbank zusammengestellte Graphik zeigt eklatant, wie die Weltbank-Pensionsreformstaaten ihre Kosten für Soziales und Wohlfahrt im Zeitverlauf senken konnten:



Die kritische positive Würdigung des US-Pensionssystems ist eines der bleibenden Verdienste der vorliegenden AK-Studien.

Streissler sagt in ihrem Hintergrundpapier auch sehr klar, wo die Defizite im europäischen Pensionsmodell liegen:

„Grob gesagt kann man von drei verschiedenen Typen der Altersversorgung ausgehen: Zum einen gibt es beitragsorientierte Systeme: Was einbezahlt wird, wird auch wieder ausbezahlt. Inzwischen gehören Schweden und Italien zu diesem Typus. In Europa am weitesten verbreitet sind Modelle, die die Pensionen auf Basis der vorangegangenen Aktiveinkommen berechnen (Frankreich, Deutschland, Großbritannien). **In diesen Systemen wird in den letzten Jahren der größte Reformbedarf konstatiert, da bei ihnen die Überalterung der Bevölkerung die größten Finanzierungsfragen aufwirft.** Beispielsweise wird zunehmend in all diesen Systemen auf Lebensdurchrechnung umgestellt, um die Leistungen moderater zu halten. Und schließlich gibt es auch Systeme, die neben dem eigenen Aktiveinkommen auch andere Einkommen (zB Partnereinkommen) anrechnen (beispielsweise Dänemark und die Niederlande). Überall in Europa steigt auch die Bedeutung privater Zusatzversicherungen.“

Nach empirischen Querschnittsvergleichen des Autors mit 109 Staaten der Welt mit kompletten Daten trugen die 18 Staaten mit 3-Säulen-Reformmodellen der Weltbank (in der EU per 1.1. 2000 NL, GB, SWE, DK, PL, H) signifikant zur Dynamisierung der Sozialentwicklung im Zeitraum 1990 – 2002 bei. Die empirisch ermittelten Regressionskoeffizienten sind bis zu 6 mal so hoch wie der Standardfehler, die Zusammenhänge sind oft hoch signifikant:

| | |
|--|-------|
| share of income/consumption richest 20% to poorest 20% | -6,37 |
| teen-age mothers as % of all mothers | -2,46 |
| HIV rate | -2,45 |

| | |
|--|-------|
| infant mortality rate | -2,45 |
| % people not expected to survive age 60 | -1,74 |
| maternal mortality ratio | -1,60 |
| TBC cases per 100.000 inhabitants | -1,58 |
| Political rights violations | -1,19 |
| male life expectancy | 1,05 |
| ESI-Index (environment sustainability index) | 1,23 |
| % immunization against measles | 1,34 |
| life expectancy, 1995-2000 | 1,88 |
| female life expectancy | 2,59 |
| human development index | 3,24 |
| female economic activity rate as % of male economic activity rate 4,6874 | 4,69 |
| female life expectancy in % of male life expectancy | 4,89 |

Die übrigen Erklärungsvariablen – aus UNDP und anderen Daten lauten:

| |
|---|
| % population, aged >65y, 1998 (Überalterung) |
| % women in government, ministerial level (Frauenanteil an den Ministerämtern) |
| (I-S)/GNP (Außenbeitrag, misst, wie stark die Investitionen die Sparquote übersteigen) |
| Absence of economic freedom (basierend auf dem Economic Freedom Index der Heritage Foundation; umgekehrte Reihenfolge) |
| military expenditure as % of GDP (Militärausgaben) |
| MNC PEN 1995 (kumulierte Investitionen der internationalen Konzerne pro BIP) |
| public education expenditure per GNP (Erziehungsausgaben) |
| unequal exchange (1/ERDI, Überhang der Kaufkraft über den Außenwert der Währung auf dem Weltmarkt; Indikator, der vom Stanford-Professor Pan Yotopoulos entwickelt wurde, um ungleiche internationale Wirtschaftsbeziehungen zu messen) |
| EU-membership years by 2004 |
| Islamic conference membership (i.e. muslimisches Land) |
| ln(GDP PPP pc) (natürlicher Logarithmus Kaufkraft) |
| ln (GDP PPP pc)^2 (nat. Log. Kaufkraft zum Quadrat) |
| World Bank pension reform 2000 (18 Staaten: Argentinien; Australien; Bolivien; Chile; Dänemark; El Salvador; Kazachstan; Kolumbien; Kroatien; Mexiko; Niederlande; Peru; Polen; Schweden; Schweiz; Ungarn; Uruguay; Vereinigtes Königreich) |

Schließlich sei aus einem Kommentar eines der Apotheose des Neoliberalismus wohl unverdächtigen Zeugen, von Nobelpreisträger **Joseph Stiglitz** aus der *Financial Times Deutschland* zitiert, der sagt:

In Europa sieht die Bilanz "konservativer" ökonomischer Regelungen nicht viel besser aus. Die im Stabilitätspakt verankerte Haushalts- und Geldpolitik sowie eine auf Inflation fixierte Zentralbank haben ihren Tribut gefordert. Der starke € trug zur Verschlechterung der Situation bei. Europa braucht Strukturreformen, aber diese werden aus dem Schlamassel nicht herausführen; und Maßnahmen, die Arbeitsplatzsicherheit und das soziale Netz schwächen, könnten einen hohen Preis kosten, vor allem für Menschen in unteren Gesellschaftsschichten.

Schweden hat gezeigt, dass es auch ein anderes Modell der Marktwirtschaft gibt. Die Schweden haben den Wohlfahrtsstaat verschlankt, aber nicht abgeschafft. Die Wirtschaftsleistung des Landes

übertrifft jene in den meisten Teilen Europas oder ist zumindest gleich groß.
 (<http://www.ftd.de/pw/in/1080975564880.html?nv=se>)

Eine ernst zu nehmende Debatte über das europäische und das amerikanische Modell muss eben auch das **Schwedische Pensionsmodell** als Alternative in der Mitte bertachten. Streissler hat dies in ihrer Arbeit getan, und das ist mit einer der verbleibenden Verdienste dieser Studie. Sie kommt dort zu dem Ergebnis:

Am 1. Januar 1999 wurde ein neues nationales Rentensystem eingeführt. Dieses verfügt über verschiedene Komponenten:

- eine lohn- und gehaltsbezogene Rente (über Umlageverfahren)*
- eine kapitalgedeckte Rente*
- eine garantierte Rente*

Dieses System ersetzt vollständig die Grundrente und die nationalen Zusatzrenten für Personen, die nach 1953 geboren sind. Die Renten im neuen System basieren auf einem festen Beitragssatz von 18,5% des versicherungspflichtigen Einkommens. 16% werden für die Finanzierung der aktuellen Renten nach dem Umlageverfahren berechnet, 2,5% werden auf ein individuelles kapitalgedecktes Rentenkonto transferiert.

Die Rente des Einzelnen basiert auf seinen Vollzeiteinkünften seit dem 16. Lebensjahr, wobei im Prinzip alle steuerpflichtigen Einkünfte Rentenansprüche generieren. Die Ansprüche werden auf individuellen Beitragskonten gutgeschrieben. Das Rentenalter ist flexibel (frühestens mit 61 Jahren; die garantierte Rente gibt es allerdings erst ab 65). Geht jemand später in Pension, erhöhen sich die Ansprüche mit der allgemeinen Einkommensentwicklung. Einkommenserzielung neben der Pension ist möglich und generiert selbst wieder neue Rentenansprüche. Wer keine oder eine zu geringe Pension hat, erhält jedenfalls die garantierte Rente, die der ehemaligen Grundrente entspricht (ca EUR 10.000 im Jahr).

Anhang 1: Die wirtschaftliche Konkurrenz Europa – Amerika und die Schwankungen von Kaufkraft und Einkommen

Der **harte Konkurrenzkampf** zwischen Europa und Amerika ist nach der Erweiterung der EU auf 25 Staaten noch mehr zur Realität geworden. Beide Wirtschaftsräume kontrollieren – je nach Messkriterium knapp weniger als 1/3 (Wechselkurse) oder 1/4 (Kaufkraft) der Weltökonomie.

| | BSP US\$ billions 2002 | Anteil am weltweiten BSP (bemessen in Wechselkurs en) | BSP PPP US\$ billions 2002 | Anteil am weltweiten BSP (bemessen in Kaufkraft) |
|-----------------------|-------------------------------------|--|---|--|
| World | 31479,5 | 100 | 47643 | 100 |
| EU-25 | 9040,7 | 28,72 | 10773,7 | 22,61 |
| United States | 10383,1 | 32,98 | 10308 | 21,64 |
| China | 1266,1 | 4,02 | 5860,9 | 12,3 |
| Japan | 3993,4 | 12,69 | 3425,1 | 7,19 |
| India | 510,2 | 1,62 | 2799,6 | 5,88 |
| Arab States | 712,3 | 2,26 | 1466,3 | 3,08 |
| Brazil | 452,4 | 1,44 | 1355 | 2,84 |
| Russian Federation | 346,5 | 1,1 | 1185,6 | 2,49 |
| Canada | 714,3 | 2,27 | 924,7 | 1,94 |
| Mexico | 637,2 | 2,02 | 904,6 | 1,9 |
| Korea, Rep. of | 476,7 | 1,51 | 807,3 | 1,69 |
| Indonesia | 172,9 | 0,55 | 682,9 | 1,43 |
| Australia | 409,4 | 1,3 | 555,7 | 1,17 |
| South Africa | 104,2 | 0,33 | 456,8 | 0,96 |
| Turkey | 183,7 | 0,58 | 444,8 | 0,93 |
| Iran, Islamic Rep. of | 108,2 | 0,34 | 438,3 | 0,92 |
| Thailand | 126,9 | 0,4 | 431,9 | 0,91 |
| Argentina | 102 | 0,32 | 412,7 | 0,87 |
| Malaysia | 94,9 | 0,3 | 221,7 | 0,47 |
| Switzerland | 267,4 | 0,85 | 218,8 | 0,46 |
| Venezuela | 94,3 | 0,3 | 135,1 | 0,28 |
| Israel | 103,7 | 0,33 | 128,2 | 0,27 |
| Rest | 1179 | 3,75 | 3705,3 | 7,78 |

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UNDP Human Development Report, Juli 2004

Der **Konkurrenzkampf Europa - Amerika** und die Konkurrenz um die führende Position in der weltweiten Produktivität ist ein **wirtschaftlicher Konkurrenzkampf**, aber auch ein **Konkurrenzkampf der gesellschaftlichen Modelle**.

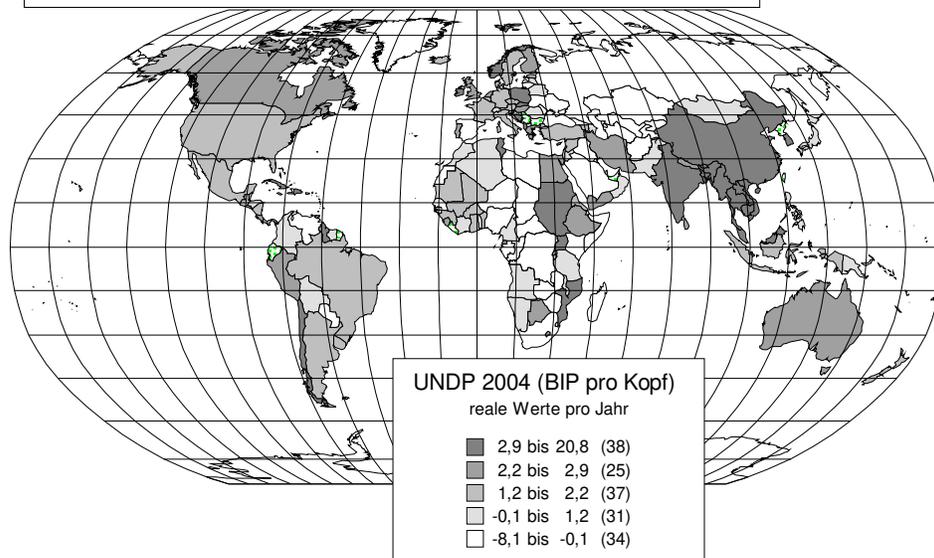
Für die Kontrolle über die weltweiten Werte ist zunächst einmal entscheidend, dass – insbesondere bei voraussichtlich steigenden Energiepreisen und Zinsen – die **Konkurrenz** der europäischen Währung **€** mit dem **US-\$** weiter zunehmen wird. **Berechnet in Kaufkraft**, ist die **EU-25** heute bereits **stärker als** der Wirtschaftsraum der **USA**; berechnet in **Wechselkursen kontrollieren** die **USA noch immer 32,98 % der Weltwirtschaft, die EU-25 jedoch nur 28,72 %** der Weltwirtschaft. Der US \$ hat im Januar 2004 gegenüber dem € seinen Tiefstand erreicht, zieht aber seither wiederum an. Es ist klar, dass bei Größenordnungen von 9000 bis 11000 Milliarden \$ Wirtschaftskraft in den beiden Räumen die wechselseitigen **Schwankungen der Währungen um bis zu 20 % innerhalb von nur 2 Jahren jeden Vergleich der Produktivität** gemessen im BSP bewertet **nach Wechselkursen** zu einem Hasardspiel des Währungsmarktes machen. Hat von Herbst 2003 bis Januar 2004 Europa wirklich **um 20 % gegenüber den USA gewonnen**, und **haben die USA gegenüber Europa um fast 10 % seither wieder aufgeholt**? Sicherlich nicht. Hinzu kommt, dass diese Schwankungen die „Kleinigkeit“ von bis zu 2000 Milliarden \$ ausmachen – etwa das 8.5 bis 10fache des laufenden österreichischen Bruttosozialprodukts (235,2 Milliarden \$ Kaufkraft, 204,1 Milliarden \$, gemessen nach dem Wechselkurs)



Landesmann belegt in seinem Beitrag dass ab 1992 das **EU-15 Prokopfeinkommen** bemessen in **Kaufkraft** kontinuierlich gegenüber den USA **zurückfällt**, und dass der **gleiche Prozess** auch ab 1995 für das **Prokopfeinkommen** bemessen in **Wechselkursen** gilt (Hauptergebnis der Studie, Abbildung 1, Seite 81). **Strukturelle Faktoren** waren am Werk, die dafür verantwortlich sind, dass beim **Wettlauf der Produktivität** das Europa der 15 ab 1992 zurückzufallen beginnt.

Die Studie hat zu wenig deutlich gemacht dass die USA als „**pazifische**“ und nicht nur als „atlantische“ Nation Teil der „Wachstumslokomotive“ des Pazifik sind, und viele der Erfolge des amerikanischen Modells der letzten Jahre einfach Teil der raumgeographischen und **Alterstruktur-bedingten Faktoren**⁶ sind, die **das heute alternde Europa klar benachteiligen**, egal welche ordnungspolitischen Vorstellungen in Europa befolgt werden.

Wachstum 1990 - 2002



⁶ vgl. die Studie von 26 führenden europäischen Banken, die unlängst internationale Schlagzeilen erhielt:
http://www.fbe.be/pdf/letter_July04.pdf

Anhang 2 „Vater“ Staat diesseits und Jenseits des Atlantik

Die methodisch schwierige aber bei einem Vergleich mit den föderalen USA absolut notwendige Dimension: **Gesamtstaat – Zentralstaat⁷ ist auch in der vorliegenden Studie** viel zu wenig berücksichtigt worden. Statistische Vergleiche weitgehend zentralistisch gelenkter Staaten wie Frankreich mit den föderalen USA führen einfach ins Leere; und die sozial progressivere **Bundesstaaten** der USA (22 werden bekanntlich derzeit von den Demokraten regiert) ja sogar Gemeinden (wie die Stadt Milwaukee) erreichen **ein hohes soziales Niveau**, während **ethnische Diskriminierung und Armut** noch immer im **Süden** und anderen zumeist republikanisch regierten Bundesstaaten weit mehr verbreitet sind. Es gibt also nicht nur in Europa, sondern auch in den **USA** ein **Nord-Süd-Gefälle**, das mit dem in Europa zwischen **Nordeuropa** und dem **mediterranen Süden** gut vergleichbar ist. Der **Anteil der Bundesstaaten und Gemeinden am BSP der USA** dürfte zwischenzeitlich bereits **1/6 betragen**.

⁷ Berechnungen zu diesem Thema aus der frei verfügbaren EXCEL-Datenbasis der Weltbank: <http://www.worldbank.org/research/growth/GDNdata.htm#3>

Anhang 3: Bruttosozialquote – Nettosozialquote und die Verarmung

Eine der Hauptaussagen der Studie zum Vergleich der Armut in den USA und in Europa lautet:

Die **Nettosozialquote** des Zentralstaates in den **USA** ist – wie der Ausdruck Nettosozialquote ja bereits suggeriert, nach Abzug der indirekten und direkten Steuern, und unter Anrechnung der steuerlichen Begünstigung für nicht-öffentliche Altersvorsorge – wesentlich höher als die Bruttosozialquote, und direkt mit den meisten europäischen Staaten vergleichbar (Beitrag Sturn/Prettenthaler).

| | Nettosozialquote | Bruttosozialquote |
|----------------|------------------|-------------------|
| Australien | 22,40 | 19,25 |
| Kanada | 21,20 | 16,95 |
| Deutschland | 27,70 | 27,75 |
| Dänemark | 24,40 | 30,85 |
| Finnland | 25,70 | 29,49 |
| Großbritannien | 26,00 | 21,93 |
| Schweden | 27,00 | 33,67 |
| USA | 24,50 | 16,54 |
| Niederlande | 25,00 | 25,85 |
| Italien | 22,30 | 26,85 |
| Irland | 18,70 | 17,90 |

2) Auf der Ebene der OECD-Staaten gibt es eine starke Evidenz für die These von Sturn und Prettenthaler, wonach die **Bruttosozialquote tatsächlich vor Verarmung schützt**. Allerdings haben Sturn und Prettenthaler nicht klar genug herausgearbeitet, dass bereits ihre eigenen leider nur bis Mitte der 90-er Jahre reichenden Daten zeigen, wie prekär die Verarmung in solchen EU-Staaten wie **Italien, Großbritannien, Griechenland und Deutschland** schon geworden ist. Der Vergleich mit den USA betrifft hiermit nur mehr Prozentpunkte der einzelnen verwendeten 5 Armutsindikatoren, aber nicht mehr Qualitäten.

| | GINI ⁸ Mitte der 90-er Jahre | Dezilratio ⁹ | GINI Veränderung ¹⁰ 1985 - 95 | durchschnittliche Bruttosozialquote 85-94 | Veränderung der Armutsrate | Armutsrate ¹¹ |
|------------|---|-------------------------|--|---|----------------------------|--------------------------|
| Australien | 30,5 | 3,9 | -0,7 | 15,02 | -2,9 | 9,3 |

⁸ Der nach dem italienischen Statistiker Corrado Gini (1884 – 1965) benannte Index misst Ungleichheiten in einer Verteilung, hier der nach Haushaltsgrößen gewichteten Haushaltseinkommen, geringster Wert 0, hier höchster Wert 100.

⁹ Dezilratio: Einkommensunterschied zwischen den reichsten 10 % und den ärmsten 10 %

¹⁰ Unterschied zwischen dem GINI-Index 1985 und 1995

¹¹ Anteil der Bevölkerung der 60 % des Medianeinkommens erhält oder weniger. Verglichen werden die Armustraten Mitte der 80er Jahre und die Mitte der 90er Jahre

| | | | | | | | | |
|-------------------|-------------|------------|------------|--------------|-------------|-------------|--|--|
| Belgien | 27,2 | 3,2 | 1,2 | 27,72 | -2,8 | 7,8 | | |
| Dänemark | 21,7 | 2,7 | -1,1 | 29,59 | -2 | 5 | | |
| Deutschland | 28,2 | 3,7 | 1,7 | 26,51 | 3 | 9,4 | | |
| Finnland | 22,8 | 2,8 | 2,1 | 27,81 | -0,2 | 4,9 | | |
| Frankreich | 27,8 | 3,4 | 0,3 | 27,46 | -0,5 | 7,5 | | |
| Griechenland | 33,6 | 4,7 | 0 | 19,58 | 0,4 | 13,9 | | |
| Großbritannien | 31,2 | 4,1 | 2,5 | 21,39 | 4 | 10,9 | | |
| Irland | 32,4 | 4,2 | -0,6 | 20,83 | 0,4 | 11 | | |
| Italien | 34,5 | 4,6 | 3,9 | 23,91 | 3,9 | 14,2 | | |
| Japan | 26,5 | 3,3 | 1,2 | 12,02 | 0,8 | 8,1 | | |
| Kanada | 28,5 | 3,7 | -0,4 | 17,95 | -1,3 | 10,3 | | |
| Mexiko | 52,6 | 11,3 | 11,3 | 3,06 | 0,7 | 21,9 | | |
| Niederlande | 25,5 | 3,2 | 3,2 | 29,11 | 3,2 | 6,3 | | |
| Norwegen | 25,6 | 3 | 3 | 26,86 | 1,1 | 8 | | |
| Österreich | 23,8 | 3 | 0,2 | 26,19 | 1,3 | 7,4 | | |
| Schweden | 23 | 2,7 | 2,7 | 33,68 | 0,5 | 6,4 | | |
| Türkei | 49,1 | 6,8 | 6,8 | 6,66 | -0,2 | 16,2 | | |
| USA | 34,4 | 5,5 | 5,5 | 15,21 | -1,2 | 17,1 | | |
| Schweiz | 26,9 | 3,1 | 3,1 | 20,53 | | | | |

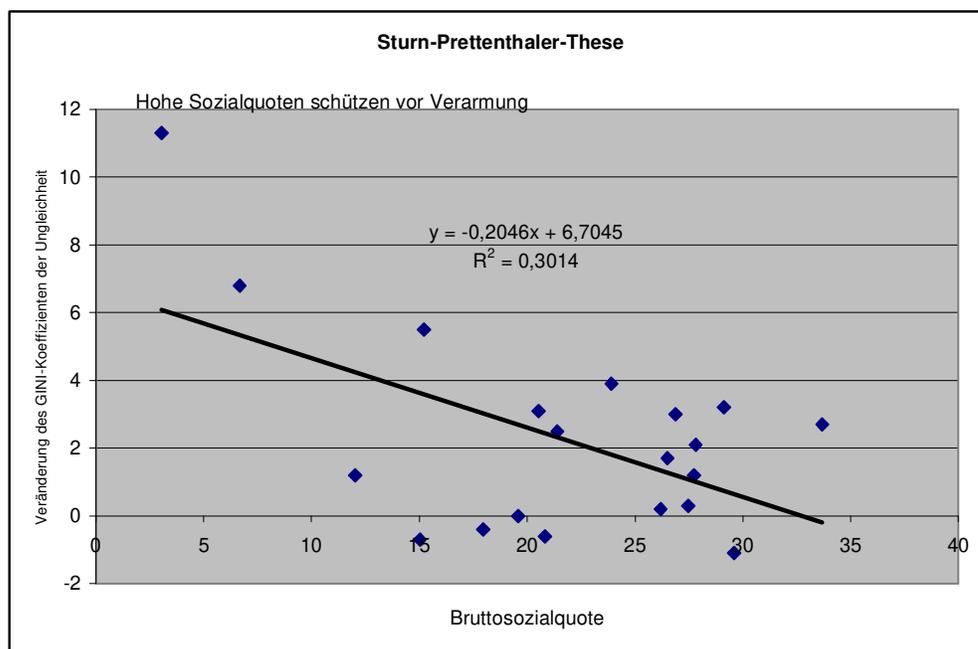
Reihung der Ergebnisse von Sturn und Pretenthaler über die Verarmungstendenzen in den OECD-Staaten

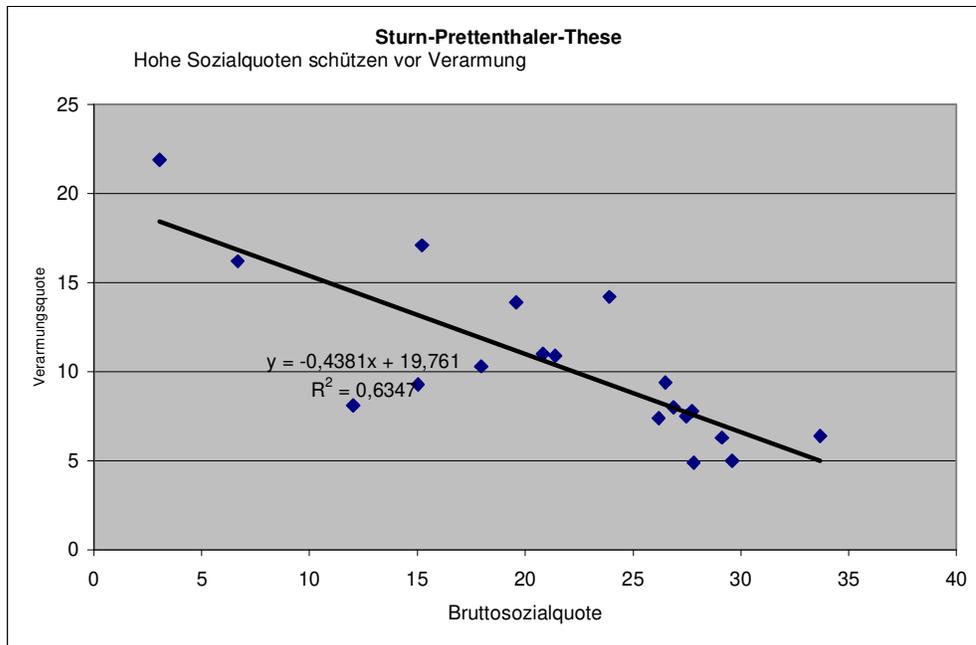
| | Rangplatz GINI Mitte der 90-er Jahre | Rangplatz Dezilratio Mitte der 90-er Jahre | Rangplatz GINI Veränderung 1985 - 95 | Rangplatz Veränderung der Armutsrate | Rangplatz Armutsrate | Gesamtreihung Ungleichheit (Durchschnitt Spalte 1, 2, 3, 5, 6) |
|-----------------------|--|---|--|---|-------------------------|---|
| Mexiko | 1 | 1 | 1 | 8 | 1 | 2,4 |
| Italien | 3 | 5 | 4 | 2 | 4 | 3,6 |
| Türkei | 2 | 2 | 2 | 13 | 3 | 4,4 |
| USA | 4 | 3 | 3 | 15 | 2 | 5,4 |
| Großbritannien | 7 | 7 | 9 | 1 | 7 | 6,2 |
| Griechenland | 5 | 4 | 16 | 11 | 5 | 8,2 |
| Deutschland | 10 | 10 | 11 | 4 | 9 | 8,8 |
| Irland | 6 | 6 | 18 | 10 | 6 | 9,2 |
| Niederlande | 16 | 14 | 5 | 3 | 17 | 11 |
| Japan | 14 | 12 | 12 | 7 | 11 | 11,2 |
| Norwegen | 15 | 16 | 7 | 6 | 12 | 11,2 |
| Schweiz | 13 | 15 | 6 | keine Reihung | keine Reihung | 11,3 |
| Kanada | 9 | 9 | 17 | 16 | 8 | 11,8 |
| Australien | 8 | 8 | 19 | 19 | 10 | 12,8 |
| Frankreich | 11 | 11 | 14 | 14 | 14 | 12,8 |
| Belgien | 12 | 13 | 13 | 18 | 13 | 13,8 |

| | | | | | | |
|-------------------|-----------|-----------|-----------|----------|-----------|-------------|
| Österreich | 17 | 17 | 15 | 5 | 15 | 13,8 |
| Schweden | 18 | 19 | 8 | 9 | 16 | 14 |
| Finnland | 19 | 18 | 10 | 12 | 19 | 15,6 |
| Dänemark | 20 | 20 | 20 | 17 | 18 | 19 |

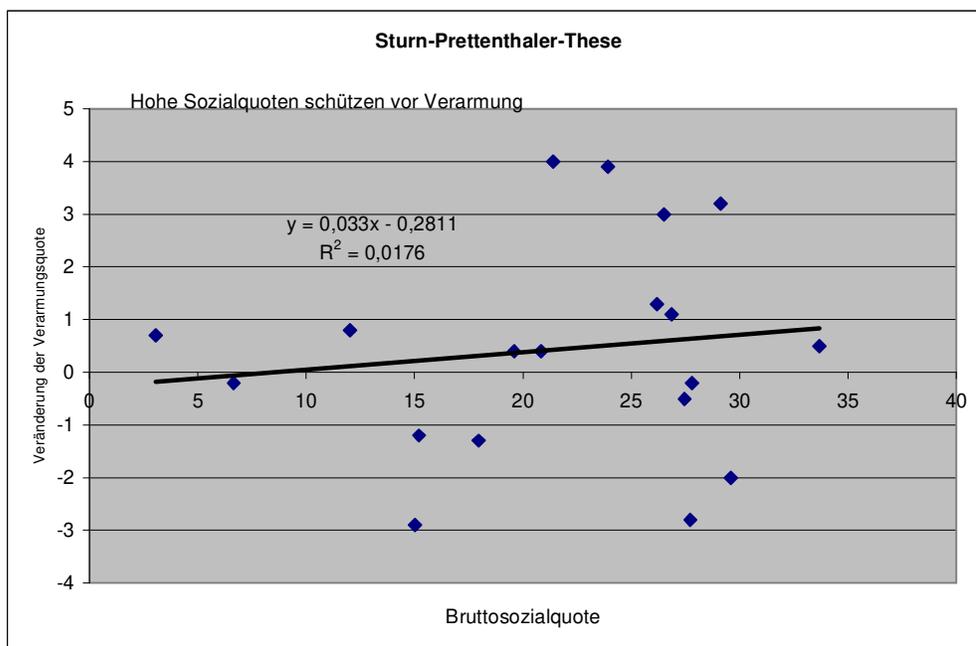
Der behauptete negative Zusammenhang von Bruttosozialquote und Verarmungsrisiko besteht so, wie Sturm und Pretenthaler dies behaupten.

Replikation der Ergebnisse von Sturm und Pretenthaler mit ihren eigenen Daten





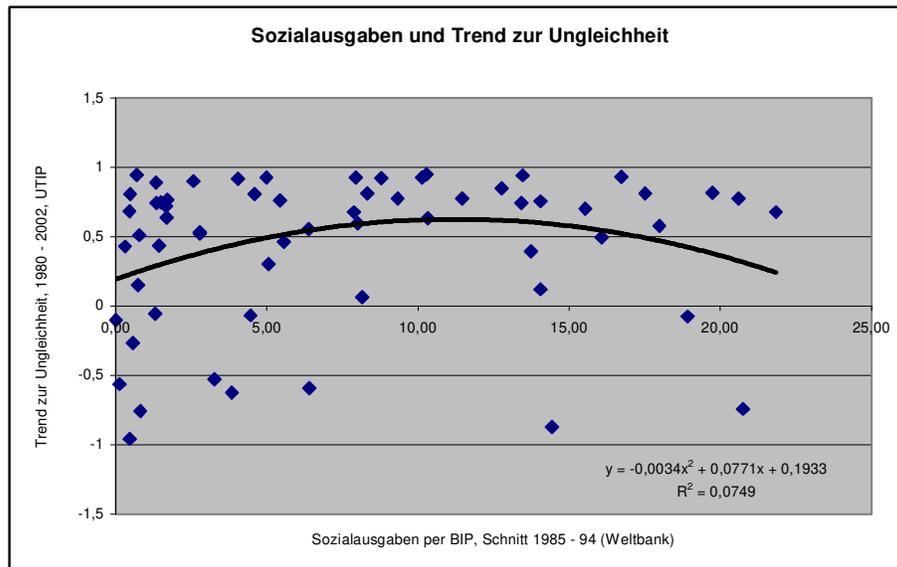
Allerdings besteht mit der zeitlichen Veränderung der Verarmungsquote (% der Bevölkerung unter dem Schwellenwert 60 % Medianeinkommen) sogar ein positiver Zusammenhang, i.e. je höher die Bruttosozialquote, desto rascher wächst die Verarmung im Zeitverlauf.



Angesichts der nicht ganz eindeutigen Replikation der Ergebnisse wird nun mit den Daten von IMF/Weltbank sowie UTIP erneut die Aussage von Sturn und Pretenthaler überprüft:

Neue Ergebnisse mit dem Datensatz IMF und Weltbank/UTIP

Gesamtanalyse (n = 61 Staaten der Welt mit kompletten Daten)



Auf der Ebene des Weltsystems – incl. die Entwicklungsländer, stimmt die These von Sturn und Prettenhaler sicherlich nicht mehr. Nur ab einer Sozialquote von Brutto 15 % ergibt sich der postulierte Zusammenhang. In der multivariaten Analyse zeigt sich sogar, dass die Bruttosozialquote mit der Tendenz zu einer höheren Ungleichheit einhergeht, wenn wir den teils überraschenden statistischen Effekt anderer Variablen¹² angemessen berücksichtigen.

| inequality (61 Staaten der Welt, 14 Variablen, 46 Freiheitsgrade) | T-test – Bestimmungsgründe der wachsenden Ungleichheit (UTIP Datenserie) |
|---|--|
| military expenditure as % of GDP | -1,0330 |
| unequal exchange | -0,9350 |
| World Bank pension reform | -0,3270 |
| % population, aged >65y, 1998 | -0,1610 |
| public education expenditure per GDP | -0,1490 |
| % women in government, ministerial level | 0,0007 |
| constant | 0,1276 |
| ln(GDP PPP pc) | 0,1758 |
| Islamic conference | 0,4409 |
| Absence of economic freedom | 0,5683 |

¹² vgl. auch <http://www.uni-trier.de/zes/schriftenreihe/056.pdf>

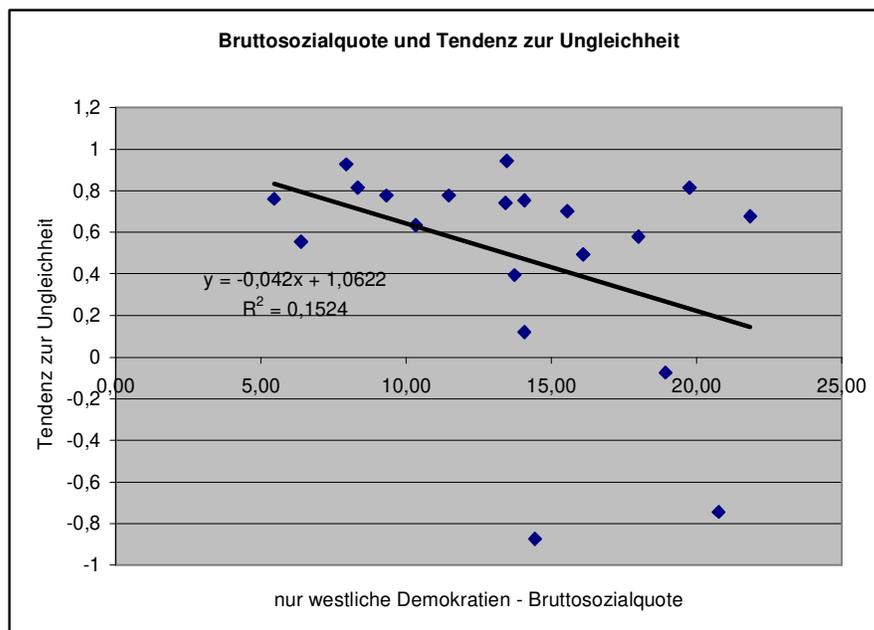
| | |
|---|--------|
| EU-membership | 0,6143 |
| (I-S)/GDP | 0,8004 |
| ln (GDP PPP pc)^2 | 0,9146 |
| average share of social expenditures per GDP, 1985 - 1994 | 1,1122 |
| trend towards globalization (1980 – 2002) | 1,5300 |

20 Westliche Demokratien

Beschränkt man/frau die Analyse auf die westlichen Demokratien:

Australia; Austria; Belgium; Denmark; Finland; France; Germany; Greece; Ireland; Israel; Italy; Japan; Malta; Netherlands; Norway; Portugal; Spain; Sweden; United Kingdom; United States

kommt man/frau zu folgendem Ergebnis:



In bi-variater Analyse gilt der Zusammenhang zwar, aber in der multivariaten Analyse zeigt sich, dass die Bruttosozialquote sogar mit einer nachfolgenden wachsenden wirtschaftlichen Ungleichheit einhergeht, und dass der Zusammenhang auf dem 12.5 % Niveau signifikant ist.

| inequality (20 Staaten der Welt, 14 Variablen, 6 Freiheitsgrade) | T-test – Bestimmungsgründe der wachsenden Ungleichheit (UTIP Datenserie) |
|--|---|
| (I-S)/GDP | -1,852 |
| ln(GDP PPP pc) | -1,233 |
| public education expenditure per GDP | -1,148 |
| % population, aged >65y, 1998 | -0,848 |
| military expenditure as % of GDP | -0,484 |
| globalization | -0,297 |
| unequal exchange | -0,271 |
| Absence of economic freedom | -0,141 |
| ln (GDP PPP pc)^2 | 0,162 |
| EU-membership | 0,420 |
| % women in government, ministerial level | 0,535 |
| World Bank pension reform | 0,775 |
| constant | 0,936 |
| average share of social expenditures per GDP, 1985 - 1994 | 1,526 |

Anhang 4: Entwicklungsvergleich USA – EU – Hintergrundmaterialien

Folgende Kriterien wurden u.a. hierbei herangezogen:

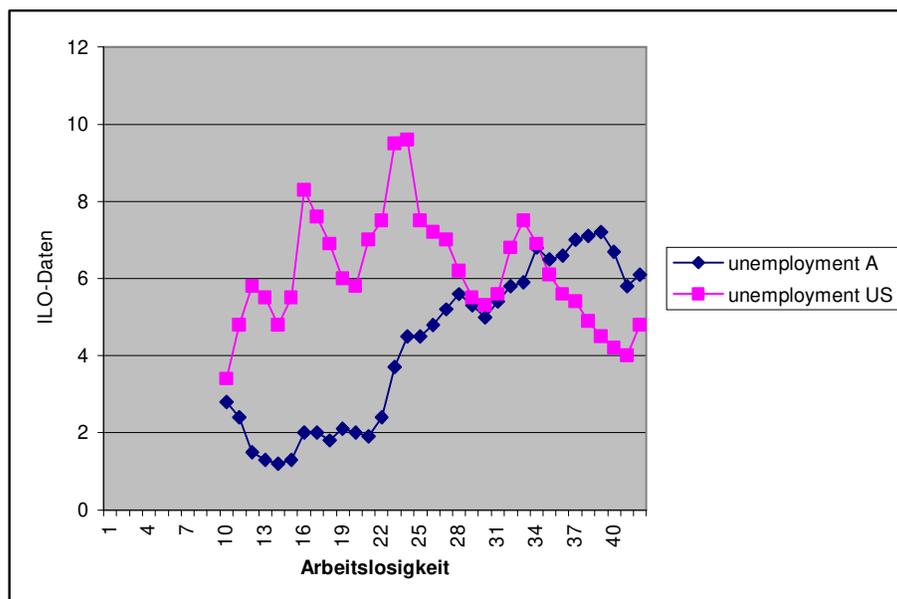
Globalisierung – Anteil des jährlichen Zuflusses ausländischer Investitionen am BIP (Weltbank¹³)

growth – Wachstum des BIP, real, pro Jahr (Weltbank)

unemployment – AL-Rate (ILO¹⁴, standardisiert)

UTIP – Theil-Index der Ungleichheit¹⁵ der Löhne zwischen 21 Wirtschaftssektoren, basierend auf UNIDO (Inequality Project, University of Texas)

These 1: Der Vergleich der ILO – Daten der **Arbeitslosigkeit** ab 1960 zeigt, **dass ab Mitte der 90er Jahre die AL-Rate nach ILO-Kriterien in Österreich höher ist als in den USA**



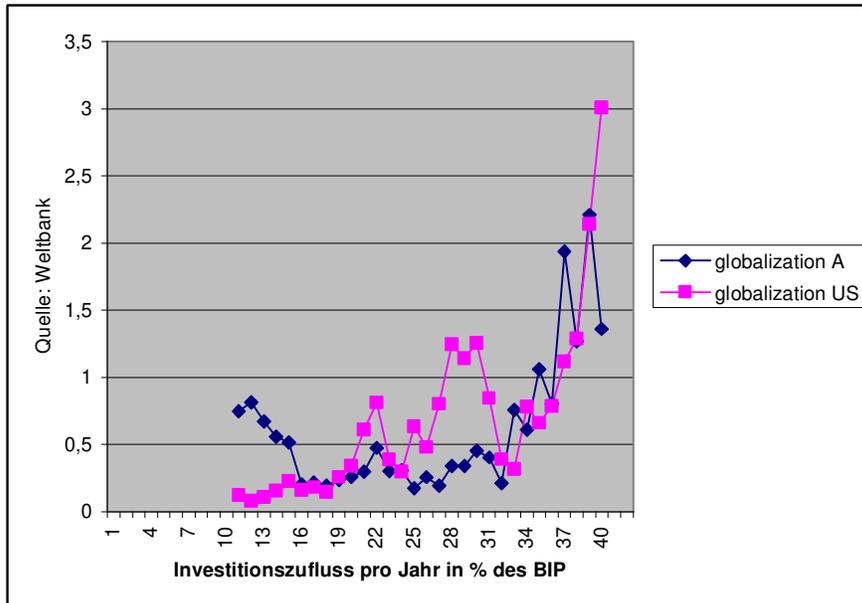
Quelle: eigene Zusammenstellungen nach ILO Laborsta

¹³ Die gesamte Datenbasis der Weltbank (ab 1960, für alle Staaten der Erde) ist frei abrufbar unter: <http://www.worldbank.org/research/growth/GDNdata.htm>

¹⁴ Die gesamte Datenbasis der ILO (für alle Staaten der Erde) ist frei abrufbar unter: <http://laborsta.ilo.org>

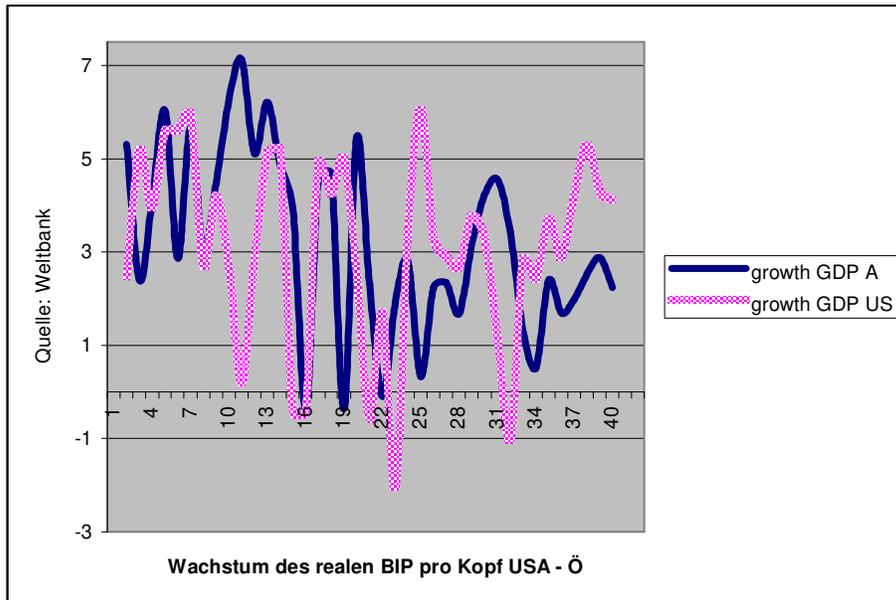
¹⁵ nach oben hin offener Index der Ungleichheit. Für die Zwecke der übersichtlichen Darstellung in ist der Index mit 200 multipliziert. Abrufadresse: <http://utip.gov.utexas.edu/>

These 2: Der Vergleich der Globalisierungsprozesse zeigt, dass es fast keinen Unterschied zwischen den USA und Österreich gibt



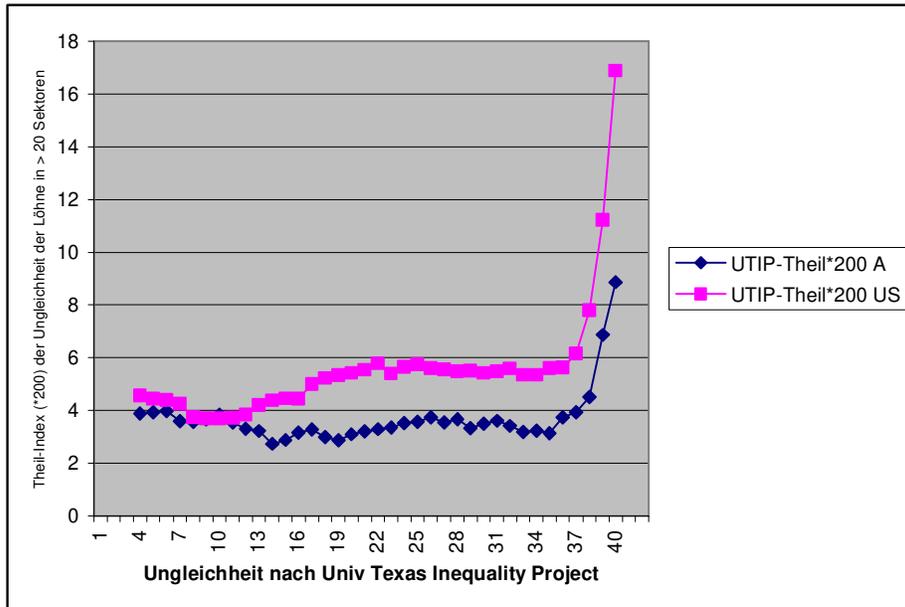
Quelle: eigene Zusammenstellungen nach Weltbank

These 3: Die Wachstumslücke tut sich erst in den späteren 90er Jahren auf.
Davor war z.B. Österreich über lange Strecken „effizienter“ (i.e. ein höheres Wachstum).



Quelle: eigene Zusammenstellungen nach Weltbank

These 4: Sowohl in den USA als auch z.B. in Österreich wächst seit Mitte der 90er Jahre die Ungleichheit in den Primäreinkommen zwischen den einzelnen Wirtschaftssectoren gewaltig an. Diese Daten beinhalten allerdings nur die Ungleichheit der Primäreinkommen zwischen 21 Wirtschaftssectoren.



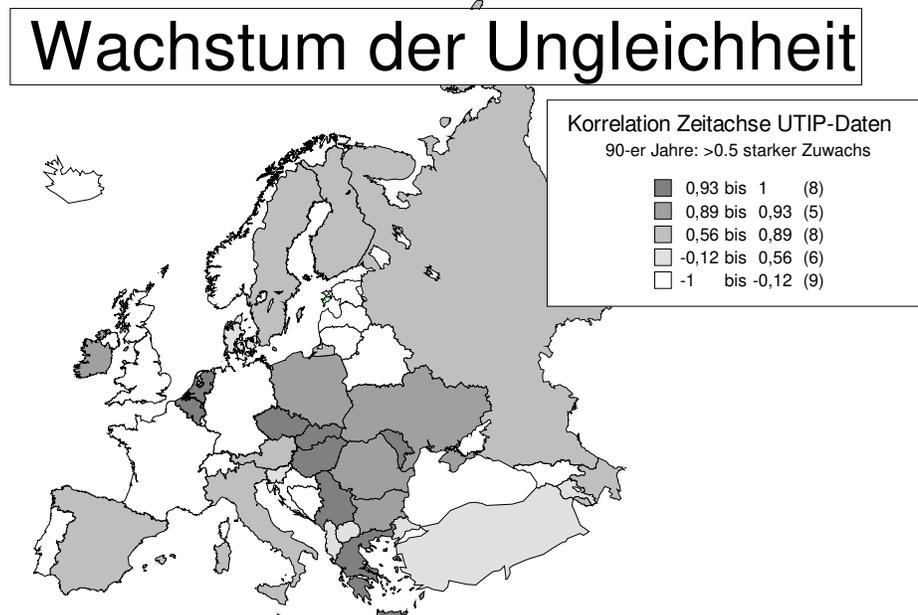
Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen nach UTIP, University of Texas

Überdies zeigen die Zeitreihen des bereits erwähnten UTIP-Projekts auch, dass ¹⁶ mit Ausnahme der Küstenanrainerstaaten der Nordsee – Island, Frankreich, GB, Norwegen und Deutschland – die **Ungleichheit der Löhne zwischen den einzelnen Wirtschaftssectoren in Europa langfristig im Anwachsen** begriffen ist, vor allem in den Staaten Ostmitteleuropas. Mit der rasanten Öffnung der Märkte ging eine wachsende Ungleichheit in der Verteilung einher:

¹⁶ Die Erfahrungen in Litauen und Kroatien könnten Anlass zu gewissen Hoffnungen geben

¹⁷ http://www.ppic.org/content/pubs/CC_204DRCC.pdf

Graphik : Wachstum der Ungleichheit im „neuen Europa“



Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UTIP. Fehlende Werte: Portugal, Schweiz, Bosnien-Herzegowina, Estland, Belarus, Georgien

These 5: Oft heißt es: in den USA gibt es Verarmung, in Europa gibt es ein europäisches Sozialmodell. **Richtig ist vielmehr, dass es sowohl in Europa als auch in den USA Phänomene des realen Einkommensverlustes von Bevölkerungsschichten im Zeitverlauf gibt**

USA: Bedingt durch das stärkere wirtschaftliche Wachstum in den späten 90er Jahren sind einer rezenter Studie von Deborah Reed¹⁷ vom *Public Policy Institute of California* zu Folge **Ungleichheit und Armut** von 1993 bis 2002 nach der Versteuerung und auf Basis Haushaltsgrößen-gewichteter **Haushaltseinkommen zurückgegangen**. Seit 1969 sind die untersten 25 % der Bevölkerung im bevölkerungsreichsten und von der Migration am meisten betroffenen Bundesstaat der USA, Kalifornien, real ärmer geworden, aber im Rest der USA haben sogar die ärmsten 10 % ein wachsendes Prokopfeinkommen zu verzeichnen gehabt:

| | 1969 | | 2002 | |
|--|-------------|--------------|-------------|--------------|
| | Kalifornien | Rest der USA | Kalifornien | Rest der USA |
| Reales Haushaltseinkommen der ärmsten 10 % | 17.000,00 | 13.400,00 | 15.500,00 | 16.100,00 |

| | | | | |
|---------------|-----------|-----------|------------|------------|
| unterste 25 % | 29.650,00 | 23.950,00 | 28.750,00 | 31.300,00 |
| Median | 45.950,00 | 38.700,00 | 56.000,00 | 57.300,00 |
| 75 % | 67.450,00 | 55.600,00 | 98.750,00 | 92.900,00 |
| 90 % | 90.050,00 | 76.800,00 | 143.950,00 | 133.050,00 |

Quelle: PPIC – Institut, Kalifornien

Österreich: Seit dem Jahr 1992 sind laut WIFO die durchschnittlichen Bruttolöhne insgesamt um 4,1 Prozent gestiegen, **während die durchschnittlichen Nettolöhne in Summe um fünf Prozent gesunken sind.** Die Differenz sind die kräftig gestiegenen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge In absoluten Zahlen: **1992 lag das durchschnittliche Arbeitnehmer-Nettoeinkommen noch bei 1444 €, heute macht es nur noch 1370 € aus.** Heute hat das unterste Einkommensfünftel auch brutto um fünf Prozent weniger verdient, während das oberste Einkommensprozent auf einen Bruttolohnzuwachs von 20 Prozent kommt. In absoluten Zahlen stieg bei den Spitzenverdienern das durchschnittliche Lohneinkommen seit 1995 von 10.406 auf 12.508 €. Im Absacken des untersten Einkommensbereiches spiegelt sich laut einer rezenten Studie des WIFO-Instituts die hohe Arbeitslosigkeit sowie der starke Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse wider. Zwei Beispiele: So stieg etwa die Anzahl geringfügig Beschäftigter seit 1995 um 50 Prozent auf 217.000. Die Frauenteilzeitquote Österreichs stieg seit 1993 von 20 auf nunmehr 35 Prozent. Noch eine zweite Schere geht auf, nämlich jene zwischen Lohneinkommen und Gewinneinkommen (Vermietung/Verpachtung, Kapitaleinkünfte und Einkünfte aus selbständiger oder freiberuflicher Tätigkeit). Seit Ende der 70er Jahre ist die Lohnquote am gesamten Volkseinkommen von 73 auf 59 Prozent gefallen, die Gewinnquote ist korrespondierend von 27 Prozent auf 41 Prozent gestiegen. Die Aktienjahre in den 80er und der zweiten Hälfte der 90er Jahre finden hier laut WIFO ihren Niederschlag. "Bedenklich dabei ist", so der WIFO-Referent Dr. Guger, „dass die Investitionen trotz kräftig steigender Gewinneinkommen zurückgehen. Das heißt, dass immer mehr Gewinne auf den Finanzmärkten statt in die reale Wirtschaft und Arbeitsplätze investiert werden."

Quelle: Michael Bachner, DER STANDARD, Print-Ausgabe, 31.7./1.8.2004

Aus analytischer **sozialpolitischer** Perspektive muss ferner festgehalten werden, dass beträchtliche **Ungleichheiten in Europa bereits vor der Erweiterung** existierten. Eine rezente Studie der Kommission¹⁸ („**Sapir-Bericht**“) hat darauf hingewiesen; sie lässt u.a. den Schluss zu, dass die gesamteuropäische Ungleichheit – zwischen und innerhalb der einzelnen Länder kombiniert – **um weitere 33 % nach der Erweiterung** am 1. Mai 2004 **gewachsen ist.** Der Bericht geht angesichts der Herausforderung des Lissabon-Prozesses und der kommenden Erweiterung von der empirisch untermauerten These aus, dass es seit Jahrzehnten gar keinen Aufholprozess der **EU-15** gegenüber den USA geben würde (Bericht, Seite 21). Im Vergleich mit den USA zeige sich überdies, dass insbesondere **die wirtschaftlich fortgeschritteneren EU-Staaten** wie Schweden, Frankreich,

¹⁸ http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/pdf/sapir_report_en.pdf

¹⁹ Probability at birth of not surviving to age 60 (% of cohort). Calculated as 1 minus the probability of surviving to a specified age for a given cohort.

Deutschland gegenüber der Kaufkraft in den USA von 1970 bis 2000 weiter **zurückgefallen** seien (**Österreich** hat, zusammen mit Finnland, dem Süden der Union und Irland, positive Werte aufzuweisen. Die Kaufkraft **Österreichs** betrug 1970 65.2 % der amerikanischen Kaufkraft, 2000 schon 79.3 %). Der Sapir-Bericht fasst noch einmal die wohl **bekanntesten Defizite im Bereich der Beschäftigung älterer Menschen, Forschung und Entwicklung, sowie Bildung** in Europa zusammen. Und während in den USA und Japan die gesamte **Abgabenlast** incl. Sozialversicherungsbeiträge unter 1/3 beträgt, erreiche sie in zahlreichen EU-Staaten 40 % (**Österreich** 44.7 %, Jahr 2000) oder sogar über 50 % (Belgien, Deutschland).

Während **die Rate der Ungleichheit** (Ratio zwischen dem Einkommen der reichsten 5 % und den ärmsten 20 % bzw. der GINI – Index) in Europa noch immer besser ist als in den USA, und die Ungleichheit bis zu den 80er Jahren sogar abgenommen hat, ist sie in den letzten Jahren wieder **leicht angestiegen**.

| | GINI-Koeffizient der Ungleichheit in Europa |
|------|---|
| 1970 | 0,320 |
| 1980 | 0,299 |
| 1990 | 0,301 |
| 1995 | 0,303 |
| 2000 | 0,309 |

Dieser Befund bestätigt sich auch, wenn die Ungleichheit in den Staaten der EU und zwischen den Staaten der EU kombiniert betrachtet wird (Seite 64 des Berichts). Hinzu kommt, dass nach den Steuern der Unterschied in der Ungleichheit zwischen den USA und Europa gar nicht mehr so groß ist:

| | 1985 | | 1995 | |
|-----|-----------------|------------------|-----------------|------------------|
| | GINI vor Steuer | GINI nach Steuer | GINI vor Steuer | GINI nach Steuer |
| EU | 0,381 | 0,279 | 0,408 | 0,294 |
| USA | 0,415 | 0,337 | 0,421 | 0,342 |

Quelle: eigene Zusammenstellungen des Autors aus Sapir-Bericht, Seite 65

Auch wird der Vorsprung, den Europa in Bezug auf die soziale Gerechtigkeit hatte, im Zeitvergleich mit Amerika immer geringer:

| | Um wieviel weniger sozial ungerecht ist Europa im Vergleich mit Amerika? |
|---|--|
| Differenz der Ungleichheit EU - USA vor der Versteuerung, 1985 | -0,034 |
| Differenz der Ungleichheit EU - USA nach der Versteuerung, 1985 | -0,058 |
| Differenz der Ungleichheit EU - USA vor der Versteuerung, 1995 | -0,013 |
| Differenz der Ungleichheit EU - USA nach der Versteuerung, 1995 | -0,048 |

Quelle: eigene Zusammenstellungen des Autors aus Sapir-Bericht, Seite 65

In einem gemeinsamen Europa der 25, 27 oder 28 werden die regionalen Zonen und sozialen Schichten des Wohlstandes, beispielsweise in Süngland, Nordfrankreich, Süddeutschland etc. den regionalen und sozialen Zonen der Armut in Süspanien, Süditalien, und in den Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten gegenüber stehen. Der Bericht zeigt deshalb zum ersten Mal auf, wie sich das Niveau der Ungleichheit in der EU 15 im Vergleich zu den 70er Jahren verändern wird, wenn drei Prozesse mit in die Betrachtung einbezogen sind:

- die Ungleichheit zwischen den reicheren und ärmeren EU-Staaten
- die Ungleichheit in den EU-Staaten selbst
- die Erweiterung von 15 auf 27 Mitgliedsstaaten, deren Durchschnittseinkommen oft noch weit unter dem EU-Schnitt liegt.

Der Bericht hat dabei mit dem nach oben hin offenen Ungleichheitsmaß des niederländischen Statistikers **Theil** gearbeitet, und folgende Indices berechnet.

Theil-Index der Ungleichheit in Europa

| | 1970 | 1980 | 1990 | 1995 | 1998 |
|--|-------|-------|-------|-------|--------------|
| Theil-Index der Ungleichheit in Europa innerhalb der Staaten der EU-15 | 0,152 | 0,13 | 0,142 | 0,142 | 0,152 |
| Theil-Index der Ungleichheit in Europa bedingt durch die verschiedenen hohen Durchschnittseinkommen der Länder der EU-15 | 0,017 | 0,016 | 0,012 | 0,008 | 0,008 |
| Theil-Index der Ungleichheit in Europa insgesamt | 0,169 | 0,146 | 0,154 | 0,15 | 0,160 |
| Theil-Index EU-27 Annahme GINI-Koeffizient in den Beitrittsstaaten entspricht dem Polens | | | | | 0,213 |
| Theil-Index EU-27 Annahme GINI-Koeffizient in den Beitrittsstaaten entspricht dem Italiens | | | | | 0,220 |

Insgesamt dürfte sich die gesamteuropäische Ungleichheit nach der Erweiterung, so berechnet, **um insgesamt 33 %** erhöht haben (Quelle: eigene Berechnungen des Autors aus Sapir-Bericht, Seite 102 und Seite 64).

Tabelle : Objektive Armutskriterien (UNDP/Weltbank) – Ergebnisse für das erweiterte Europa im Vergleich mit den USA (UNDP-Definitionen siehe Fußnoten zur Tabelle)

| | Wahrscheinlichkeit, den 60. Geburtstag nicht zu erleben ¹⁹ | Langzeitarbeitslose (2002, in % der Erwerbsbev.) ²⁰ | Human Poverty Index ²¹ | Funktionaler Analphabetismus ²² | % der Bevölkerung unter 50 % des Medianeinkommens ²³ | % der Bevölkerung unter 11 \$ pro Kopf und Tag ²⁴ |
|----------------|---|--|-----------------------------------|--|---|--|
| Sweden | 7,3 | 1,1 | 6,5 | 7,5 | 6,5 | 6,3 |
| Israel | 7,4 | .. | .. | .. | 13,5 | .. |
| Japan | 7,5 | 1,7 | 11,1 | .. | 11,8 | .. |
| Iceland | 7,6 | 0,4 | .. | .. | .. | .. |
| Malta | 7,7 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Norway | 8,3 | 0,2 | 7,1 | 8,5 | 6,4 | 4,3 |
| Italy | 8,6 | 5,3 | 11,6 | .. | 12,7 | .. |
| Netherlands | 8,7 | 0,8 | 8,2 | 10,5 | 7,3 | 7,1 |
| Canada | 8,7 | 0,7 | 12,2 | 16,6 | 12,8 | 7,4 |
| Australia | 8,8 | 1,3 | 12,9 | 17 | 14,3 | 17,6 |
| Spain | 8,8 | 4,6 | 11 | .. | 10,1 | .. |
| United Kingdom | 8,9 | 1,2 | 14,8 | 21,8 | 12,5 | 15,7 |
| Switzerland | 9,1 | 0,6 | .. | .. | 9,3 | .. |
| Greece | 9,1 | 5 | .. | .. | .. | .. |
| Germany | 9,2 | 4,1 | 10,3 | 14,4 | 8,3 | 7,3 |
| Ireland | 9,3 | 1,2 | 15,3 | 22,6 | 12,3 | .. |
| Belgium | 9,4 | 3,4 | 12,4 | 18,4 | 8 | .. |
| Austria | 9,5 | 0,8 | .. | .. | 8 | .. |
| Luxembourg | 9,7 | 0,7 | 10,5 | .. | 6 | 0,3 |
| New Zealand | 9,8 | 0,7 | .. | 18,4 | .. | .. |
| France | 10 | 3 | 10,8 | .. | 8 | 9,9 |

²⁰ Long-term unemployment (% of labour force). Unemployment lasting 12 months or longer

²¹ Human poverty index (HPI-2) Value (%)

A composite index measuring deprivations in the three basic dimensions captured in the human development index— a long and healthy life, knowledge and a decent standard of living—and also capturing social exclusion.

²² People lacking functional literacy skills (% ages 16-65). The share of the population ages 16–65 scoring at level 1 on the prose literacy scale of the International Adult Literacy Survey. Most tasks at this level require the reader to locate a piece of information in the text that is identical to or synonymous with the information given in the directive.

²³ Population living below 50 % of median income (%). The percentage of the population living below the specified poverty line: • \$1 a day—at 1985 international prices (equivalent to \$1.08 at 1993 international prices), adjusted for purchasing power parity. • \$2 a day—at 1985 international prices (equivalent to \$2.15 at 1993 international prices), adjusted for purchasing power parity. • \$4 a day—at 1990 international prices, adjusted for purchasing power parity. • \$11 a day (per person for a family of three)—at 1994 international prices, adjusted for purchasing power parity. • National poverty line—the poverty line deemed appropriate for a country by its authorities. National estimates are based on populationweighted subgroup estimates from household surveys. • 50 % of median income—50 % of the median adjusted disposable household income.

²⁴ siehe Fußnote vorhin

| | | | | | | |
|------------------------|------|------|------|------|------|------|
| Finland | 10,2 | 2,2 | 8,4 | 10,4 | 5,4 | 4,8 |
| Denmark | 11 | 0,8 | 9,1 | 9,6 | 9,2 | .. |
| Albania | 11,3 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Portugal | 11,7 | 1,8 | .. | 48 | .. | .. |
| Slovenia | 11,8 | .. | .. | 42,2 | 8,2 | .. |
| Czech Republic | 12,2 | 3,7 | .. | 15,7 | 4,9 | .. |
| United States | 12,6 | 0,5 | 15,8 | 20,7 | 17 | 13,6 |
| Macedonia, TFYR | 13,3 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Bosnia and Herzegovina | 13,7 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Croatia | 14,5 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Armenia | 14,9 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Slovakia | 15,2 | 11,1 | .. | .. | 7 | .. |
| Poland | 15,6 | 9,6 | .. | 42,6 | 8,6 | .. |
| Georgia | 16,2 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Azerbaijan | 18,5 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Bulgaria | 18,6 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Lithuania | 19,5 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Hungary | 19,6 | 2,6 | .. | 33,8 | 6,7 | .. |
| Romania | 20,3 | .. | .. | .. | 8,1 | .. |
| Estonia | 20,4 | .. | .. | .. | 12,4 | .. |
| Latvia | 21,4 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Uzbekistan | 21,8 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Belarus | 22,8 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Moldova, Rep. of | 22,8 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Tajikistan | 22,8 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Ukraine | 23 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Kyrgyzstan | 23,7 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Turkmenistan | 24,8 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Kazakhstan | 27 | .. | .. | .. | .. | .. |
| Russian Federation | 28,9 | .. | .. | .. | 18,8 | .. |

Quelle: UNDP 2004

Diesen Überlegungen ließe sich nun noch ein 6. Kriterium hinzufügen:

Kriterium 6: Kaufkraft der ärmsten 20 %:

Besser als die USA: Luxembourg; Ireland; Denmark; Finland; Sweden; Austria; Germany; Belgium; Netherlands; France (10 Staaten der EU-25)

Schlechter als die USA: Italy; Slovenia; Czech Republic; Spain; United Kingdom; Greece; Slovakia; Portugal; Hungary; Lithuania; Poland; Estonia; Latvia (13 Staaten der EU-25).

Anhang 5: Das Realeinkommen der ärmsten 20 % in 126 Staaten der Welt

| | share of income poorest 20 % | real GDP per capita in \$ | ERDI-Index ²⁵ | real GDP per capita in purchasing power parity (PPP-\$) | real GDP, poorest 20 % (PPP \$) ((column 1*column 4)/20) | World rank purchasing power poorest 20 % |
|------------------------|------------------------------|---------------------------|--------------------------|---|--|--|
| Luxembourg | 8,4 | 47354 | 0,77388 | 61190 | 25699,8 | 1 |
| Norway | 9,6 | 41974 | 1,14683 | 36600 | 17568 | 2 |
| Japan | 10,6 | 31407 | 1,16581 | 26940 | 14278,2 | 3 |
| Ireland | 7,1 | 30982 | 0,85209 | 36360 | 12907,8 | 4 |
| Denmark | 8,3 | 32179 | 1,04005 | 30940 | 12840,1 | 5 |
| Finland | 9,6 | 25295 | 0,96583 | 26190 | 12571,2 | 6 |
| Sweden | 9,1 | 26929 | 1,03374 | 26050 | 11852,8 | 7 |
| Austria | 8,1 | 25356 | 0,86776 | 29220 | 11834,1 | 8 |
| Germany | 8,5 | 24051 | 0,88749 | 27100 | 11517,5 | 9 |
| Belgium | 8,3 | 23749 | 0,86141 | 27570 | 11441,6 | 10 |
| Netherlands | 7,3 | 25886 | 0,88955 | 29100 | 10621,5 | 11 |
| Switzerland | 6,9 | 36687 | 1,22249 | 30010 | 10353,5 | 12 |
| Canada | 7 | 22777 | 0,77263 | 29480 | 10318 | 13 |
| France | 7,2 | 24061 | 0,8938 | 26920 | 9691,2 | 14 |
| United States | 5,4 | 36006 | 1,00716 | 35750 | 9652,5 | 15 |
| Italy | 6,5 | 20528 | 0,77669 | 26430 | 8589,75 | 16 |
| Slovenia | 9,1 | 11181 | 0,60307 | 18540 | 8435,7 | 17 |
| Australia | 5,9 | 20822 | 0,7368 | 28260 | 8336,7 | 18 |
| Czech Republic | 10,3 | 6808 | 0,43143 | 15780 | 8126,7 | 19 |
| Spain | 7,5 | 15961 | 0,74376 | 21460 | 8047,5 | 20 |
| United Kingdom | 6,1 | 26444 | 1,01124 | 26150 | 7975,75 | 21 |
| Hong Kong, China (SAR) | 5,3 | 23800 | 0,88443 | 26910 | 7131,15 | 22 |

²⁵ *Exchange Rate Deviation Index*; misst, wie viel mal größer das Prokopfeinkommen in \$ zu Wechselkursen auf dem Weltmarkt ist als die in realen \$ gemessenen realen Kaufkraft (nach der von Irving Kravis von der Weltbank entwickelten Methode). Der ERDI-Index ist eine wichtige Kennziffer in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Stanford-Professor Pan Yotopoulos sowie Professor Gernot Köhler (Sheridan College, Ontario) entwickelten die These, wonach unter den monopolistischen Bedingungen auf dem Weltmarkt sich die reichen Nationen durch das ständige Abdriften der Währungen der ärmeren Staaten (Währungskrisen) einen Teil der ständig weniger Wert habenden Arbeit in den ärmeren Staaten aneignen. Die Schweiz, Dänemark, Schweden und Großbritannien und die USA sind demnach die größten Nutznießer dieser monopolistischen Strukturen auf dem Weltmarkt, während EU-25 Staaten wie die Slowakei und die baltischen Republiken für ihre Exporte auf dem Weltmarkt nur 30 – 40 % des Wertes erhalten, der der Arbeit in diesen Ländern, nach der internen dortigen Kaufkraft gemessen, eigentlich zustehen würde. Vgl. hierzu auch: *Exchange Rate Parity for Trade and Development : Theory, Tests, and Case Studies* by Pan A. Yotopoulos. Hardcover 343 pages; Publisher: Cambridge University Press; (October 27, 1995) ISBN: 052148216X sowie <http://wsarch.ucr.edu/archive/papers/kohlertoc.htm>

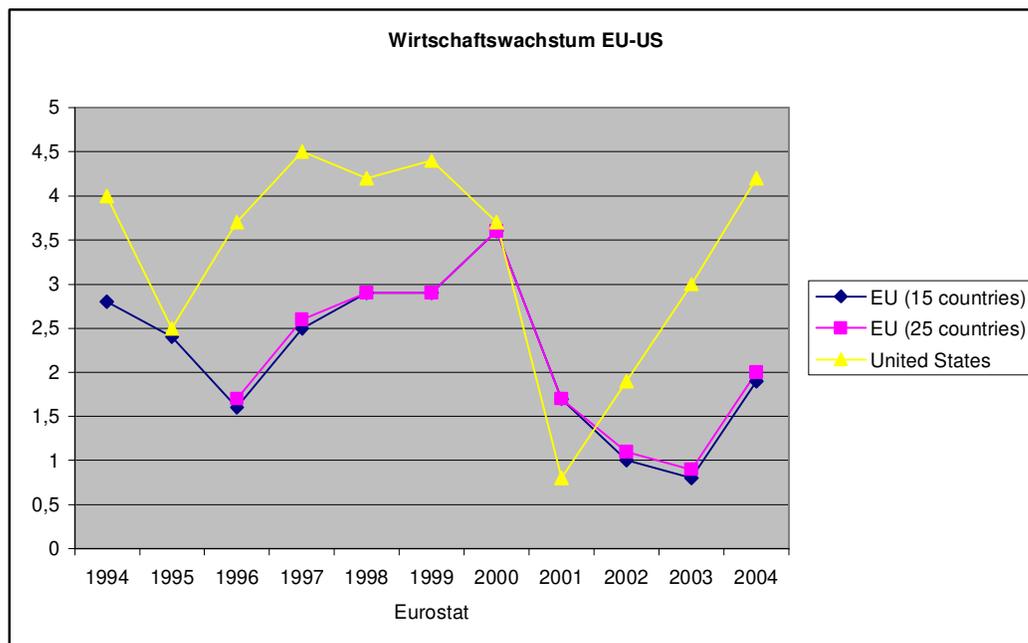
| | | | | | | |
|-----------------------|------------|--------------|----------------|--------------|---------------|-----------|
| New Zealand | 6,4 | 14872 | 0,68408 | 21740 | 6956,8 | 23 |
| Israel | 6,9 | 15792 | 0,8086 | 19530 | 6737,85 | 24 |
| Korea, Rep. of | 7,9 | 10006 | 0,59032 | 16950 | 6695,25 | 25 |
| Greece | 7,1 | 12494 | 0,66741 | 18720 | 6645,6 | 26 |
| Singapore | 5 | 20886 | 0,8688 | 24040 | 6010 | 27 |
| Slovakia | 8,8 | 4403 | 0,34291 | 12840 | 5649,6 | 28 |
| Portugal | 5,8 | 11948 | 0,65361 | 18280 | 5301,2 | 29 |
| Hungary | 7,7 | 6481 | 0,48366 | 13400 | 5159 | 30 |
| Croatia | 8,3 | 5025 | 0,49072 | 10240 | 4249,6 | 31 |
| Lithuania | 7,9 | 3977 | 0,38537 | 10320 | 4076,4 | 32 |
| Poland | 7,3 | 4894 | 0,46345 | 10560 | 3854,4 | 33 |
| Estonia | 6,1 | 4792 | 0,39086 | 12260 | 3739,3 | 34 |
| Latvia | 7,6 | 3595 | 0,39034 | 9210 | 3499,8 | 35 |
| Macedonia, TFYR | 8,4 | 1860 | 0,28748 | 6470 | 2717,4 | 36 |
| Romania | 8,2 | 2052 | 0,3128 | 6560 | 2689,6 | 37 |
| Trinidad and Tobago | 5,5 | 7384 | 0,78303 | 9430 | 2593,25 | 38 |
| Kazakhstan | 8,2 | 1656 | 0,28211 | 5870 | 2406,7 | 39 |
| Bulgaria | 6,7 | 1944 | 0,27265 | 7130 | 2388,55 | 40 |
| Belarus | 8,4 | 1441 | 0,26105 | 5520 | 2318,4 | 41 |
| Albania | 9,1 | 1535 | 0,31781 | 4830 | 2197,65 | 42 |
| Ukraine | 8,8 | 851 | 0,17474 | 4870 | 2142,8 | 43 |
| Thailand | 6,1 | 2060 | 0,29387 | 7010 | 2138,05 | 44 |
| Tunisia | 6 | 2149 | 0,3179 | 6760 | 2028 | 45 |
| Russian Federation | 4,9 | 2405 | 0,29222 | 8230 | 2016,35 | 46 |
| Algeria | 7 | 1785 | 0,3099 | 5760 | 2016 | 47 |
| Malaysia | 4,4 | 3905 | 0,42818 | 9120 | 2006,4 | 48 |
| Turkey | 6,1 | 2638 | 0,41283 | 6390 | 1948,95 | 49 |
| Uruguay | 4,8 | 3609 | 0,46092 | 7830 | 1879,2 | 50 |
| Costa Rica | 4,2 | 4271 | 0,48314 | 8840 | 1856,4 | 51 |
| Iran, Islamic Rep. of | 5,1 | 1652 | 0,24694 | 6690 | 1705,95 | 52 |
| Dominican Republic | 5,1 | 2514 | 0,37861 | 6640 | 1693,2 | 53 |
| Argentina | 3,1 | 2797 | 0,25708 | 10880 | 1686,4 | 54 |
| Egypt | 8,6 | 1354 | 0,35538 | 3810 | 1638,3 | 55 |
| Chile | 3,3 | 4115 | 0,41904 | 9820 | 1620,3 | 56 |
| Jordan | 7,6 | 1799 | 0,4263 | 4220 | 1603,6 | 57 |
| Sri Lanka | 8 | 873 | 0,24454 | 3570 | 1428 | 58 |
| Mexico | 3,1 | 6320 | 0,70457 | 8970 | 1390,35 | 59 |
| Saint Lucia | 5,2 | 4124 | 0,77811 | 5300 | 1378 | 60 |
| Indonesia | 8,4 | 817 | 0,25294 | 3230 | 1356,6 | 61 |
| Jamaica | 6,7 | 3008 | 0,75578 | 3980 | 1333,3 | 62 |
| Turkmenistan | 6,1 | 1601 | 0,37671 | 4250 | 1296,25 | 63 |
| Morocco | 6,5 | 1218 | 0,31969 | 3810 | 1238,25 | 64 |
| India | 8,9 | 487 | 0,1824 | 2670 | 1188,15 | 65 |
| Azerbaijan | 7,4 | 745 | 0,23209 | 3210 | 1187,7 | 66 |

| | | | | | | |
|---------------------------|-----|------|---------|-------|--------|-----|
| Philippines | 5,4 | 975 | 0,23381 | 4170 | 1125,9 | 67 |
| China | 4,7 | 989 | 0,21594 | 4580 | 1076,3 | 68 |
| Armenia | 6,7 | 771 | 0,24712 | 3120 | 1045,2 | 69 |
| South Africa | 2 | 2299 | 0,2283 | 10070 | 1007 | 70 |
| Guyana | 4,5 | 937 | 0,21995 | 4260 | 958,5 | 71 |
| Viet Nam | 8 | 436 | 0,18957 | 2300 | 920 | 72 |
| Botswana | 2,2 | 3080 | 0,37699 | 8170 | 898,7 | 73 |
| Colombia | 2,7 | 1850 | 0,29042 | 6370 | 859,95 | 74 |
| Pakistan | 8,8 | 408 | 0,21031 | 1940 | 853,6 | 75 |
| Venezuela | 3 | 3760 | 0,69888 | 5380 | 807 | 76 |
| Brazil | 2 | 2593 | 0,33372 | 7770 | 777 | 77 |
| Uzbekistan | 9,2 | 314 | 0,18802 | 1670 | 768,2 | 78 |
| Bangladesh | 9 | 351 | 0,20647 | 1700 | 765 | 79 |
| Panama | 2,4 | 4182 | 0,6778 | 6170 | 740,4 | 80 |
| Kyrgyzstan | 9,1 | 320 | 0,19753 | 1620 | 737,1 | 81 |
| Peru | 2,9 | 2113 | 0,42176 | 5010 | 726,45 | 82 |
| Georgia | 6,4 | 656 | 0,29027 | 2260 | 723,2 | 83 |
| Cambodia | 6,9 | 321 | 0,15583 | 2060 | 710,7 | 84 |
| El Salvador | 2,9 | 2226 | 0,45521 | 4890 | 709,05 | 85 |
| Mauritania | 6,2 | 348 | 0,15676 | 2220 | 688,2 | 86 |
| Guinea | 6,4 | 415 | 0,19762 | 2100 | 672 | 87 |
| Lao People's Dem. Rep. | 7,6 | 304 | 0,17674 | 1720 | 653,6 | 88 |
| Rwanda | 9,7 | 212 | 0,16693 | 1270 | 615,95 | 89 |
| Swaziland | 2,7 | 1091 | 0,23978 | 4550 | 614,25 | 90 |
| Ghana | 5,6 | 304 | 0,14272 | 2130 | 596,4 | 91 |
| Ecuador | 3,3 | 1897 | 0,52989 | 3580 | 590,7 | 92 |
| Cameroon | 5,6 | 575 | 0,2875 | 2000 | 560 | 93 |
| Zimbabwe | 4,6 | 639 | 0,26962 | 2370 | 545,1 | 94 |
| Guatemala | 2,6 | 1941 | 0,47574 | 4080 | 530,4 | 95 |
| Moldova, Rep. of | 7,1 | 382 | 0,25986 | 1470 | 521,85 | 96 |
| Nepal | 7,6 | 230 | 0,16788 | 1370 | 520,6 | 97 |
| Papua New Guinea | 4,5 | 523 | 0,2304 | 2270 | 510,75 | 98 |
| Paraguay | 2,2 | 1000 | 0,21692 | 4610 | 507,1 | 99 |
| Senegal | 6,4 | 503 | 0,31835 | 1580 | 505,6 | 100 |
| Bolivia | 4 | 886 | 0,36016 | 2460 | 492 | 101 |
| Mongolia | 5,6 | 457 | 0,26725 | 1710 | 478,8 | 102 |
| Nicaragua | 3,6 | 749 | 0,30324 | 2470 | 444,6 | 103 |
| Namibia | 1,4 | 1463 | 0,23559 | 6210 | 434,7 | 104 |
| Côte d'Ivoire | 5,5 | 707 | 0,46513 | 1520 | 418 | 105 |
| Uganda | 5,9 | 236 | 0,16978 | 1390 | 410,05 | 106 |
| Tajikistan | 8 | 193 | 0,19694 | 980 | 392 | 107 |
| Ethiopia | 9,1 | 90 | 0,11538 | 780 | 354,9 | 108 |
| Honduras | 2,7 | 966 | 0,37154 | 2600 | 351 | 109 |
| Mozambique | 6,5 | 195 | 0,18571 | 1050 | 341,25 | 110 |
| Gambia | 4 | 257 | 0,15207 | 1690 | 338 | 111 |

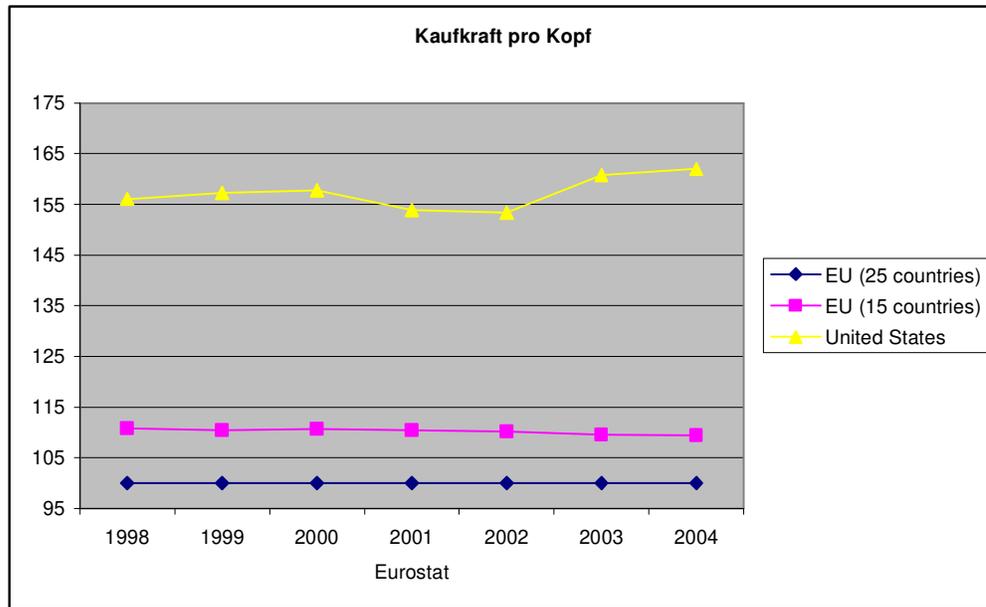
| | | | | | | |
|--------------------------------|-----|-----|---------|------|--------|-----|
| Yemen | 7,4 | 537 | 0,61724 | 870 | 321,9 | 112 |
| Kenya | 5,6 | 393 | 0,38529 | 1020 | 285,6 | 113 |
| Burkina Faso | 4,5 | 264 | 0,24 | 1100 | 247,5 | 114 |
| Mali | 4,6 | 296 | 0,31828 | 930 | 213,9 | 115 |
| Tanzania, U. Rep. of | 6,8 | 267 | 0,46034 | 580 | 197,2 | 116 |
| Nigeria | 4,4 | 328 | 0,3814 | 860 | 189,2 | 117 |
| Guinea- Bissau | 5,2 | 141 | 0,19859 | 710 | 184,6 | 118 |
| Lesotho | 1,5 | 402 | 0,16612 | 2420 | 181,5 | 119 |
| Madagascar | 4,9 | 268 | 0,36216 | 740 | 181,3 | 120 |
| Burundi | 5,1 | 102 | 0,1619 | 630 | 160,65 | 121 |
| Malawi | 4,9 | 177 | 0,30517 | 580 | 142,1 | 122 |
| Zambia | 3,3 | 361 | 0,42976 | 840 | 138,6 | 123 |
| Central African Republic | 2 | 274 | 0,23419 | 1170 | 117 | 124 |
| Niger | 2,6 | 190 | 0,2375 | 800 | 104 | 125 |
| Sierra Leone | 1,1 | 150 | 0,28846 | 520 | 28,6 | 126 |

Anhang 6: Wachstum in Europa und in den USA

These 6: Oft wird gesagt: die USA sind in den 90er Jahren davongezogen, aber der Lissabon-Prozess hat zu einem **Schließen** der **Wachstums-** und **Wohlstandslücke** zwischen den **USA und Europa** beigetragen. Richtig ist aber vielmehr: **Der Clinton-Boom dauerte von 1995 bis 2000**; die USA erlebten **2001** einen starken **Einbruch**, und hatten **2002, 2003 und 2004 ein stärkeres Wachstum als Europa**. **Seit 1994 hatte** nur im Jahr **2000 Europa ein Wachstum, das der Lissabon-Vorgabe** von **über 3 % entsprach**. **Die Schwierigkeiten Europas sind aber vor allem die Wachstumsprobleme von Österreich, Belgien, Frankreich, Italien, und Deutschland**. Die **Kaufkraft** in den **USA zieht ab 2000** nach dem leichten Zurückfallen im Entwicklungsvorsprung erneut davon.

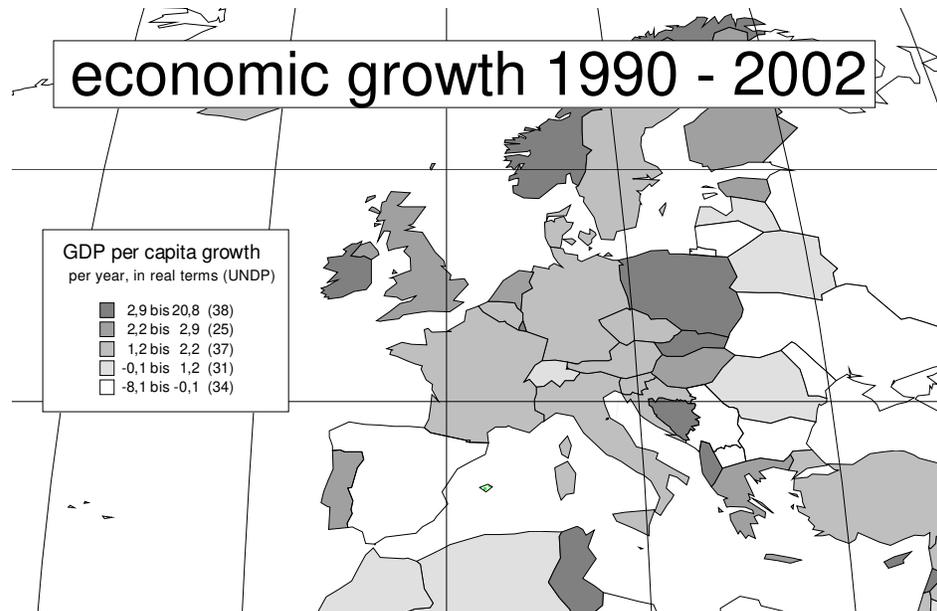


Quelle: eigene Zusammenstellungen aus Eurostat



Quelle: Quelle: eigene Zusammenstellungen aus Eurostat

These 7: Amerika wuchs im Clinton-Boom rascher als viele Staaten Europas, aber insgesamt ist **Amerika** wegen der starken **Einbrüche** im Wachstum Anfang der 90er Jahre und 2001 nur **auf Rang 61 der Weltrangliste des Wachstums**. Europa selbst hat „Wachstumsgiganten“ und „Wachstumswerge“. 8 Staaten der EU 25 wuchsen in den 90er Jahren bis 2002 insgesamt langsamer als die USA (Österreich; Belgien; Frankreich; Italien; Tschechien; Deutschland; Lettland; Litauen), aber die folgenden **14 EU-25 Staaten wuchsen z.T. bedeutend rascher als die USA: Irland; Polen; Slowakische Republik; Malta; Zypern; Finnland; Portugal; Großbritannien; Ungarn; Estland; Griechenland; Niederlande; Dänemark; Slowenien;** und Schweden war gleich auf mit den USA.



Quelle: eigene Zusammenstellungen aus UNDP

Die Rangskala des internationalen Wachstums nach UNDP, 2004

reale Wachstumsrate des BIP pro Kopf 1990 - 2002

| | | |
|-------------------------|------------|-----------|
| Äquatorialguinea | 20,8 | 1 |
| Bosnien-Herzegowina | 18 | 2 |
| China | 8,6 | 3 |
| Irland | 6,8 | 4 |
| Albanien | 6 | 5 |
| Vietnam | 5,9 | 6 |
| Myanmar | 5,7 | 7 |
| Malediven | 4,7 | 8 |
| Südkorea | 4,7 | 9 |
| Mosambik | 4,5 | 10 |
| Chile | 4,4 | 11 |
| Dominikanische Republik | 4,2 | 12 |
| Polen | 4,2 | 13 |
| Solomonen | 4,2 | 14 |
| Guyana | 4,1 | 15 |
| Kambodscha | 4,1 | 16 |
| Indien | 4 | 17 |
| Mauritius | 4 | 18 |
| Uganda | 3,9 | 19 |
| Laos | 3,8 | 20 |

| | | |
|------------------------------|------------|-----------|
| Slowakische Republik | 3,8 | 21 |
| Luxemburg | 3,7 | 22 |
| Bhutan | 3,6 | 23 |
| Malaysia | 3,6 | 24 |
| Malta | 3,6 | 25 |
| Kuba | 3,5 | 26 |
| Saint Kitts-Nevis | 3,5 | 27 |
| Kap Verde | 3,4 | 28 |
| Saint Vincent und Grenadinen | 3,4 | 29 |
| São Tomé und Príncipe | 3,2 | 30 |
| Zypern | 3,2 | 31 |
| Bangladesh | 3,1 | 32 |
| Libanon | 3,1 | 33 |
| Sudan | 3,1 | 34 |
| Tunesien | 3,1 | 35 |
| Norwegen | 3 | 36 |
| Thailand | 2,9 | 37 |
| Trinidad und Tobago | 2,9 | 38 |
| Costa Rica | 2,7 | 39 |
| Grenada | 2,7 | 40 |
| Antigua und Barbuda | 2,6 | 41 |
| Australien | 2,6 | 42 |
| Sierra Leone | 2,6 | 43 |
| Ägypten | 2,5 | 44 |
| Botswana | 2,5 | 45 |
| Finnland | 2,5 | 46 |
| Jemen | 2,5 | 47 |
| Panama | 2,5 | 48 |
| Portugal | 2,5 | 49 |
| Großbritannien | 2,4 | 50 |
| Lesotho | 2,4 | 51 |
| Ungarn | 2,4 | 52 |
| Äthiopien | 2,3 | 53 |
| EL Salvador | 2,3 | 54 |
| Estland | 2,3 | 55 |
| Nepal | 2,3 | 56 |
| Sri Lanka | 2,3 | 57 |
| Griechenland | 2,2 | 58 |
| Hongkong | 2,2 | 59 |
| Iran | 2,2 | 60 |
| Kanada | 2,2 | 61 |
| Niederlande | 2,2 | 62 |
| Peru | 2,2 | 63 |
| Benin | 2,1 | 64 |
| Dänemark | 2,1 | 65 |
| Indonesien | 2,1 | 66 |

| | | |
|---------------------------------------|------------|-----------|
| Island | 2,1 | 67 |
| Kroatien | 2,1 | 68 |
| Neuseeland | 2,1 | 69 |
| Slowenien | 2,1 | 70 |
| Schweden | 2 | 71 |
| Vereinigte Staaten von Amerika | 2 | 72 |
| Österreich | 1,9 | 73 |
| Belgien | 1,8 | 74 |
| Fidschi | 1,8 | 75 |
| Ghana | 1,8 | 76 |
| Israel | 1,8 | 77 |
| Syrien | 1,8 | 78 |
| Argentinien | 1,7 | 79 |
| Armenien | 1,7 | 80 |
| Belize | 1,7 | 81 |
| Guinea | 1,7 | 82 |
| Mali | 1,7 | 83 |
| Barbados | 1,6 | 84 |
| Burkina-Faso | 1,6 | 85 |
| Frankreich | 1,6 | 86 |
| Mauritanien | 1,6 | 87 |
| Bahrain | 1,5 | 88 |
| Eritrea | 1,5 | 89 |
| Italien | 1,5 | 90 |
| Nicaragua | 1,5 | 91 |
| Dominica | 1,4 | 92 |
| Mexiko | 1,4 | 93 |
| Tschechien | 1,4 | 94 |
| Uruguay | 1,4 | 95 |
| Brasilien | 1,3 | 96 |
| Deutschland | 1,3 | 97 |
| Guatemala | 1,3 | 98 |
| Türkei | 1,3 | 99 |
| Seychellen | 1,2 | 100 |
| Bolivien | 1,1 | 101 |
| Malawi | 1,1 | 102 |
| Pakistan | 1,1 | 103 |
| Philippinen | 1,1 | 104 |
| Westsamoa | 1,1 | 105 |
| Japan | 1 | 106 |
| Jordanien | 0,9 | 107 |
| Namibia | 0,9 | 108 |
| Oman | 0,9 | 109 |
| Marokko | 0,8 | 110 |
| Tansania | 0,7 | 111 |
| Papua-Neuguinea | 0,5 | 112 |

| | | |
|------------------------------|-------------|------------|
| Surinam | 0,5 | 113 |
| Kolombien | 0,4 | 114 |
| Schweiz | 0,4 | 115 |
| Algerien | 0,3 | 116 |
| Honduras | 0,3 | 117 |
| Ruanda | 0,3 | 118 |
| Aserbajdschan | 0,2 | 119 |
| Lettland | 0,2 | 120 |
| Mongolei | 0,2 | 121 |
| Saint Lucia | 0,2 | 122 |
| Weißrußland | 0,2 | 123 |
| Bahamas | 0,1 | 124 |
| Rumänien | 0,1 | 125 |
| Swasiland | 0,1 | 126 |
| Angola | -0,1 | 127 |
| Côte d'Ivoire | -0,1 | 128 |
| Jamaika | -0,1 | 129 |
| Kamerun | -0,1 | 130 |
| Vanuatu | -0,1 | 131 |
| Gabun | -0,2 | 132 |
| Zentralafrikanische Republik | -0,2 | 133 |
| Litauen | -0,3 | 134 |
| Nigeria | -0,3 | 135 |
| Saudi-Arabien | -0,4 | 136 |
| Paraguay | -0,5 | 137 |
| Tschad | -0,5 | 138 |
| Kenia | -0,6 | 139 |
| Senegal | -0,6 | 140 |
| Kasachstan | -0,7 | 141 |
| Makedonien | -0,7 | 142 |
| Togo | -0,7 | 143 |
| Niger | -0,8 | 144 |
| Simbabwe | -0,8 | 145 |
| Madagaskar | -0,9 | 146 |
| Usbekistan | -0,9 | 147 |
| Venezuela | -1 | 148 |
| Sambia | -1,2 | 149 |
| Komoren | -1,4 | 150 |
| Kongo | -1,6 | 151 |
| Kuwait | -1,7 | 152 |
| Guinea-Bissau | -2,2 | 153 |
| Rußland | -2,4 | 154 |
| Südafrika | -2,4 | 155 |
| Haiti | -3 | 156 |
| Kirgisistan | -3,2 | 157 |
| Turkmenistan | -3,2 | 158 |

| | | |
|---------------|------|-----|
| Djibouti | -3,8 | 159 |
| Burundi | -3,9 | 160 |
| Georgien | -3,9 | 161 |
| Palästina | -4,9 | 162 |
| Singapur | -5,9 | 163 |
| Ukraine | -6 | 164 |
| Moldawien | -6,9 | 165 |
| Tadschikistan | -8,1 | 166 |

Anhang 7: Ungleichheit in 127 Nationen der Welt

These 8: Oft wird auch gesagt: die **USA** sind ein **Modell der Ungleichheit**, **Europa** ist noch immer durch ein „**europäisches Sozialmodell**“ gekennzeichnet. Richtig ist vielmehr, dass in den USA zwar die reichsten 10 % um 15.9 mal reicher sind als die ärmsten 10 %, womit Amerika der 79. Staat von 127 klassifizierten Nationen ist, und dass kein EU-Staat schlechter klassifiziert ist als die USA und dass einige EU-25 Staaten – darunter die **7 EU-Staaten** Tschechische Republik, Finnland, Slowenien, Schweden, die Slowakei, Luxemburg, und Deutschland Reichtumsunterschiede **zwischen den ärmsten 10 % und den reichsten 10 % aufweisen, die weniger als das 7-fache betragen**, aber in **12 EU-Staaten** – das sind Österreich, Belgien, Litauen, Dänemark, Ungarn, Lettland, den Niederlanden, Spanien, Frankreich, Polen, Irland, und Bulgarien betragen sie bereits **das 7 – bis 10-fache**, und in **4 EU-Staaten** Griechenland, Italien, dem Vereinigten Königreich und Portugal, ebenso das **10-fache oder mehr als das 10-fache**. Für insgesamt 127 Staaten der Welt legten die Vereinten Nationen Daten für zumeist das Ende der 90er Jahre vor – nur 7 EU-Staaten liegen unter den besten 20 Staaten der Weltgesellschaft, 9 Staaten von Rang 21 bis 40, 5 Staaten auf Rang 41 bis 60, und Großbritannien, und Portugal belegen mit den USA die Ränge 61 bis 80.

Die Rangskala der internationalen Ungleichheit nach UNDP, 2004

Dezil-Ratio

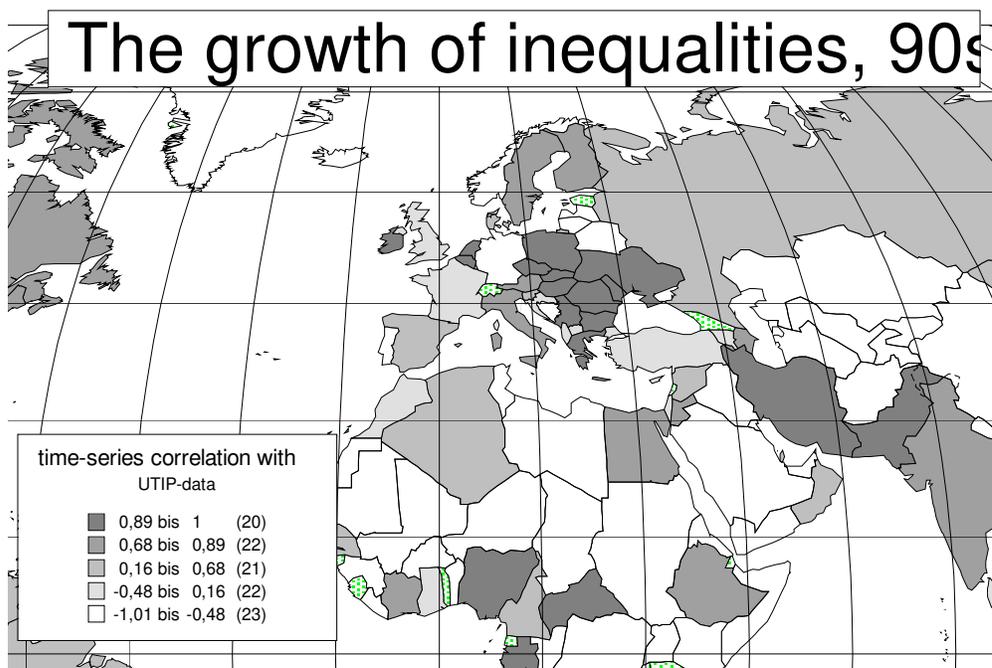
| Land | Dezilratio | bestes Land/schlechtes Land | Jahr der Untersuchung |
|------------------------|------------|-----------------------------|-----------------------|
| Japan | 4,5 | 1 | 1993 |
| Czech Republic | 5,2 | 2 | 1996 |
| Bosnia and Herzegovina | 5,4 | 3 | 2001 |
| Finland | 5,6 | 4 | 2000 |
| Rwanda | 5,8 | 5 | 1983 |
| Slovenia | 5,9 | 6 | 1998/99 |
| Albania | 5,9 | 7 | 2002 |
| Kyrgyzstan | 6 | 8 | 2001 |
| Norway | 6,1 | 9 | 2000 |
| Uzbekistan | 6,1 | 10 | 2000 |
| Sweden | 6,2 | 11 | 2000 |
| Ukraine | 6,4 | 12 | 1999 |
| Ethiopia | 6,6 | 13 | 2000 |
| Slovakia | 6,7 | 14 | 1996 |
| Luxembourg | 6,8 | 15 | 2000 |
| Macedonia, TFYR | 6,8 | 16 | 1998 |
| Bangladesh | 6,8 | 17 | 2000 |
| Germany | 6,9 | 18 | 2000 |

| | | | |
|------------------------|-------------|-----------|-------------|
| Belarus | 6,9 | 19 | 2000 |
| India | 7 | 20 | 1999/2000 |
| Kazakhstan | 7,1 | 21 | 2001 |
| Romania | 7,2 | 22 | 2000 |
| Croatia | 7,3 | 23 | 2001 |
| Austria | 7,6 | 24 | 1997 |
| Pakistan | 7,6 | 25 | 1998/99 |
| Belgium | 7,8 | 26 | 1996 |
| Korea, Rep. of | 7,8 | 27 | 1998 |
| Indonesia | 7,8 | 28 | 2002 |
| Lithuania | 7,9 | 29 | 2000 |
| Sri Lanka | 7,9 | 30 | 1995 |
| Tajikistan | 8 | 31 | 1998 |
| Egypt | 8 | 32 | 1999 |
| Denmark | 8,1 | 33 | 1997 |
| Viet Nam | 8,4 | 34 | 1998 |
| Yemen | 8,6 | 35 | 1998 |
| Hungary | 8,9 | 36 | 1999 |
| Latvia | 8,9 | 37 | 1998 |
| Netherlands | 9 | 38 | 1994 |
| Spain | 9 | 39 | 1990 |
| France | 9,1 | 40 | 1995 |
| Jordan | 9,1 | 41 | 1997 |
| Poland | 9,3 | 42 | 1999 |
| Nepal | 9,3 | 43 | 1995/96 |
| Algeria | 9,6 | 44 | 1995 |
| Ireland | 9,7 | 45 | 1996 |
| Azerbaijan | 9,7 | 46 | 2001 |
| Lao People's Dem. Rep. | 9,7 | 47 | 1997 |
| Switzerland | 9,9 | 48 | 1992 |
| Bulgaria | 9,9 | 49 | 2001 |
| Greece | 10 | 50 | 1998 |
| Canada | 10,1 | 51 | 1998 |
| Moldova, Rep. of | 10,2 | 52 | 2001 |
| Tanzania, U. Rep. of | 10,8 | 53 | 1993 |
| Jamaica | 11,4 | 54 | 2000 |
| Armenia | 11,5 | 55 | 1998 |
| Italy | 11,6 | 56 | 2000 |
| Cambodia | 11,6 | 57 | 1997 |
| Israel | 11,7 | 58 | 1997 |
| Morocco | 11,7 | 59 | 1998/99 |
| Georgia | 12 | 60 | 2001 |
| Mauritania | 12 | 61 | 2000 |
| Turkmenistan | 12,3 | 62 | 1998 |
| Guinea | 12,3 | 63 | 1994 |
| Australia | 12,5 | 64 | 1994 |

| | | | |
|------------------------|-------------|-----------|-------------|
| New Zealand | 12,5 | 65 | 1997 |
| Mozambique | 12,5 | 66 | 1996/97 |
| Senegal | 12,8 | 67 | 1995 |
| Turkey | 13,3 | 68 | 2000 |
| Thailand | 13,4 | 69 | 2000 |
| Tunisia | 13,4 | 70 | 2000 |
| United Kingdom | 13,8 | 71 | 1999 |
| Ghana | 14,1 | 72 | 1999 |
| Trinidad and Tobago | 14,4 | 73 | 1992 |
| Estonia | 14,9 | 74 | 2000 |
| Uganda | 14,9 | 75 | 1999 |
| Portugal | 15 | 76 | 1997 |
| Kenya | 15,6 | 77 | 1997 |
| Cameroon | 15,7 | 78 | 2001 |
| <u>United States</u> | <u>15,9</u> | <u>79</u> | <u>2000</u> |
| Saint Lucia | 16,2 | 80 | 1995 |
| Côte d'Ivoire | 16,2 | 81 | 1998 |
| Philippines | 16,5 | 82 | 2000 |
| Iran, Islamic Rep. of | 17,2 | 83 | 1998 |
| Singapore | 17,7 | 84 | 1998 |
| Dominican Republic | 17,7 | 85 | 1998 |
| Hong Kong, China (SAR) | 17,8 | 86 | 1996 |
| Mongolia | 17,8 | 87 | 1998 |
| China | 18,4 | 88 | 2001 |
| Uruguay | 18,9 | 89 | 2000 |
| Guinea-Bissau | 19 | 90 | 1993 |
| Madagascar | 19,2 | 91 | 2001 |
| Burundi | 19,3 | 92 | 1998 |
| Russian Federation | 20,3 | 93 | 2000 |
| Zimbabwe | 22 | 94 | 1995 |
| Malaysia | 22,1 | 95 | 1997 |
| Malawi | 22,7 | 96 | 1997 |
| Mali | 23,1 | 97 | 1994 |
| Papua New Guinea | 23,8 | 98 | 1996 |
| Bolivia | 24,6 | 99 | 1999 |
| Nigeria | 24,9 | 100 | 1996/97 |
| Costa Rica | 25,1 | 101 | 2000 |
| Gambia | 25,4 | 102 | 1998 |
| Guyana | 25,9 | 103 | 1999 |
| Burkina Faso | 26,2 | 104 | 1998 |
| Nicaragua | 36,1 | 105 | 2001 |
| Zambia | 36,6 | 106 | 1998 |
| Argentina | 39,1 | 107 | 2001 |
| Chile | 40,6 | 108 | 2000 |
| Ecuador | 44,9 | 109 | 1998 |
| Mexico | 45 | 110 | 2000 |

| | | | |
|--------------------------|-------|-----|------|
| Niger | 46 | 111 | 1995 |
| El Salvador | 47,4 | 112 | 2000 |
| Honduras | 49,1 | 113 | 1999 |
| Swaziland | 49,7 | 114 | 1994 |
| Peru | 49,9 | 115 | 2000 |
| Guatemala | 55,1 | 116 | 2000 |
| Colombia | 57,8 | 117 | 1999 |
| Panama | 62,3 | 118 | 2000 |
| Venezuela | 62,9 | 119 | 1998 |
| South Africa | 65,1 | 120 | 1995 |
| Central African Republic | 69,2 | 121 | 1993 |
| Paraguay | 70,4 | 122 | 1999 |
| Botswana | 77,6 | 123 | 1993 |
| Brazil | 85 | 124 | 1998 |
| Sierra Leone | 87,2 | 125 | 1989 |
| Lesotho | 105 | 126 | 1995 |
| Namibia | 128,8 | 127 | 1993 |

Von einer globalen Perspektive aus gesehen, sieht die Landkarte der wachsenden Ungleichheit in Europa wie folgt aus:



Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UTIP. Fehlende Werte: Portugal, Schweiz, Bosnien-Herzegowina, Estland, Belarus, Georgien

Anhang 8: Globalisierungsdruck USA – Europa. Analytische Vergleiche mit den Daten von Weltbank, ILO, und UTIP

These 9: In zahlreichen Staaten Europas war der Globalisierungsdruck sogar noch stärker als in den USA, und trotzdem gibt es in Europa auch ein gutes Abschneiden gegenüber dem Globalisierungsdruck. Die folgenden Staaten globalisierten sich noch schneller als die USA:

Poland
 France
 Latvia
 Slovak Republic
 (Romania)
 Lithuania
 Austria
 Belgium
 Denmark
 (Turkey)
 Hungary
 Germany
 Netherlands
 (Bulgaria)
 Czech Republic
 Sweden
 Ireland

Seit 1980 haben bei folgenden Indikatoren folgende Nationen besser abgeschnitten als die USA

Sinken der Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf:

Denmark
 Hungary
 Netherlands
 Ireland
 (Turkey)
 Slovenia

Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums:

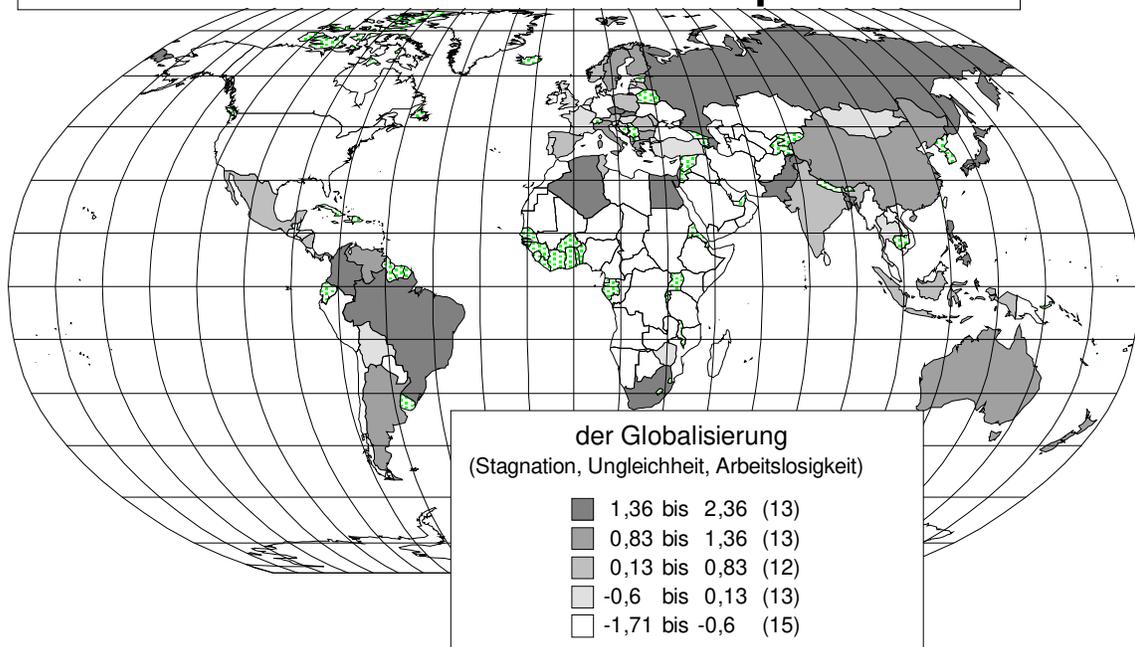
Ireland
 Slovenia
 Netherlands
 Poland

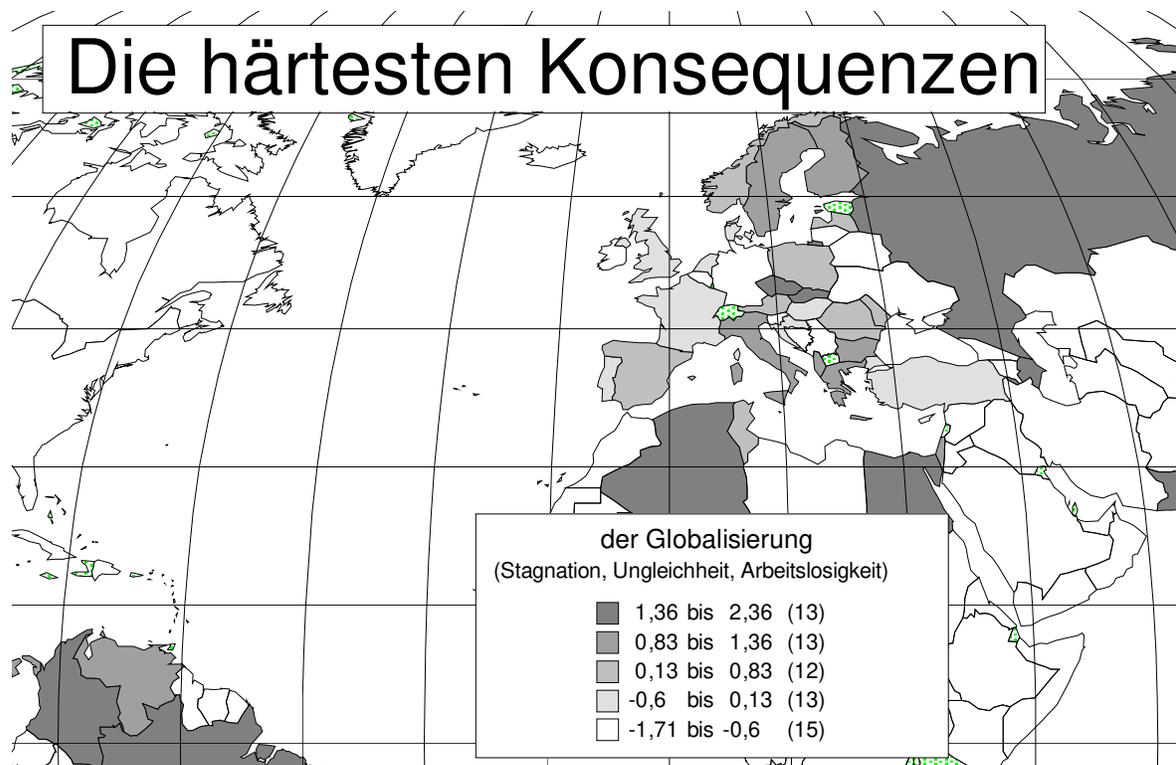
Vermeiden einer Tendenz zu wachsender Ungleichheit:

Germany
Lithuania
Belgium
Cyprus
France
Finland
Italy

Kombiniert man/frau die zeitlichen Korrelationen dieser 3 Phänomene der „human misery“ (Stagnation, Ungleichheit, Arbeitslosigkeit), wäre im hypothetisch schlechtesten Fall für ein Land der Wert 3 zu erwarten, am besten wäre der Wert -3 . Nach unserer Analyse haben ab 1980 bis 2002 die USA, Chile, Irland, Belgien und Malaysia am besten abgeschnitten; die Bundesrepublik nach der deutschen Vereinigung mit ihren begrenzten Datenreihen ist absolut nur bedingt vergleichbar.

Die härtesten Konsequenzen





Freilich wird auch zu bedenken sein, dass die neuen Mitglieder und die Kandidaten der EU die Verwundbarkeiten gegenüber dem Druck der Globalisierung weiter verstärken:

| Ländercode | Wachstum (Weltbank) | Eurostat-AL-Rate | Globalisierung (Weltbank) | Ungleichheit der Löhne (UTIP) |
|-----------------|--|---|--|---|
| Bulgarien | Wachstumseinbruch (Korr <0.0) | Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0)) | starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50) | Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0) |
| Zypern | Wachstumseinbruch (Korr <0.0) | wesentliche Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50) | starke Abnahme der Globalisierung (Korr < -0.50) | starke Milderung der Ungleichheit (Korr < 0.50) |
| Tschechische R. | keine nachhaltige Wachstumsbeschleunigung (Korr <0.30) | Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0)) | starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50) | Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0) |
| Estland | Wachstumseinbruch (Korr <0.0) | Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0)) | starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50) | keine Daten |
| Ungarn | keine nachhaltige Wachstumsbeschleunigung (Korr <0.30) | wesentliche Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50) | starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50) | Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0) |
| Lettland | Wachstumseinbruch (Korr <0.0) | wesentliche Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50) | starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50) | Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0) |
| Litauen | Wachstumseinbruch (Korr <0.0) | Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0)) | starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50) | starke Milderung der Ungleichheit (Korr < 0.50) |
| Malta | Wachstumsbeschleu | wesentliche | schwache Zunahme | Verstärkung der |

| | nigung (Korr zwischen 0.30 und 0.50) | Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50) | der Globalisierung (Korr zwischen 0.00 und 0.50) | Ungleichheit (Korr >0.0) |
|------------------|--|---|---|--|
| Polen | Wachstumsbeschleunigung (Korr zwischen 0.30 und 0.50) | Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0) | starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50) | Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0) |
| Rumänien | Wachstumseinbruch (Korr <0.0) | Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0) | starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50) | Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0) |
| Slovakische R | keine nachhaltige Wachstumsbeschleunigung (Korr <0.30) | Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0) | starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50) | Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0) |
| Slowenien | starke Wachstumsbeschleunigung (Korr > 0.50) | wesentliche Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50) | schwache Zunahme der Globalisierung (Korr zwischen 0.00 und 0.50) | Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0) |
| Türkei | Wachstumseinbruch (Korr <0.0) | Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0) | starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50) | Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0) |
| USA | Wachstumsbeschleunigung (Korr +0.44) | Abnahme der Arbeitslosigkeit (Korr -0.79) | starke Zunahme der Globalisierung (Korr +0.60) | Verstärkung der Ungleichheit (Korr +0.56) |

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UTIP, Weltbank und ILO

Lediglich Malta und Slowenien haben nach dieser Sichtweise dem Druck des globalisierten EU-Binnenmarktes standgehalten.

Anhang 9: Faktoren, die zum Auseinanderdriften von den USA und Europa beitragen könnten

Den USA ist es bislang – im Gegensatz zu Europa – gelungen, ein Abdriften des Außenwertes der Währung gegenüber der internen Kaufkraft zu verhindern (vgl. Anhang 5). Sie sind weiterhin ein Land der Nutznießerschaft des ungleichen Austausches, während Europa – im Sinne der Theorien des Stanford-Professors Pan Yotopoulos und von Professor Gernot Köhler – immer mehr in den „Strudel“ des ungleichen Austausches gerät.

Neoliberale Wirtschaftstheoretiker wie Milton Friedman²⁶ waren stets pessimistisch bezüglich der europäischen Währungsunion. Paradoxer Weise haben gerade Staaten wie Luxemburg, Deutschland und Österreich gegenüber 1998 am meisten verloren:

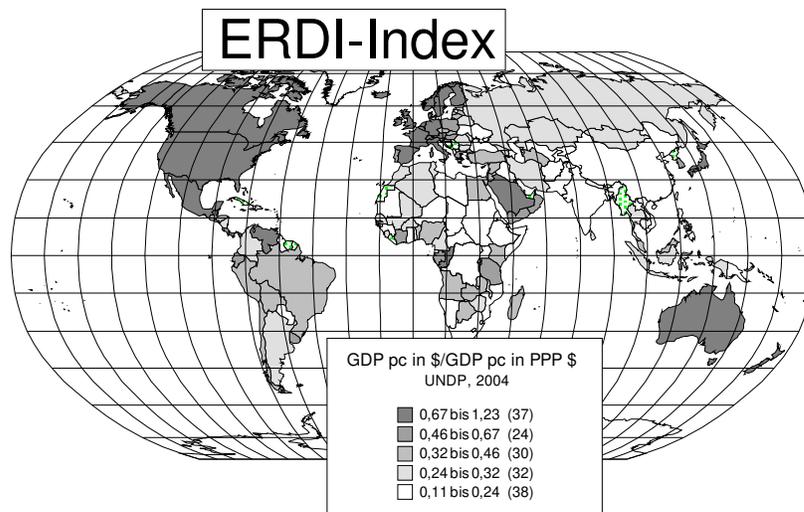
| Land | ERDI-Index 2002 | BIP pro Kopf zu Wechselkursen in \$ 2002 | BIP zu Kaufkraft in \$ 2002 |
|-------------|-----------------|--|-----------------------------|
| Austria | 0,86776 | 25356 | 29220 |
| Belgium | 0,86141 | 23749 | 27570 |
| Finland | 0,96583 | 25295 | 26190 |
| France | 0,8938 | 24061 | 26920 |
| Germany | 0,88749 | 24051 | 27100 |
| Greece | 0,66741 | 12494 | 18720 |
| Ireland | 0,85209 | 30982 | 36360 |
| Italy | 0,77669 | 20528 | 26430 |
| Luxembourg | 0,77388 | 47354 | 61190 |
| Netherlands | 0,88955 | 25886 | 29100 |
| Portugal | 0,65361 | 11948 | 18280 |

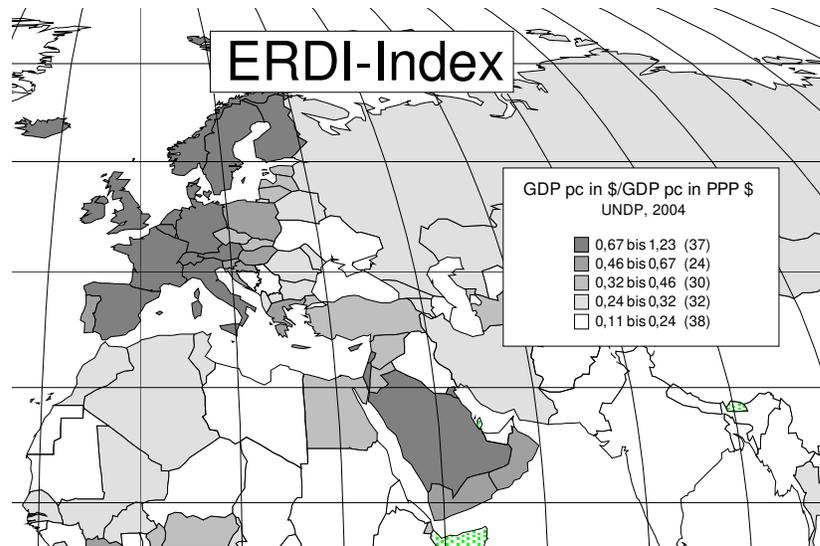
| Land | ERDI-Index 2002 | ERDI-Index 1998 | Verlust gegenüber 1998 in % |
|------------|-----------------|-----------------|-----------------------------|
| Luxembourg | 0,77 | 1,35 | 73,94 |
| Germany | 0,89 | 1,20 | 35,05 |
| Austria | 0,87 | 1,16 | 33,47 |

²⁶ <http://www.cato.org/pubs/journal/cj19n1/cj19n1-10.pdf> und http://www.findarticles.com/p/articles/mi_m2633/is_2_15/ai_73232538

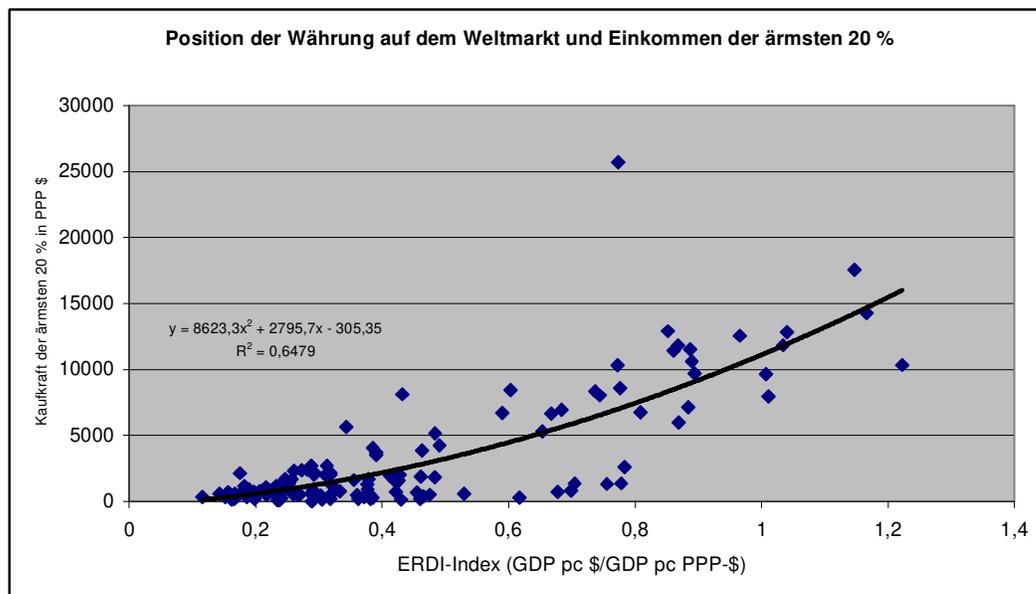
| | | | |
|-------------|------|------|-------|
| France | 0,89 | 1,18 | 31,56 |
| Belgium | 0,86 | 1,09 | 26,87 |
| Greece | 0,67 | 0,84 | 26,16 |
| Italy | 0,78 | 0,98 | 25,66 |
| Netherlands | 0,89 | 1,12 | 25,61 |
| Finland | 0,97 | 1,16 | 20,59 |
| Portugal | 0,65 | 0,73 | 11,04 |
| Ireland | 0,85 | 0,87 | 2,21 |

Die Landkarte des ungleichen Austausches sieht heute wie folgt aus:





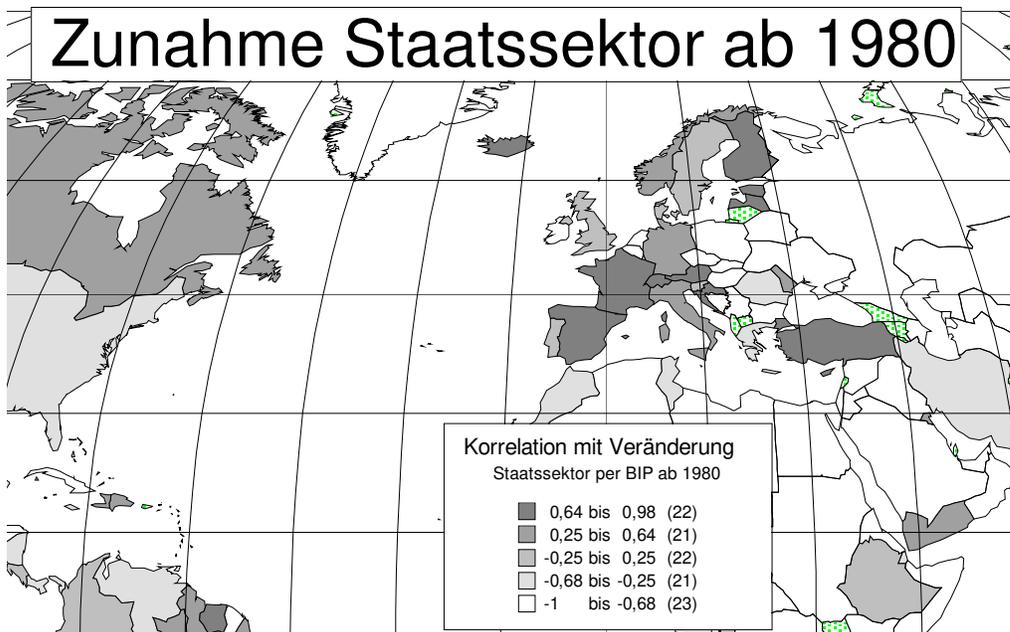
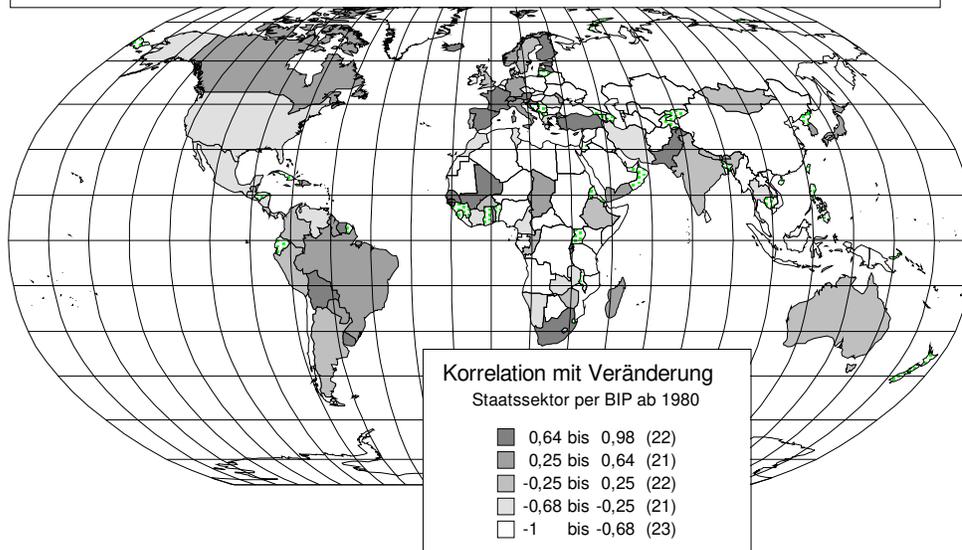
Der ungleiche Austausch ist – wie internationale Querschnittsanalysen immer wieder bestätigen – ein wichtiger „driver“ von Armut und sozialem Ausschluß. Der ERDI-Index allein erklärt z.B. fast 65 % der realen Kaufkraft der ärmsten 20 % im Weltsystem:



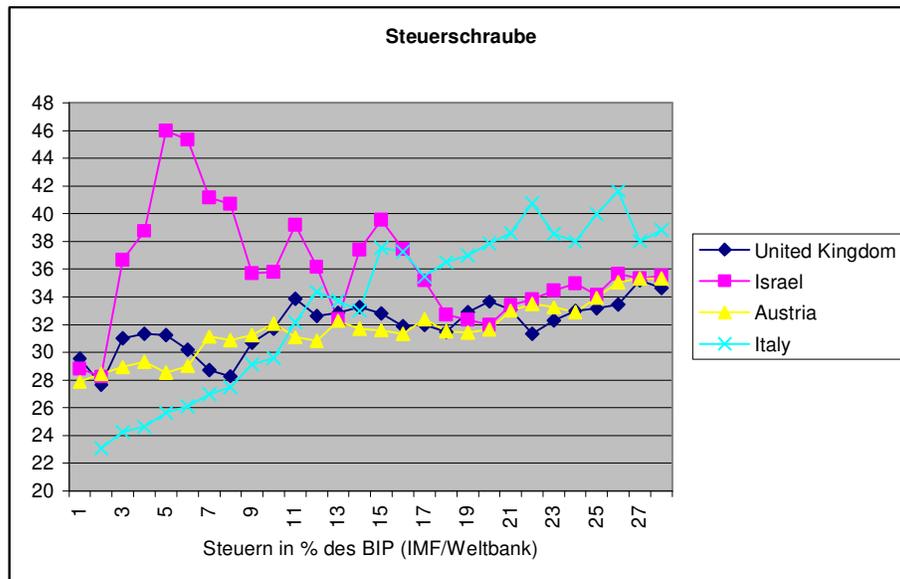
Anhang 10: Staatssektor, Steuerschraube

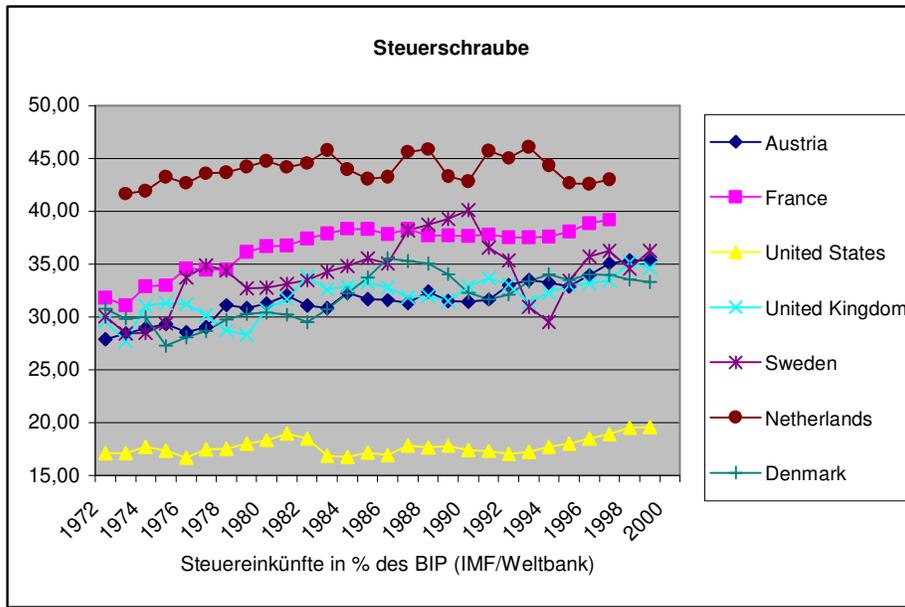
Es war stets eine Vermutung der Neoliberalen, dass Amerika seine Position offensiver verteidigen kann, weil der Staatssektor geringfügiger expandiert und weil die Steuerschraube sich weniger schnell dreht als in Europa. Die empirischen Daten bestätigen zumindest einigermaßen diese Hypothese:

Zunahme Staatssektor ab 1980



Zu den bleibenden Kennzeichen des bundesstaatlichen Apparats in den USA gehört, dass die Ausgaben der Zentralregierung in Washington in den letzten 25 Jahren relativ stabil geblieben sind, und dass auch die **Steuerschraube** der Zentralregierung wesentlich weniger zu spüren ist als in Europa:





**Anhang 11: Analytische Vergleichstabellen Staatssektor (Quelle: Weltbank/IMF)
in den USA und in Europa im internationalen Vergleich**

| SOCIAL SECURITY CONTRIBUTIONS (% of GDP) | |
|--|--------------|
| Country Name | 1998 |
| Argentina | 3,57 |
| Austria | 14,91 |
| Bahrain | 3,11 |
| Belarus | 10,37 |
| Belgium | 14,45 |
| Bolivia | 1,64 |
| Bulgaria | 7,71 |
| Burundi | 1,08 |
| Chile | 1,48 |
| Costa Rica | 5,82 |
| Cote d'Ivoire | 1,15 |
| Cyprus | 4,74 |
| Czech Republic | 14,95 |
| Denmark | 1,55 |
| Dominican Republic | 0,66 |
| El Salvador | 1,83 |
| Estonia | 10,84 |
| Finland | 3,33 |
| Germany | 14,94 |
| Greece | 0,52 |
| Hungary | 10,60 |
| Iceland | 2,78 |
| Indonesia | 0,55 |
| Iran, Islamic Rep. | 2,02 |
| Israel | 5,73 |
| Italy | 12,69 |
| Kazakhstan | 3,73 |
| Latvia | 10,85 |
| Mauritius | 1,14 |
| Mongolia | 4,45 |
| Norway | 9,49 |
| Panama | 4,72 |
| Peru | 1,35 |
| Poland | 10,46 |
| Portugal | 8,93 |
| Slovak Republic | 11,78 |

| | |
|----------------------|-------------|
| Slovenia | 14,38 |
| South Africa | 0,53 |
| Sweden | 13,39 |
| Tajikistan | 2,37 |
| Thailand | 0,19 |
| Tunisia | 4,95 |
| United Kingdom | 6,50 |
| United States | 6,57 |
| Uruguay | 8,59 |
| Venezuela | 0,71 |

| SOCIAL SECURITY & WELFARE (% of GDP) | |
|--|-------|
| Country Name | 1998 |
| Argentina | 7,77 |
| Australia | 8,70 |
| Bahrain | 1,19 |
| Belarus | 11,46 |
| Bolivia | 5,71 |
| Bulgaria | 10,86 |
| Burundi | 1,64 |
| Cameroon | 0,05 |
| Chile | 7,65 |
| Colombia | 1,85 |
| Costa Rica | 5,34 |
| Cyprus | 9,16 |
| Czech Republic | 12,90 |
| Denmark | 15,31 |
| Dominican Republic | 0,86 |
| El Salvador | 3,79 |
| Estonia | 10,09 |
| Finland | 12,21 |
| Greece | 5,53 |
| Hungary | 13,17 |
| Iceland | 6,33 |
| Indonesia | 0,93 |
| Iran, Islamic Rep. | 4,14 |
| Israel | 12,33 |
| Kazakhstan | 7,35 |
| Kuwait | 7,87 |
| Latvia | 14,18 |
| Maldives | 1,61 |
| Mauritius | 4,80 |
| Mongolia | 5,81 |
| Myanmar | 0,10 |
| Nepal | 0,34 |
| Norway | 14,62 |
| Panama | 5,78 |
| Poland | 18,70 |
| Singapore | 0,14 |
| Slovak Republic | 11,17 |
| Slovenia | 18,33 |
| Sri Lanka | 3,19 |
| Sweden | 18,24 |
| Syrian Arab Republic | 1,31 |
| Tajikistan | 2,49 |

| | |
|----------------------|-------------|
| Thailand | 0,75 |
| Tunisia | 5,49 |
| Turkey | 2,78 |
| United Kingdom | 13,33 |
| United States | 5,76 |
| Uruguay | 18,96 |

Anhang 12: Der Abbau des staatlichen Sektors 1980 – 2002 in 114 Staaten der Erde

je höher die negative Korrelation, desto rascher das Tempo der Entstaatlichung

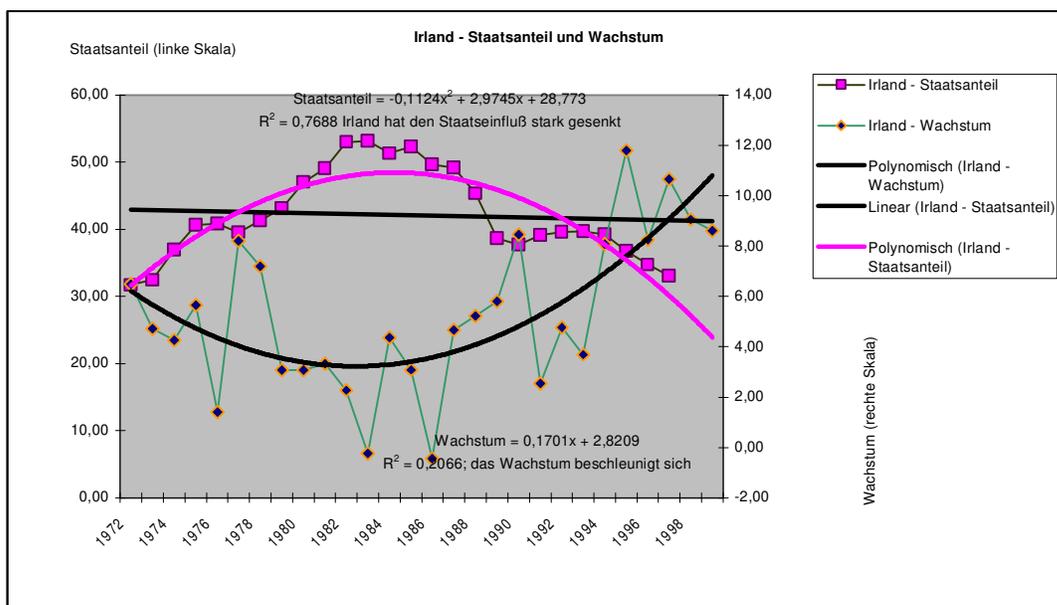
| | time series correlation state sector/growth from 1980 onwards | Rang weltweite Entstaatlichung |
|--|---|--------------------------------|
| Slovak Republic | -0,998 | 1 |
| Gambia, The | -0,997 | 2 |
| St. Lucia | -0,926 | 3 |
| Czech Republic | -0,911 | 4 |
| Liberia | -0,905 | 5 |
| Myanmar | -0,899 | 6 |
| Ireland | -0,891 | 7 |
| Trinidad and Tobago | -0,858 | 8 |
| Indonesia | -0,854 | 9 |
| Israel | -0,854 | 10 |
| Belgium | -0,835 | 11 |
| Chile | -0,829 | 12 |
| Netherlands | -0,820 | 13 |
| Mauritius | -0,815 | 14 |
| Former Yugoslavia, Socialist Fed. Rep. | -0,805 | 15 |
| Belarus | -0,795 | 16 |
| Sri Lanka | -0,794 | 17 |
| Syrian Arab Republic | -0,790 | 18 |
| Gabon | -0,787 | 19 |
| Bulgaria | -0,762 | 20 |
| Egypt, Arab Rep. | -0,746 | 21 |
| Poland | -0,719 | 22 |
| Tanzania | -0,706 | 23 |
| Hungary | -0,691 | 24 |
| Malaysia | -0,691 | 25 |
| Former Czechoslovakia | -0,689 | 26 |
| Venezuela | -0,680 | 27 |
| Congo, Rep. | -0,664 | 28 |
| Luxembourg | -0,654 | 29 |
| Panama | -0,637 | 30 |
| Greece | -0,623 | 31 |
| Jamaica | -0,618 | 32 |
| United States | -0,597 | 33 |
| Cameroon | -0,590 | 34 |

| | | |
|---------------------|--------|----|
| Tunisia | -0,561 | 35 |
| Guatemala | -0,556 | 36 |
| Nicaragua | -0,555 | 37 |
| Bahrain | -0,550 | 38 |
| Mexico | -0,531 | 39 |
| Cote d'Ivoire | -0,523 | 40 |
| Iran, Islamic Rep. | -0,488 | 41 |
| Singapore | -0,488 | 42 |
| Romania | -0,369 | 43 |
| Zambia | -0,358 | 44 |
| Morocco | -0,337 | 45 |
| Namibia | -0,301 | 46 |
| Thailand | -0,265 | 47 |
| Djibouti | -0,251 | 48 |
| St. Kitts and Nevis | -0,243 | 49 |
| Bahamas, The | -0,225 | 50 |
| Lesotho | -0,183 | 51 |
| Mongolia | -0,108 | 52 |
| Australia | -0,108 | 53 |
| Denmark | -0,103 | 54 |
| Argentina | -0,076 | 55 |
| Costa Rica | -0,068 | 56 |
| Peru | -0,010 | 57 |
| United Kingdom | 0,036 | 58 |
| Nepal | 0,051 | 59 |
| Burkina Faso | 0,071 | 60 |
| Zimbabwe | 0,088 | 61 |
| Ethiopia | 0,104 | 62 |
| Colombia | 0,115 | 63 |
| Sweden | 0,129 | 64 |
| Bhutan | 0,164 | 65 |
| Portugal | 0,165 | 66 |
| Vanuatu | 0,179 | 67 |
| Belize | 0,216 | 68 |
| Slovenia | 0,240 | 69 |
| India | 0,246 | 70 |
| Kuwait | 0,258 | 71 |
| Paraguay | 0,293 | 72 |
| Dominican Republic | 0,299 | 73 |
| Haiti | 0,305 | 74 |
| Korea, Rep. | 0,334 | 75 |
| Canada | 0,361 | 76 |
| Burundi | 0,402 | 77 |
| Chad | 0,426 | 78 |
| Japan | 0,446 | 79 |
| Madagascar | 0,462 | 80 |

| | | |
|------------------|--------------|------------|
| Togo | 0,488 | 81 |
| Germany | 0,491 | 82 |
| Seychelles | 0,504 | 83 |
| Yemen, Rep. | 0,522 | 84 |
| Malta | 0,527 | 85 |
| Guyana | 0,536 | 86 |
| Norway | 0,542 | 87 |
| Italy | 0,555 | 88 |
| Moldova | 0,603 | 89 |
| Brazil | 0,608 | 90 |
| Congo, Dem. Rep. | 0,613 | 91 |
| Tonga | 0,615 | 92 |
| Mali | 0,641 | 93 |
| Uruguay | 0,643 | 94 |
| Iceland | 0,654 | 95 |
| Barbados | 0,656 | 96 |
| Croatia | 0,674 | 97 |
| South Africa | 0,688 | 98 |
| Pakistan | 0,701 | 99 |
| Austria | 0,716 | 100 |
| Finland | 0,716 | 101 |
| Maldives | 0,747 | 102 |
| Senegal | 0,751 | 103 |
| France | 0,758 | 104 |
| Guinea-Bissau | 0,783 | 105 |
| Cyprus | 0,790 | 106 |
| Estonia | 0,810 | 107 |
| Latvia | 0,830 | 108 |
| Spain | 0,868 | 109 |
| Bolivia | 0,897 | 110 |
| Rwanda | 0,912 | 111 |
| Turkey | 0,939 | 112 |
| Suriname | 0,953 | 113 |
| Switzerland | 0,976 | 114 |

Anhang 13: Mögliche Erklärung des irischen Entwicklungserfolges

Das wirtschaftlich erfolgreichste Land der EU-15 der letzten Jahre bestätigte mit seinem Entwicklungsweg geradezu dramatisch einige neoliberale Thesen – mit dem Wachstumsboom ging ein Abbau des Staatsanteils einher:



Anhang 14: Faktoren, die die Sozialentwicklung und das Wachstum im transnationalen Vergleich von 109 Staaten beeinflussen²⁷

| | |
|---|---|
| | T-Test % people not expected to survive age 60 |
| % population, aged >65y, 1998 | 2,759 |
| MNC PEN 1995 | 2,386 |
| EU-membership | 0,658 |
| public education expenditure per GDP | 0,609 |
| ln(GDP PPP pc) | 0,449 |
| State interventionism | -0,332 |
| military expenditure as % of GDP | -0,584 |
| (I-S)/GDP | -1,045 |
| unequal exchange | -1,108 |
| Islamic conference | -1,631 |
| ln (GDP PPP pc)^2 | -1,65 |
| % women in government, ministerial level | -3,607 |
| | T-Test GNP per capita annual growth rate, 1990-98 |
| public education expenditure per GDP | 1,132 |
| State interventionism | 1,109 |
| % population, aged >65y, 1998 | 0,745 |
| military expenditure as % of GDP | 0,212 |
| ln(GDP PPP pc) | 0,192 |
| Islamic conference | 0,176 |
| % women in government, ministerial level | -0,399 |
| unequal exchange | -0,55 |
| (I-S)/GDP | -0,93 |
| EU-membership | -1,083 |
| MNC PEN 1995 | -1,635 |
| ln (GDP PPP pc)^2 | -4,001 |
| | T-Test share of income/consumption richest 20 % to poorest 20 % |
| Islamic conference | 3,003 |
| % women in government, ministerial level | 2,052 |
| ln(GDP PPP pc) | 0,976 |
| public education expenditure per GDP | 0,373 |
| EU-membership | 0,316 |
| State interventionism | -0,488 |
| MNC PEN 1995 | -1,52 |
| % population, aged >65y, 1998 | -1,701 |

²⁷ vgl. http://www.galileus.info/galileus/members/m_TAUSCH/publications

| | |
|---|---------------------|
| unequal exchange | -2,197 |
| military expenditure as % of GDP | -3,695 |
| (I-S)/GDP | -3,746 |
| ln (GDP PPP pc)^2 | -6,192 |
| | T-Test unemployment |
| % women in government, ministerial level | 4,964 |
| unequal exchange | 1,795 |
| (I-S)/GDP | 1,665 |
| ln (GDP PPP pc)^2 | 1,079 |
| MNC PEN 1995 | 0,925 |
| Islamic conference | 0,507 |
| military expenditure as % of GDP | 0,388 |
| State interventionism | 0,109 |
| ln(GDP PPP pc) | -0,018 |
| public education expenditure per GDP | -0,64 |
| EU-membership | -1,156 |
| % population, aged >65y, 1998 | -4,986 |

Anhang 15: Zeitliche Korrelationen von Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Jahreswachstumsraten, Ungleichheit, und Staatssektoreinfluss in den westlichen Demokratien, berechnet ab 1980 an Hand des kompletten Datenausdruckes der Weltbank in westlichen Demokratien

| | correlation with unemployment over time, 1980 - 2002 | correlation with globalization over time, 1980 - 2002 | correlation with economic growth over time 1980 – 2002 | correlation with inequality over time, 1980 - 2002 |
|-----------------|--|---|--|--|
| Australia | 0,07 | 0,20 | 0,16 | 0,93 |
| Austria | 0,36 | 0,78 | 0,19 | 0,58 |
| Belgium | -0,71 | 0,78 | 0,10 | -0,74 |
| Bulgaria | -0,33 | 0,72 | -0,41 | 0,85 |
| Cyprus | -1,00 | -0,91 | -0,25 | -0,59 |
| Czech Republic | 0,88 | 0,71 | 0,01 | 0,95 |
| Denmark | -0,97 | 0,78 | 0,24 | 0,70 |
| Finland | 0,67 | 0,59 | 0,01 | 0,39 |
| France | 0,01 | 0,92 | 0,11 | -0,07 |
| Germany | 0,08 | 0,75 | 0,24 | -0,87 |
| Greece | 0,89 | -0,47 | 0,31 | 0,76 |
| Hungary | -0,93 | 0,76 | 0,09 | 0,93 |
| Ireland | -0,85 | 0,62 | 0,77 | 0,78 |
| Israel | 0,66 | 0,85 | 0,02 | 0,63 |
| Italy | 0,49 | 0,26 | -0,26 | 0,49 |
| Japan | 0,79 | 0,43 | -0,46 | 0,81 |
| Latvia | -0,78 | 0,85 | -0,21 | 0,93 |
| Lithuania | -0,20 | 0,82 | -0,04 | -0,78 |
| Netherlands | -0,87 | 0,72 | 0,52 | 0,82 |
| New Zealand | 0,07 | 0,41 | 0,00 | 0,83 |
| Norway | 0,47 | 0,59 | 0,00 | 0,12 |
| Poland | 0,41 | 0,98 | 0,46 | 0,77 |
| Portugal | -0,69 | 0,43 | 0,10 | 0,92 |
| Romania | -0,57 | 0,83 | -0,36 | 0,92 |
| Slovak Republic | 0,77 | 0,83 | 0,19 | 0,96 |
| Slovenia | -0,83 | 0,40 | 0,74 | 0,81 |
| Spain | 0,06 | 0,44 | 0,22 | 0,94 |
| Sweden | 0,65 | 0,63 | 0,11 | 0,68 |
| Turkey | -0,84 | 0,78 | -0,02 | 0,81 |
| United Kingdom | -0,69 | 0,59 | 0,17 | 0,74 |
| United States | -0,80 | 0,60 | 0,45 | 0,56 |
| | | | | |

Anhang 16: Zeitliche Korrelationen von Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Jahreswachstumsraten, Ungleichheit, und Staatssektoreinfluss in den Ländern des Weltsystems berechnet ab 1980 an Hand des kompletten Datenausdruckes der Weltbank

| | correlation with unemployment over time, 1980 - 2002 | correlation with globalization over time, 1980 - 2002 | correlation with economic growth over time 1980 – 2002 | correlation with inequality over time, 1980 - 2002 |
|------------------|--|---|--|--|
| Albania | 0,77 | 0,62 | 0,04 | 0,34 |
| Algeria | 0,91 | -0,31 | -0,15 | 0,49 |
| Argentina | 0,90 | 0,67 | 0,28 | 0,46 |
| Australia | 0,07 | 0,20 | 0,16 | 0,93 |
| Austria | 0,36 | 0,78 | 0,19 | 0,58 |
| Azerbaijan | 0,97 | 0,80 | 0,41 | 0,80 |
| Bangladesh | 0,81 | 0,66 | 0,03 | 0,95 |
| Belgium | -0,71 | 0,78 | 0,10 | -0,74 |
| Bolivia | -0,30 | 0,74 | 0,77 | 0,53 |
| Brazil | 0,85 | 0,56 | -0,06 | 0,68 |
| Bulgaria | -0,33 | 0,72 | -0,41 | 0,85 |
| Chile | -0,61 | 0,80 | 0,23 | 0,06 |
| China | 0,06 | 0,85 | 0,03 | 0,96 |
| Colombia | 0,50 | 0,50 | -0,24 | 0,75 |
| Costa Rica | -0,46 | 0,91 | 0,46 | -0,53 |
| Croatia | 0,96 | 0,90 | 0,82 | -0,10 |
| Cyprus | -1,00 | -0,91 | -0,25 | -0,59 |
| Czech Republic | 0,88 | 0,71 | 0,01 | 0,95 |
| Denmark | -0,97 | 0,78 | 0,24 | 0,70 |
| Egypt, Arab Rep. | 0,72 | -0,56 | -0,37 | 0,92 |
| El Salvador | -0,71 | 0,40 | 0,71 | 0,70 |
| Fiji | -0,60 | -0,01 | 0,04 | 0,04 |
| Finland | 0,67 | 0,59 | 0,01 | 0,39 |
| France | 0,01 | 0,92 | 0,11 | -0,07 |
| Germany | 0,08 | 0,75 | 0,24 | -0,87 |
| Greece | 0,89 | -0,47 | 0,31 | 0,76 |
| Guatemala | -0,70 | 0,01 | 0,68 | 0,61 |
| Honduras | -0,70 | 0,79 | 0,11 | 0,76 |
| Hungary | -0,93 | 0,76 | 0,09 | 0,93 |
| India | 0,55 | 0,81 | 0,10 | -0,12 |
| Indonesia | 0,95 | 0,23 | -0,35 | -0,76 |
| Ireland | -0,85 | 0,62 | 0,77 | 0,78 |
| Israel | 0,66 | 0,85 | 0,02 | 0,63 |
| Italy | 0,49 | 0,26 | -0,26 | 0,49 |
| Japan | 0,79 | 0,43 | -0,46 | 0,81 |
| Latvia | -0,78 | 0,85 | -0,21 | 0,93 |

| | | | | |
|--------------------|-------|-------|-------|-------|
| Lithuania | -0,20 | 0,82 | -0,04 | -0,78 |
| Malaysia | -0,84 | 0,21 | -0,19 | -0,05 |
| Mexico | -0,29 | 0,79 | 0,02 | 0,90 |
| Moldova | -0,98 | 0,85 | -0,45 | 0,88 |
| Mongolia | -0,84 | 0,81 | -0,33 | 0,30 |
| Netherlands | -0,87 | 0,72 | 0,52 | 0,82 |
| New Zealand | 0,07 | 0,41 | 0,00 | 0,83 |
| Nicaragua | 0,68 | 0,79 | 0,28 | -0,07 |
| Norway | 0,47 | 0,59 | 0,00 | 0,12 |
| Pakistan | 0,79 | 0,86 | -0,74 | 0,83 |
| Panama | 0,51 | 0,65 | 0,13 | 0,93 |
| Philippines | 0,85 | 0,71 | 0,17 | 0,89 |
| Poland | 0,41 | 0,98 | 0,46 | 0,77 |
| Portugal | -0,69 | 0,43 | 0,10 | 0,92 |
| Romania | -0,57 | 0,83 | -0,36 | 0,92 |
| Russian Federation | 0,67 | 0,83 | -0,44 | 0,60 |
| Singapore | 0,02 | -0,16 | -0,08 | -0,96 |
| Slovak Republic | 0,77 | 0,83 | 0,19 | 0,96 |
| Slovenia | -0,83 | 0,40 | 0,74 | 0,81 |
| South Africa | 0,99 | 0,52 | -0,13 | 0,72 |
| Spain | 0,06 | 0,44 | 0,22 | 0,94 |
| Sri Lanka | -0,96 | 0,35 | 0,12 | -0,63 |
| Sweden | 0,65 | 0,63 | 0,11 | 0,68 |
| Thailand | -0,14 | 0,68 | -0,28 | -0,27 |
| Tunisia | 0,03 | -0,08 | 0,12 | 0,81 |
| Turkey | -0,84 | 0,78 | -0,02 | 0,81 |
| United Kingdom | -0,69 | 0,59 | 0,17 | 0,74 |
| United States | -0,80 | 0,60 | 0,45 | 0,56 |
| Venezuela, RB | 0,55 | 0,76 | 0,12 | 0,89 |
| Zimbabwe | -0,87 | 0,57 | -0,31 | 0,44 |

Anhang 17: Privatisierung und Entwicklung

| | time series correlation state sector/growth from 1980 - 2002 | rank world-wide privatization drive | | correlation with unemployment over time, 1980 - 2002 | correlation with globalization over time, 1980 - 2002 | correlation with economic growth over time 1980 - 2002 | correlation with inequality over time, 1980 - 2002 |
|------------------|--|-------------------------------------|------------------|--|---|--|--|
| Argentina | -0,076 | 55 | Argentina | 0,9 | 0,67 | 0,28 | 0,46 |
| Australia | -0,108 | 53 | Australia | 0,07 | 0,2 | 0,16 | 0,93 |
| Austria | 0,716 | 100 | Austria | 0,36 | 0,78 | 0,19 | 0,58 |
| Belgium | -0,835 | 11 | Belgium | -0,71 | 0,78 | 0,1 | -0,74 |
| Bolivia | 0,897 | 110 | Bolivia | -0,3 | 0,74 | 0,77 | 0,53 |
| Brazil | 0,608 | 90 | Brazil | 0,85 | 0,56 | -0,06 | 0,68 |
| Bulgaria | -0,762 | 20 | Bulgaria | -0,33 | 0,72 | -0,41 | 0,85 |
| Chile | -0,829 | 12 | Chile | -0,61 | 0,8 | 0,23 | 0,06 |
| Colombia | 0,115 | 63 | Colombia | 0,5 | 0,5 | -0,24 | 0,75 |
| Costa Rica | -0,068 | 56 | Costa Rica | -0,46 | 0,91 | 0,46 | -0,53 |
| Croatia | 0,674 | 97 | Croatia | 0,96 | 0,9 | 0,82 | -0,1 |
| Cyprus | 0,79 | 106 | Cyprus | -1 | -0,91 | -0,25 | -0,59 |
| Czech Republic | -0,911 | 4 | Czech Republic | 0,88 | 0,71 | 0,01 | 0,95 |
| Denmark | -0,103 | 54 | Denmark | -0,97 | 0,78 | 0,24 | 0,7 |
| Egypt, Arab Rep. | -0,746 | 21 | Egypt, Arab Rep. | 0,72 | -0,56 | -0,37 | 0,92 |
| Finland | 0,716 | 101 | Finland | 0,67 | 0,59 | 0,01 | 0,39 |
| France | 0,758 | 104 | France | 0,01 | 0,92 | 0,11 | -0,07 |
| Germany | 0,491 | 82 | Germany | 0,08 | 0,75 | 0,24 | -0,87 |
| Greece | -0,623 | 31 | Greece | 0,89 | -0,47 | 0,31 | 0,76 |
| Guatemala | -0,556 | 36 | Guatemala | -0,7 | 0,01 | 0,68 | 0,61 |
| Hungary | -0,691 | 24 | Hungary | -0,93 | 0,76 | 0,09 | 0,93 |
| India | 0,246 | 70 | India | 0,55 | 0,81 | 0,1 | -0,12 |
| Indonesia | -0,854 | 9 | Indonesia | 0,95 | 0,23 | -0,35 | -0,76 |
| Ireland | -0,891 | 7 | Ireland | -0,85 | 0,62 | 0,77 | 0,78 |
| Israel | -0,854 | 10 | Israel | 0,66 | 0,85 | 0,02 | 0,63 |
| Italy | 0,555 | 88 | Italy | 0,49 | 0,26 | -0,26 | 0,49 |
| Japan | 0,446 | 79 | Japan | 0,79 | 0,43 | -0,46 | 0,81 |
| Latvia | 0,83 | 108 | Latvia | -0,78 | 0,85 | -0,21 | 0,93 |
| Malaysia | -0,691 | 25 | Malaysia | -0,84 | 0,21 | -0,19 | -0,05 |
| Mexico | -0,531 | 39 | Mexico | -0,29 | 0,79 | 0,02 | 0,9 |
| Moldova | 0,603 | 89 | Moldova | -0,98 | 0,85 | -0,45 | 0,88 |
| Mongolia | -0,108 | 52 | Mongolia | -0,84 | 0,81 | -0,33 | 0,3 |
| Netherlands | -0,82 | 13 | Netherlands | -0,87 | 0,72 | 0,52 | 0,82 |
| Nicaragua | -0,555 | 37 | Nicaragua | 0,68 | 0,79 | 0,28 | -0,07 |
| Norway | 0,542 | 87 | Norway | 0,47 | 0,59 | 0 | 0,12 |
| Pakistan | 0,701 | 99 | Pakistan | 0,79 | 0,86 | -0,74 | 0,83 |
| Panama | -0,637 | 30 | Panama | 0,51 | 0,65 | 0,13 | 0,93 |
| Poland | -0,719 | 22 | Poland | 0,41 | 0,98 | 0,46 | 0,77 |

| | | | | | | | |
|-----------------|--------|-----|---|---------|---------|---------|---------|
| Portugal | 0,165 | 66 | Portugal | -0,69 | 0,43 | 0,1 | 0,92 |
| Singapore | -0,488 | 42 | Singapore | 0,02 | -0,16 | -0,08 | -0,96 |
| Slovak Republic | -0,998 | 1 | Slovak Republic | 0,77 | 0,83 | 0,19 | 0,96 |
| Slovenia | 0,24 | 69 | Slovenia | -0,83 | 0,4 | 0,74 | 0,81 |
| South Africa | 0,688 | 98 | South Africa | 0,99 | 0,52 | -0,13 | 0,72 |
| Spain | 0,868 | 109 | Spain | 0,06 | 0,44 | 0,22 | 0,94 |
| Sri Lanka | -0,794 | 17 | Sri Lanka | -0,96 | 0,35 | 0,12 | -0,63 |
| Sweden | 0,129 | 64 | Sweden | 0,65 | 0,63 | 0,11 | 0,68 |
| Thailand | -0,265 | 47 | Thailand | -0,14 | 0,68 | -0,28 | -0,27 |
| Tunisia | -0,561 | 35 | Tunisia | 0,03 | -0,08 | 0,12 | 0,81 |
| Turkey | 0,939 | 112 | Turkey | -0,84 | 0,78 | -0,02 | 0,81 |
| United Kingdom | 0,036 | 58 | United Kingdom | -0,69 | 0,59 | 0,17 | 0,74 |
| United States | -0,597 | 33 | United States | -0,8 | 0,6 | 0,45 | 0,56 |
| Venezuela | -0,68 | 27 | Venezuela, RB | 0,55 | 0,76 | 0,12 | 0,89 |
| Zimbabwe | 0,088 | 61 | Zimbabwe | -0,87 | 0,57 | -0,31 | 0,44 |
| | | | | | | | |
| | | | correlation with change in state sector share over time 1980 - 2002 | 0,05948 | 0,08171 | -0,1407 | 0,01681 |

Anhang 18: Multivariate Analyse der Tendenzen zur Ungleichheit (UTIP-Zeitreihe ab 1980) in 61/20 Staaten des Weltsystems in Abhängigkeit von Standardvariablen der vergleichenden Gesellschaftsforschung und der Bruttosozialquote

| inequality Full Sample, n = 61 countries | World Bank pension reform | % population, aged >65y, 1998 | % women in government, ministerial level | (I-S)/GDP | Absence of economic freedom | military expenditure as % of GDP | globalization | public education expenditure per GDP | unequal exchange | EU-membership | Islamic conference | ln(GDP PPP pc) | ln (GDP PPP pc)^2 | average share of social expenditures per GDP, 1985 – 1994 | constant |
|--|---------------------------|-------------------------------|--|-----------|-----------------------------|----------------------------------|---------------|--------------------------------------|------------------|---------------|--------------------|----------------|-------------------|---|----------|
| | -0,008 | -0,013 | 0,0009 | 0,2053 | 0,1674 | -0,106 | 0,0889 | -0,032 | -0,048 | 0,1307 | 0,0027 | 0,0018 | 0,0307 | 0,23 | 0,6296 |
| | 0,0253 | 0,0802 | 1,2834 | 0,2565 | 0,2946 | 0,1026 | 0,0581 | 0,2142 | 0,0518 | 0,2128 | 0,0061 | 0,01 | 0,0336 | 0,2068 | 4,9341 |
| | 0,2248 | 0,5419 | | | | | | | | | | | | | |
| | 0,9529 | 46 | | | | | | | | | | | | | |
| | 3,9182 | 13,51 | | | | | | | | | | | | | |
| T-test | -0,327 | -0,161 | 0,0007 | 0,8004 | 0,5683 | -1,033 | 1,53 | -0,149 | -0,935 | 0,6143 | 0,4409 | 0,1758 | 0,9146 | 1,1122 | 0,1276 |

| inequality (reduziertes Sample, 20 westliche Demokratien) | World Bank pension reform | % population, aged >65y, 1998 | % women in government, ministerial level | (I-S)/GDP | Absence of economic freedom | military expenditure as % of GDP | globalization | public education expenditure per GDP | unequal exchange | EU-membership | average share of social expenditures per GDP, 1985 – 1994 | ln(GDP PPP pc) | ln (GDP PPP pc)^2 | constant |
|---|---------------------------|-------------------------------|--|-----------|-----------------------------|----------------------------------|---------------|--------------------------------------|------------------|---------------|---|----------------|-------------------|----------|
| | 1,7475 | -37,84 | 0,0315 | -1,013 | -0,152 | -0,097 | -0,207 | -0,11 | -0,254 | 0,0137 | 0,0392 | -0,109 | 0,0684 | 206,8 |
| | 2,2547 | 44,635 | 0,0589 | 0,5469 | 1,0762 | 0,1994 | 0,6954 | 0,0958 | 0,9374 | 0,0327 | 0,0257 | 0,0887 | 0,423 | 220,9 |
| | 0,7631 | 0,4417 | | | | | | | | | | | | |
| | 1,4866 | 6 | | | | | | | | | | | | |
| | 3,771 | 1,1707 | | | | | | | | | | | | |
| T-test | 0,775 | -0,848 | 0,5347 | -1,852 | -0,141 | -0,484 | -0,297 | -1,148 | -0,271 | 0,42 | 1,5259 | -1,233 | 0,1617 | 0,9362 |

Australia; Austria; Belgium; Denmark; Finland; France; Germany; Greece; Ireland; Israel; Italy; Japan; Malta; Netherlands; Norway; Portugal; Spain; Sweden; United Kingdom; United States

| Country code | inequality trend | World Bank pension reform | % population, aged >65y, 1998 | % women in government, ministerial level | (I-S)/GDP | Absence of economic freedom | military expenditure as % of GDP | globalization | public education expenditure per GDP | unequal exchange | EU-membership | Islamic conference | ln(GDP PPP pc) | ln (GDP PPP pc)^2 | average share of social expenditures per GDP, 1985 - 1994 |
|--------------|------------------|---------------------------|-------------------------------|--|-----------|-----------------------------|----------------------------------|---------------|--------------------------------------|------------------|---------------|--------------------|----------------|-------------------|---|
| Argentina | 0,46 | 1 | 9,61 | 8,33 | 2,51 | 2,1 | 1,4 | 0,67 | 3,5 | 1,5 | 0 | 0 | 9,39 | 88,2 | 5,57 |
| Australia | 0,93 | 1 | 12,1 | 14,3 | 0,57 | 1,9 | 1,9 | 0,2 | 5,5 | 1,09 | 0 | 0 | 10 | 100 | 7,94 |
| Austria | 0,58 | 0 | 14,7 | 20 | 0,57 | 2,05 | 0,8 | 0,78 | 5,4 | 0,86 | 1 | 0 | 10,1 | 101 | 17,99 |
| Belgium | -0,74 | 0 | 16,4 | 3,33 | -4,53 | 2,1 | 1,5 | 0,78 | 3,1 | 0,92 | 1 | 0 | 10,1 | 101 | 20,75 |
| Bolivia | 0,53 | 1 | 3,93 | 5,88 | 9,17 | 2,65 | 1,8 | 0,74 | 4,9 | 2,25 | 0 | 0 | 7,73 | 59,7 | 2,77 |
| Brazil | 0,68 | 0 | 4,95 | 4,17 | 2,66 | 3,5 | 1,4 | 0,56 | 5,1 | 1,43 | 0 | 0 | 8,8 | 77,4 | 7,88 |
| Bulgaria | 0,85 | 0 | 15,4 | 15 | 1,06 | 3,4 | 2,5 | 0,72 | 3,2 | 3,94 | 1 | 0 | 8,48 | 71,9 | 12,77 |
| Burundi | 0,77 | 0 | 2,72 | 7,69 | 11,5 | 4 | 5,8 | -0,4 | 4 | 4,07 | 0 | 0 | 6,35 | 40,3 | 1,71 |
| Chile | 0,06 | 1 | 6,95 | 13,7 | 1,33 | 2 | 1,9 | 0,8 | 3,6 | 1,76 | 0 | 0 | 9,08 | 82,5 | 8,16 |
| Colombia | 0,75 | 1 | 4,62 | 17,7 | 5,66 | 2,9 | 2,6 | 0,5 | 4,4 | 2,43 | 0 | 0 | 8,7 | 75,7 | 1,51 |

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------|-------|---|------|------|-------|------|-----|-------|-----|------|---|---|------|------|-------|
| Costa Rica | -0,53 | 0 | 4,91 | 15 | 1,85 | 2,85 | 0,6 | 0,91 | 5,4 | 2,16 | 0 | 0 | 8,7 | 75,6 | 3,26 |
| Côte d'Ivoire | 0,64 | 0 | 2,87 | 3,13 | -6,35 | 3,45 | 0,9 | 0,58 | 5 | 2,28 | 0 | 1 | 7,38 | 54,4 | 1,69 |
| Croatia | -0,1 | 1 | 14 | 12 | 9 | 3,5 | 6,2 | 0,9 | 5,3 | 1,46 | 0 | 0 | 8,82 | 77,7 | 0,01 |
| Cyprus | -0,59 | 0 | 11,4 | 0 | 6,49 | 2,55 | 4,4 | -0,91 | 4,5 | 1,47 | 0 | 0 | 9,77 | 95,4 | 6,41 |
| Czech Republic | 0,95 | 0 | 13,4 | 16,7 | 1,41 | 2,2 | 2,1 | 0,71 | 5,1 | 2,4 | 1 | 0 | 9,42 | 88,8 | 10,28 |
| Denmark | 0,7 | 1 | 15,2 | 40,9 | -3,35 | 2,25 | 1,6 | 0,78 | 8,1 | 0,73 | 1 | 0 | 10,1 | 102 | 15,54 |
| Egypt | 0,92 | 0 | 4,04 | 6,25 | 6,46 | 3,5 | 2,9 | -0,56 | 4,8 | 2,36 | 0 | 1 | 8,02 | 64,3 | 4,04 |
| Ethiopia | 0,74 | 0 | 2,87 | 5 | 11,9 | 3,5 | 3,8 | 0,69 | 4 | 5,74 | 0 | 0 | 6,35 | 40,4 | 1,35 |
| Finland | 0,39 | 0 | 14,6 | 28,6 | -8,85 | 2,2 | 1,5 | 0,59 | 7,5 | 0,86 | 1 | 0 | 9,94 | 98,9 | 13,73 |
| France | -0,07 | 0 | 15,6 | 11,8 | -3,94 | 2,5 | 2,8 | 0,92 | 6 | 0,85 | 1 | 0 | 9,96 | 99,2 | 18,93 |
| Gambia | 0,95 | 0 | 3 | 28,6 | 11 | 3,4 | 1,1 | 0,72 | 4,9 | 4,27 | 0 | 1 | 7,28 | 53 | 0,69 |
| Germany | -0,87 | 0 | 15,9 | 8,33 | -1,51 | 2,2 | 1,5 | 0,75 | 4,8 | 0,83 | 1 | 0 | 10 | 100 | 14,43 |
| Greece | 0,76 | 0 | 17,1 | 4,55 | 8,27 | 2,75 | 4,8 | -0,47 | 3,1 | 1,19 | 1 | 0 | 9,54 | 91,1 | 5,44 |
| Hungary | 0,93 | 1 | 14,5 | 5,26 | 2,56 | 2,55 | 1,3 | 0,76 | 4,6 | 2,27 | 1 | 0 | 9,23 | 85,3 | 16,73 |
| Indonesia | -0,76 | 0 | 4,54 | 3,45 | -10,1 | 3,5 | 1 | 0,23 | 1,4 | 4,14 | 0 | 1 | 7,88 | 62,1 | 0,81 |
| Iran, Islamic Rep. of | 0,53 | 0 | 4,24 | 0 | 1,61 | 4,55 | 3,1 | 0,3 | 4 | 3,1 | 0 | 1 | 8,54 | 73 | 2,79 |
| Ireland | 0,78 | 0 | 11,4 | 21,1 | -17,8 | 1,85 | 0,8 | 0,62 | 6 | 1,15 | 1 | 0 | 9,97 | 99,5 | 11,47 |
| Israel | 0,63 | 0 | 9,71 | 0 | 11,1 | 2,75 | 8,7 | 0,85 | 7,6 | 1,07 | 0 | 0 | 9,76 | 95,2 | 10,32 |
| Italy | 0,49 | 0 | 17,6 | 13 | -4,33 | 2,3 | 2 | 0,26 | 4,9 | 1,02 | 1 | 0 | 9,93 | 98,7 | 16,09 |
| Japan | 0,81 | 0 | 16,1 | 0 | -1,18 | 2,15 | 1 | 0,43 | 3,6 | 0,72 | 0 | 0 | 10,1 | 101 | 8,33 |
| Latvia | 0,93 | 0 | 13,8 | 6,67 | 13,2 | 2,65 | 0,7 | 0,85 | 6,3 | 2,37 | 1 | 0 | 8,65 | 74,9 | 10,14 |
| Lesotho | 0,51 | 0 | 4,13 | 6,25 | 91,2 | 3,55 | 3,2 | 0,73 | 8,4 | 2,85 | 0 | 0 | 7,39 | 54,7 | 0,78 |
| Madagascar | 0,43 | 0 | 2,93 | 18,8 | 7,97 | 3,2 | 1,4 | 0,63 | 1,9 | 2,91 | 0 | 0 | 6,63 | 43,9 | 0,30 |
| Malaysia | -0,05 | 0 | 4 | 15,6 | -21,8 | 2,7 | 1,7 | 0,21 | 4,9 | 2,22 | 0 | 0 | 9 | 81,1 | 1,31 |
| Malta | 0,75 | 0 | 11,4 | 0 | 5,4 | 2,95 | 0,8 | 0,2 | 5,1 | 1,63 | 1 | 0 | 9,71 | 94,2 | 14,06 |
| Mexico | 0,9 | 1 | 4,54 | 5 | 1,96 | 3 | 0,6 | 0,79 | 4,9 | 2,01 | 0 | 0 | 8,95 | 80,1 | 2,57 |
| Mongolia | 0,3 | 0 | 3,89 | 0 | 5,8 | 3,15 | 2,2 | 0,81 | 5,7 | 4,05 | 0 | 0 | 7,34 | 53,9 | 5,06 |
| Nepal | -0,56 | 0 | 3,57 | 3,12 | 11,2 | 3,6 | 0,9 | 0,75 | 3,2 | 5,51 | 0 | 0 | 7,05 | 49,8 | 0,13 |
| Netherlands | 0,82 | 1 | 13,6 | 27,8 | -7,01 | 2,05 | 1,8 | 0,72 | 5,1 | 0,89 | 1 | 0 | 10 | 100 | 19,75 |
| Nicaragua | -0,07 | 0 | 3,06 | 5 | 32,4 | 3,6 | 1,2 | 0,79 | 3,9 | 5,79 | 0 | 0 | 7,67 | 58,8 | 4,45 |
| Norway | 0,12 | 0 | 15,7 | 20 | -7,06 | 2,3 | 2,3 | 0,59 | 7,4 | 0,77 | 0 | 0 | 10,2 | 104 | 14,06 |
| Panama | 0,93 | 0 | 5,41 | 5,88 | 9,3 | 2,4 | 1,4 | 0,65 | 5,1 | 1,76 | 0 | 0 | 8,57 | 73,4 | 4,99 |
| Poland | 0,77 | 1 | 11,6 | 17,2 | 5,17 | 2,8 | 2,1 | 0,98 | 7,5 | 1,95 | 1 | 0 | 8,94 | 79,9 | 20,60 |
| Portugal | 0,78 | 0 | 15,4 | 10 | 8,7 | 2,3 | 2,2 | 0,92 | 5,8 | 1,38 | 1 | 0 | 9,6 | 92,1 | 9,32 |
| Romania | 0,92 | 0 | 12,7 | 7,69 | 8,48 | 3,3 | 2,2 | 0,83 | 3,6 | 4,15 | 0 | 0 | 8,64 | 74,6 | 8,79 |
| Russian Federation | 0,6 | 0 | 12,3 | 7,5 | -4,94 | 3,7 | 3,2 | 0,83 | 3,5 | 2,86 | 0 | 0 | 8,77 | 77 | 8,01 |
| Singapore | -0,96 | 0 | 6,81 | 0 | -17,8 | 1,45 | 5,1 | -0,16 | 3 | 0,8 | 0 | 0 | 10,1 | 102 | 0,46 |
| Slovenia | 0,81 | 0 | 13,2 | 0 | 1,45 | 3 | 1,5 | 0,4 | 5,7 | 1,46 | 1 | 0 | 9,57 | 91,5 | 17,52 |
| South Africa | 0,72 | 0 | 3,51 | 14,8 | -1,24 | 2,9 | 1,6 | 0,52 | 8 | 2,56 | 0 | 0 | 9,05 | 81,8 | 1,67 |
| Spain | 0,94 | 0 | 16,5 | 17,7 | -1,2 | 2,4 | 1,4 | 0,44 | 5 | 1,15 | 1 | 0 | 9,69 | 94 | 13,47 |
| Sri Lanka | -0,63 | 0 | 6,39 | 13,3 | 6,45 | 2,9 | 4,2 | 0,35 | 3,4 | 3,68 | 0 | 0 | 8 | 64 | 3,84 |
| Sweden | 0,68 | 1 | 17,5 | 43,5 | -7,01 | 2,35 | 2,2 | 0,63 | 8,3 | 0,81 | 1 | 0 | 9,94 | 98,7 | 21,84 |
| Syrian Arab Republic | 0,15 | 0 | 3,04 | 7,5 | 11,2 | 4 | 6,3 | 0,49 | 3,1 | 2,83 | 0 | 1 | 7,97 | 63,5 | 0,74 |
| Thailand | -0,27 | 0 | 5,48 | 4 | -16,5 | 2,7 | 2,1 | 0,68 | 4,8 | 2,53 | 0 | 0 | 8,6 | 74 | 0,58 |
| Tunisia | 0,81 | 0 | 5,74 | 3,23 | 3,2 | 3 | 1,8 | -0,08 | 7,7 | 2,62 | 0 | 1 | 8,59 | 73,9 | 4,60 |
| Turkey | 0,81 | 0 | 5,56 | 5 | 3,47 | 2,75 | 4,4 | 0,78 | 2,2 | 2,03 | 0 | 1 | 8,77 | 76,9 | 0,48 |
| United Kingdom | 0,74 | 1 | 16 | 23,8 | 0,47 | 1,9 | 2,7 | 0,59 | 5,3 | 0,95 | 1 | 0 | 9,92 | 98,4 | 13,42 |
| United States | 0,56 | 0 | 12,5 | 26,3 | 1,4 | 1,8 | 3,2 | 0,6 | 5,4 | 1,01 | 0 | 0 | 10,3 | 106 | 6,38 |
| Venezuela | 0,89 | 0 | 4,3 | 3,23 | 0,06 | 3,3 | 1,3 | 0,76 | 5,2 | 1,65 | 0 | 0 | 8,67 | 75,1 | 1,34 |
| Zambia | 0,68 | 0 | 2,24 | 3,33 | 9,01 | 2,9 | 1,8 | 0,67 | 2,2 | 2,18 | 0 | 0 | 6,58 | 43,3 | 0,46 |
| Zimbabwe | 0,44 | 0 | 2,81 | 12 | 1,83 | 3,9 | 2,6 | 0,57 | 7,1 | 4,31 | 0 | 0 | 7,89 | 62,3 | 1,42 |